

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Aktuelle Ausgabe Nr. 79, 21. April 2026

Kriege werden zwar (noch) nicht direkt vor unserer Haustür geführt, doch beherrschen sie längst den Alltag in der Bundesrepublik. Spätestens seit dem Ukraine-Krieg werden wir medial und politisch auf den Ernstfall vorbereitet. Mit der politischen Normalisierung der „Zeitenwende“ wird diese Entwicklung zusätzlich beschleunigt. Ob „Sondervermögen Bundeswehr“ oder Wehrdienstdebatte: Die Militarisierung durchdringt zunehmend Gesundheits- und Bildungssystem, Mobilität und Arbeitswelt. Das Schlagwort heißt „zivil-militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ) und steht nicht nur für technische Koordination zwischen Armee und zivilem Sektor, sondern für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbau: von Krankenhäusern und Kommunen bis in Medienhäuser und Bildungseinrichtungen hinein. Aufgebaut wird eine dauerhafte strukturelle Verzahnung, die weit über den Krisenfall hinausreicht.

Der Rahmenplan „Zivile Verteidigung Krankenhäuser“ etwa sieht die systematische Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall vor, inklusive Triage-Entscheidungen, Notfalllogistik und strukturellem Personalmangel. Damit werden medizinische Einrichtungen nicht nur als Orte der Erstversorgung, sondern als Teil einer sicherheitspolitischen Infrastruktur neu definiert. Ähnliches findet bei Feuerwehren, THW und Polizei statt, aber auch in vermeintlich nicht-militärischen Bereichen: Hotels, Großküchen, Mehrzweckhallen, Schulen und andere Versammlungsorte werden als Reserveinfrastruktur eingeplant. Ähnlich tief greift der „Operationsplan Deutschland“, ein rund 1.400 Seiten umfassendes Konzept, das der Bundeswehr bereits vor einem formalen „Verteidigungsfall“ Zugriff auf kritische zivile Infrastrukturen einräumt. Die Grenze zwischen ziviler und militärischer Sphäre wird zunehmend aufgeweicht.

Auch die aktuelle Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist Teil dieser Entwicklung. Im Frühjahr 2026 wird sie als sicherheitspolitische Notwendigkeit dargestellt und mit Anrufungen von nationaler Resilienz und Verantwortungsübernahme verknüpft. Sie wird medial als Frage der Verteidigung von Freiheit verhandelt, ohne zu thematisieren, was unter Bedingungen von Prekarisierung, Zukunftsangst und sozialen Krisen junger Menschen überhaupt verteidigt werden soll. Klassenaspekte bleiben dabei ausgeblendet, obwohl sie zentral sind: Wehrdienst bedeutet in der Regel keinen sozialen Aufstieg, sondern häufig ökonomische Verschlechterung. Die Beschwörung einer allgemeinen Wehr- oder „Solidargemeinschaft“ verschleiert zudem die entscheidende Frage: Wessen Kinder werden im Ernstfall an die Front geschickt?

Zeitgleich wird die Umstellung industrieller Kapazitäten auf Rüstungs- und Kriegsgüter als wirtschaftlicher Impuls verkauft – etwa im Rahmen von Ursula von der Leyens Plänen zur „Wiederaufrüstung Europas“. Der Kriegsfall wird gesellschaftlich normalisiert, bevor er überhaupt eintritt. Und während Milliarden in das Sondervermögen Bundeswehr und das NATO-Zwei-Prozent-Ziel fließen, verfallen Schulen, stürzen marode Brücken ein und das Gesundheitssystem arbeitet schon längst über dem Limit. Vor dem Hintergrund des drohenden Krieges kann der Gürtel aber selbstverständlich noch etwas enger geschnallt werden. Doch es gibt auch widerständige Lichtblicke. Initiativen wie „Rheinmetall entwaffnen“ oder „Shut Elbit Down“, gewerkschaftliche Interventionen, Proteste von Tramfahrer*innen gegen Bundeswehr-Werbung und Debatten über Kriegsdienstverweigerung markieren Ansatzpunkte politischer Gegenwehr. Es entstehen vermehrt praxisorientierte Ansätze, die gezielt in Betrieben und Institutionen ansetzen und nach Möglichkeiten der „Entmilitarisierung von unten“ suchen.

In unserer 79. Ausgabe geht es darum, wie eine Friedensbewegung auf der Höhe der Zeit auf die Militarisierung der Gesellschaft reagieren muss. Welche Formen des Widerspruchs sind unter Bedingungen einer sich verfestigenden sicherheitspolitischen Ordnung möglich – und wie lassen sich Sorge, Solidarität und soziale Infrastruktur gegen ihre Einbindung in militärische Logiken verteidigen?

Wenn ihr euch noch mit den politischen Abgründen von Kriminalromanen und Thrillern beschäftigen wollt – aktuell nehmen wir noch Rezensionsvorschläge

für unseren Juli 2026-Schwerpunkt „All Krimis are political“ an. Meldet euch gerne!

Wir wünschen ein gutes kritisches Lesen!

„Ein Kampf gegen Militarisierung ist ein Kampf gegen Ökonomisierung“



Gespräch mit Karen Spannenkrebs und
Nadja Rakowitz (vdää*)

*Das Gesundheitswesen wird zunehmend in militärische
Logiken eingebunden. Während Teile der Ärzteschaft
mitziehen, formiert sich zögerlicher Widerstand.*

Hallo Karen, hallo Nadja. Danke, dass ihr Zeit gefunden habt! Könnt ihr uns zunächst einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen geben? Wie sieht diese aktuell konkret aus?

Karen Spannenkrebs: Der Begriff zivil-militärische Zusammenarbeit ist zunächst neutral. Er bezeichnet erst einmal die beidseitige Zusammenarbeit zwischen zivilen Strukturen und dem Militär. Das gab es schon immer. Im aktuellen Kontext geht es vielmehr um eine Unterordnung der zivilen Infrastrukturen in ein Gesamtkonzept von Landesverteidigung. Konkret bedeutet das, dass Staat und Bundeswehr in wachsendem Maße auf zivile Strukturen angewiesen sind – etwa im Gesundheitswesen – und diese strategisch in militärische Planungen integrieren und entsprechend ausrichten wollen. Das findet auf verschiedenen Ebenen statt: Erstmal geht es um einen Wandel im Selbstverständnis, eine Änderung des Mindsets, dass auch im Gesundheitswesen eine Bereitschaft vorhanden sein muss, mit dem Militär zusammenzuarbeiten. Zum anderen erfordert dies konkrete planerische und organisatorische Maßnahmen, um den Zugriff auf zivile Strukturen zu gewährleisten und zu gestalten.

Nadja Rakowitz: Wir sind relativ früh darauf aufmerksam geworden, weil sich die Ärztekammern unmittelbar nach dem Verkünden der Zeitenwende mit

Feuer und Flamme dieser militärischen Logik untergeordnet haben. Auf Titelblättern ihrer Mitgliedszeitschriften tauchten plötzlich Panzer auf, der Präsident der Bundesärztekammer sitzt neben einem uniformierten Bundeswehrarzt und so weiter. Das sind Bilder, die gerade die Älteren unter unseren Vorstandsmitgliedern schnell an die 1980er Jahre erinnert haben. Viele Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen waren damals Teil der Friedensbewegung und damit konnte erfolgreich ein Gesundheitssicherstellungsgesetz verhindert werden. Mit dem Gesetz sollen zentrale Befugnisse, Abläufe und Ressourcen im Gesundheitswesen im Krisen- und Kriegsfall festgeschrieben werden, außerdem soll es strategische Patientensteuerung, die Bevorratung von Arzneimitteln und Medizinprodukten für Ernstfallübungen sicherstellen. Wir haben auch dieses Mal früh reagiert. Es ist wirklich erschreckend, dass es im Mainstreamdiskurs oder auf medizinischen Veranstaltungen keinerlei Überlegungen dazu gibt, wie man Diplomatie und Abrüstung stärken könnte oder überhaupt eine Friedenspolitik macht. Sie lassen sich einfach auf das ein, was die Bundeswehr will.

Hat diese Entwicklung eine neue Qualität? Wie würdet ihr das im Vergleich zu den Erfahrungen aus den 1980er Jahren einordnen?

Karen: Möglicherweise ist es gerade ein Verdienst der 1980er Jahre, dass die organisierte Ärzteschaft und das Gesundheitswesen lange eine gewisse Distanz zum Militär gewahrt haben. Auch während meines Studiums – und das liegt noch nicht so lange zurück – spielten Themen wie Katastrophenschutz oder eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr überhaupt keine Rolle. Das hat sich über die letzten Jahre radikal geändert. Das ging schon mit der Pandemie los: Da gab es eine zivil-militärische Zusammenarbeit in die andere Richtung. Damals war die Bundeswehr durchaus nützlich, teilweise um Engpässe zu überbrücken – wobei man sich natürlich fragen muss, warum es diese überhaupt gab. Das Interesse an Vorsorge für Krisen-, Katastrophen- und Kriegsszenarien ist seither spürbar gewachsen, wobei die Begriffe zu Beginn häufig vermischt wurden. Inzwischen hantiert man offen mit Begriffen wie Kriegsmedizin und zivile Verteidigung als ein Aspekt der Gesamtverteidigung.

Nadja: Das hat eine neue Qualität. Die Ärzteschaft in Deutschland ist traditionell sehr konservativ, auch im Vergleich zu anderen Ländern. Aber noch Anfang der 2000er Jahre gab es Ärztetagsbeschlüsse – die natürlich auf Initiative von Linken in den Ärztekammern gemacht wurden – wo man sich

explizit gegen Katastrophenmedizin und Kriegsvorbereitung ausgesprochen hat. Das ist nun vorbei. In den Jahrzehnten zuvor war die Masse der Gesellschaft in Deutschland und Westeuropa gegen Aufrüstung gewesen, weil die beiden Großmächte USA und UdSSR ihren Atomkrieg in Europa austragen wollten. Die Konstellation ist heute eine andere. So eine Positionierung ist beispielsweise im Ukraine-Krieg nicht so einfach.

Karen: Wegen der Durchökonomisierung des Gesundheitswesens merken viele Beschäftigte, dass fachfremde Akteur*innen zunehmend über medizinische Fragen entscheiden und ökonomische Kriterien im Vordergrund stehen. Vor diesem Hintergrund lässt sich zumindest teilweise nachvollziehen, warum die Hinwendung zu Krisen- und Katastrophenszenarien für einige auch attraktiv erscheint: Plötzlich rücken wieder genuin medizinische und versorgungsbezogene Fragen in den Mittelpunkt. Das wird von manchen als eine Art Aufwertung des Gesundheitswesens und der Gesundheitsberufe erlebt.

Spielt dabei auch eine gewisse Faszination für das Martialische eine Rolle? Wird das Feld der Kriegsmedizin womöglich als attraktiver neuer Spezialisierungsbereich wahrgenommen?

Karen: Natürlich gibt es Leute, auf die es einfach eine große Faszination ausübt, mit Uniformierten zusammen Übungen durchzuführen, zersplitterte Knochen wieder zusammenzuflicken und die dann vielleicht nicht hinterfragen, was sie eigentlich gerade mit vorbereiten. Gerade in den chirurgischen Disziplinen und in den Rettungsdiensten scheint das Thema aktuell besonders gut zu verfangen.

Nadja: Insbesondere die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie hat schnell erklärt: Entsprechende Qualifikationen seien bislang nur unzureichend vorhanden – oft beschränkt auf individuelle Zusatzfortbildungen. Wenn diese Kompetenzen systematisch aufgebaut werden sollen, seien alleine dafür 480 Millionen Euro notwendig. Das erleben wir oft bei der organisierten Ärzteschaft: Man macht mit, wenn es Geld gibt. So kann man es beispielsweise auch gerade bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft beobachten. Ich werde da etwas unruhig, weil es auch in der Nazizeit so war. Die Ärzt*innen waren zwar die am höchsten organisierte Berufsgruppe im NS, aber ich denke, sie waren nicht alle überzeugte Nazis. Sie haben nicht gleich alles mitgemacht, was die Nazis von

ihnen verlangt haben, aber in dem Moment, als gezahlt wurde, waren sie voll und ganz dabei. Die Ärzteschaft hat lange Zeit gebraucht, bis sie sich damit auseinandergesetzt und das auch zugegeben hat. Dennoch traue ich der deutschen Ärzteschaft bei diesem Thema nicht über den Weg. Erfreuliche Ausnahmen gibt es natürlich immer.

Könnt ihr das einmal konkretisieren: Was bedeutet die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Ärzteschaft in der Praxis? Welche Auswirkungen hat sie auf Arztpraxen und Krankenhäuser? Und wie gestaltet sich das konkret im Alltag?

Karen: Wie diese Zusammenarbeit konkret ausgestaltet wird, befindet sich derzeit vor allem auf der strukturellen Ebene in Planung. Dabei werden zivile Akteur*innen bereits einbezogen – teils auch proaktiv, indem sich Einzelne bereit erklären, etwa in Arbeitsgruppen oder Think Tanks an entsprechenden Konzepten mitzuwirken. Je nach Klinikum und Versorgungsniveau werden konkret verschiedene Rollen zugewiesen. Da geht es von den Maximalversorgern, die etwa im Kriegsfall die Rolle haben, deutsche und verbündete Soldaten zu versorgen bis zu Arztpraxen, die laut „Rahmenplan Zivile Verteidigung in Berlin“ dafür da sein sollen, die Zivilbevölkerung nebenher möglichst gut zu versorgen. Wir befinden uns ja glücklicherweise nicht im Krieg, aber es geht darum, die Strukturen verfügbar zu machen, das heißt, Hierarchien und Befehlsketten aufzubauen, um im Ernstfall die verpflichtende Mobilisierung von Personal und Ressourcen zu ermöglichen.

Nadja: Am Berliner Rahmenplan kann man das gut nachvollziehen. Das beginnt bereits bei den Arbeitsverhältnissen: Da wird überlegt, wie viel Personal benötigt wird. Alle, die in Teilzeit arbeiten oder noch einen Nebenjob haben, können zu Vollzeit verpflichtet werden. Wie holt man Personen zurück, die gekündigt haben oder ganz ausgestiegen sind? Auch eine verpflichtende Einbindung wird mitgedacht – eben über ein Gesundheitssicherstellungsgesetz. Im Notfall und wenn man nicht genügend Fachpersonal findet, sollen die Berliner Verwaltungsbeschäftigten in einem Kurzlehrgang zu Hilfspflegekräften umgeschult werden. Es wird darüber hinaus eine Abkehr von der Individualmedizin postuliert. Diese bedeutet, man behandelt die Patient*in ausschließlich aufgrund ihrer Verletzungen, also ohne Rücksicht auf ihren beruflichen Status, ihren Pass, oder ob sie Geld hat. Eine Abkehr davon bedeutet, dass man die Patient*innen in Zivile oder Militärs

einteilt, bevor man etwas macht. Genau dagegen wehrt sich nun die Berliner Ärztekammer, da es dem ärztlichen Eid, dem Genfer Gelöbnis, dem den Grundsätzen des Weltärztebunds und anderem widerspricht. Dennoch steht das so schon in den Rahmenplänen: Nicht notfallmäßige Eingriffe werden verschoben oder ganz abgesagt. Es wird nach Kriegsregeln triagiert werden und nicht mehr wie in zivilen Notfällen.

Karen: Daran schließen sich relevante, auch ethische Fragen an. Im Berliner „Rahmenplan Zivile Verteidigung“ wird etwa lapidar formuliert, es sei noch offen, ob Soldat*innen vor der Zivilbevölkerung priorisiert werden. Das ist ein Skandal, denn natürlich wird bereits mitgedacht, Soldat*innen bevorzugt zu behandeln. Noch wichtiger ist aber die strukturelle Ebene: Wenn die Ressourcen knapp werden und man von vornherein Krankenhäuser für Soldat*innen reserviert, dann ist es letztendlich egal, nach welchen Kategorien ich triagiere. Es wird Leute geben, die werde ich nicht behandeln können. Wir müssen uns klar machen, was es das im Ernstfall für die Versorgung bedeutet.

Nadja: Da ist ein Blick nach Israel nützlich. Seit der Gaza-Krieg begonnen hat und mehr Soldat*innen in die Gesundheitseinrichtungen gehen, fällt die Zivilbevölkerung hinten runter und die Wartezeiten sind sehr viel länger geworden. Und das ist nur ein Beispiel. Im Grünbuch ZMZ 4.0 wird das auch ganz klar gesagt: Die Bevölkerung ist nicht auf diesen Ernstfall vorbereitet, aber wir müssen sie darauf vorbereiten.

Das klingt auch gleichzeitig nach Klassenmedizin. Prekarisierte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen werden hinten angestellt. Könnte man das als eine Verschärfung des neoliberalen Zugriffs aufs Gesundheitssystem beschreiben?

Karen: Jein. Ich denke, es läuft nochmal nach einer anderen Logik. Die Individualmedizin ist ja schon heute nicht frei von Selektionsmechanismen. Das erste, auf was im Krankenhaus geschaut wird, ist der Krankenversicherungsstatus einer Person. Davon ausgehend erhält diese dann deutlich mehr Versorgung, nur eine mittlere Versorgung oder wirklich nur das Mindeste, wenn sie keine Versicherung hat. Diese Formen selektiver Versorgung sind längst etabliert, und Assistenzärzt*innen werden im Berufsalltag von den Oberärzt*innen oder den DRG-Fachkräften auch entsprechend daran herangeführt – etwa durch ökonomische Vorgaben oder Abrechnungslogiken. Das wird jetzt nochmal zunehmen, aber nicht primär

nach einer ökonomischen Logik, sondern einer militärischen: Wer ist jetzt wichtig für unsere Gesamtverteidigung, unsere nationale Sicherheit?

Nadja: Wobei die nicht ersetzt wird, sondern es dann eben eine Kriegsökonomie ist. Ein Kampf gegen Militarisierung muss auch einen Kampf gegen eine Ökonomisierung des Gesundheitssystems implizieren. Das ist eine Lehre aus dem Nationalsozialismus: Der Expertenrat Gesundheit und Resilienz, der zur Vorbereitung der zivil-militärischen Zusammenarbeit eingerichtet wurde, stellt selbst fest, dass zwischen dem zivilen Gesundheitssektor und den Sicherheitsbehörden, insbesondere dem Militär in Deutschland, eine bewusste, verfassungsrechtlich und gesellschaftlich akzeptierte Trennung eingerichtet worden war nach 1945 – und diese gelte es nach deren Logik jetzt zu überwinden. Die Lehren aus der Geschichte müssten als nicht mehr zeitgemäß dargestellt werden.

Ihr habt sehr eindrücklich den aktuellen Stand beschrieben. Welcher Widerstand formiert sich dagegen? Welche Formen von Widerstand erscheinen euch gegen diese Eingriffe beziehungsweise die fortschreitende Militarisierung sinnvoll?

Nadja: Das ist eine schwierige Frage. Innerhalb der organisierten Ärzteschaft gibt es erste Reaktionen, wie die Erklärung gegen den Rahmenplan in Berlin – allerdings mit der Kompromissformel, in Zukunft in solche Planungen einbezogen werden zu wollen, um das Ganze „kritisch begleiten zu können“. Das geht also nicht sonderlich weit. Darüber hinaus gibt es Initiativen wie die der IPPNW, also die Ärzteorganisation zur Verhinderung eines Atomkriegs, die mit Unterschriftensammlungen und öffentlichen Stellungnahmen gegen die Militarisierung im Gesundheitswesen arbeiten. Aber eigentlich muss man die Debatte stärker in die Beschäftigtenstrukturen, in die Gewerkschaften hineinbringen. ver.di als Bundesorganisation hat im Moment noch kein wirkliches Interesse, aber auf regionaler und lokaler Ebene gibt es viele ver.di-Aktivist*innen, die den Kampf gegen die Militarisierung aufgenommen haben, Veranstaltungen organisieren, Aktionen initiieren und so weiter.

Insgesamt sehe ich aber, dass ein kritisches Bewusstsein noch nicht bei den Belegschaften angekommen ist, auch nicht als Bewusstsein, dass da etwas auf sie zukommen wird, zu dem sie sich verhalten werden müssen. Denn sie werden gezwungen werden, sich politisch zu positionieren. Und wenn sie es

nicht tun, ist das auch eine Positionierung. Wir als vdää* versuchen, das Material und die Argumente dafür zu liefern, dass die Auseinandersetzung an Fahrt aufnimmt. Dazu machen wir auch viele Veröffentlichungen und Veranstaltungen. Aber es benötigt noch mehr Organisierung in den Betrieben.

Karen: Positiv formuliert: Wir arbeiten bereits daran. Im Moment liegt unser Fokus vor allem auf Aufklärung – innerhalb des Gesundheitswesens, aber auch darüber hinaus. In einem Arbeitskreis diskutieren wir monatlich unterschiedliche Themen, holen Inputs ein, tauschen Argumente aus und schärfen unsere Positionen. Entscheidend ist jedoch, die Auseinandersetzung in die Strukturen des Gesundheitswesens selbst zu tragen: Beschäftigte aufzuklären und sie dazu zu befähigen, sich gegen eine zivil-militärische Zusammenarbeit zu positionieren. Und das gilt perspektivisch auch über das Gesundheitswesen hinaus, denn die zivil-militärische Zusammenarbeit betrifft ja viele gesellschaftliche Bereiche.

Die Rolle des Gesundheitswesens ist aber nicht zu unterschätzen, denn ohne ist es nicht möglich, einen Krieg zu führen. Das Gesundheitswesen ist ein elementarer Baustein der Gesamtverteidigungsstrategie. Vielleicht sollte uns das auch ein wenig Hoffnung geben: Wenn sich Beschäftigte im Gesundheitswesen dieser Bedeutung bewusst werden, kann das eine Grundlage dafür sein, sich aktiv zu positionieren und Einfluss zu nehmen.

Habt ihr Ideen oder Strategien, wie sich dieses Bewusstsein in die Belegschaften und in die Ausbildung junger Mediziner*innen tragen lässt?

Karen: Entscheidend ist, in die Breite zu gehen – das kann keine einzelne Organisation allein leisten, schon gar nicht der vdää*. Es gibt bereits Ansätze: etwa Gruppen kritischer Medizinstudierender, die politisch zwar heterogen sind, sich dem Thema aber zunehmend widmen und eigene Veranstaltungen organisieren. Auch im Ausbildungsbereich tut sich etwas: In Hamburg haben sich beispielsweise Auszubildende im Gesundheitswesen gezielt gegen die Militarisierung organisiert. Letztendlich bräuchte es aber die Gewerkschaften, um das Thema in die Breite zu tragen. Auch wenn die von der Basis dazu bewegt werden müssen, damit sich etwas tut.

Nadja: Nur der Marburger Bund, die Ärztegewerkschaft, ist für uns diesbezüglich kein Adressat. Die sind Feuer und Flamme für die

Militarisierung und verschicken in ihren Newslettern Bundeswehrwerbung. Insofern richtet sich der Blick umso stärker auf jüngere Generationen.

Die junge Generation steht mit der Einführung des neuen Wehrdienstes ja besonders unter Druck...

Karen: Ich erlebe schon, dass gerade jüngere Leute aktiv werden und gegen die Wehrpflicht protestieren. Einige von ihnen kommen dann auch über Ausbildungen im Gesundheitsbereich – etwa in Pflege oder Therapie – mit diesen Fragen in Berührung und greifen sie dort wieder auf. In dieser Generation passiert derzeit viel. Wichtig ist aber ebenso, auch diejenigen einzubeziehen, die schon im Gesundheitswesen arbeiten und vielleicht schon Oberärzt*innen oder Betriebsräte sind.

Nadja: Es geht ja auch nicht nur darum, selbst eingezogen oder verletzt werden zu können, sondern auch darum, niemand anderen zu verletzen oder umzubringen. Krieg heißt: Du bringst andere um, für Ziele, die andere für dich formulieren – und auf der Gegenseite gilt dasselbe. Auch hier gibt es einen Klassenaspekt. Es sind nicht die Kinder der Reichen, sondern Menschen aus den unteren Schichten werden rekrutiert. Mir erzählen Leute von der DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine, Anm. Red.), dass es für migrantische Jugendliche, die am Jobmarkt in Deutschland immer noch diskriminiert werden und die die schlechteren Jobs kriegen, einfach attraktiv ist, 2.600 Euro bei der Bundeswehr zu erhalten. Sie kriegen einen Job bei der Bundeswehr und müssen dann ihren Kopf für eine Gesellschaft hinhalten, die sie im zivilen Leben diskriminiert. Was für ein Scheiß! Naja, und dafür erhält man dann vielleicht eine Vorzugsbehandlung im Krankenhaus – ein schlechter Kompromiss.

Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, dass es eine Illusion ist, einen Krieg zu führen, geschweige denn „gewinnen“ zu können und gleichzeitig eine verlässliche Versorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Wir erleben aktuell, dass in Kriegen Gesundheitseinrichtungen und medizinisches Personal gezielt angegriffen werden. Das passiert ganz massiv in Gaza, aber auch in der Ukraine, im Iran oder in Libanon. Das sind eklatante Verstöße gegen die Genfer Konvention und gegen Völkerrecht. Aber die scheinen im Moment ja einfach ausgehebelt. Wir müssen auch betonen, dass Menschen, selbst wenn sie körperlich unversehrt aus einem Krieg kommen, erhebliche psychische

Folgen davontragen werden. Auch das gehört zur Verantwortung von Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Orientiert ihr euch auch an widerständigen Bewegungen außerhalb Deutschlands?

Nadja: Ja, denn wir können diese Auseinandersetzungen nicht alleine in Deutschland führen, sondern müssen die Arbeit internationalisieren. Wir versuchen deshalb auf Ebene des Gesundheitswesens uns mit Kolleg*innen in Belgien, Griechenland und anderen Ländern zu vernetzen. Am 20. Juni 2026 findet eine Konferenz zum europäischen Widerstand gegen den Krieg in London statt. Denn auch unsere Gegner agieren längst auf europäischer Ebene. In Fachzeitschriften wie *The Lancet* finden sich zum Beispiel Vorschläge für eine europäische Gesundheitsarchitektur, die sich explizit an militärischen Strukturen orientiert – etwa am US-Verteidigungsministerium. Dabei geht es um die europäische Koordinierung im Kriegsfall: Wie werden Verwundete und Soldaten grenzüberschreitend verteilt? Wie funktionieren Kommunikations- und Versorgungsstrukturen zwischen verschiedenen nationalen Gesundheitssystemen, insbesondere in Grenzregionen? Wenn sich diese Entwicklungen europäisieren, muss auch der Widerstand international ausgerichtet sein.

**

Karen Spannenkrebs ist Ärztin in Weiterbildung und Co-Vorsitzende des [Vereins demokratischer Ärzt*innen \(vdää*\)](#). Nadja Rakowitz ist Politologin und Medizinsoziologin und arbeitet in der Geschäftsstelle des vdää*. Dieser versteht sich als kritische Alternative zu klassischen Ärzteverbänden und stärkt politisches Engagement, Vernetzung und gesellschaftskritische Perspektiven im Gesundheitswesen.

Das Gespräch führten Johanna Bröse und Sascha Kellermann.

Literatur zur Vertiefung

Verein demokratischer Ärzt*innen (vdää*). Gegen die Militarisierung im Gesundheitswesen. Maintal. Broschüre, [3. Auflage, März 2026](#).

Verein demokratischer Ärzt*innen (vdää*), Solidarisches Gesundheitswesen e.V. (Hg.). Medizin in der Krise. Gesundheit braucht Politik. Zeitschrift für eine soziale Medizin, [Nr. 2/2025](#).

Verein demokratischer Ärzt*innen (vdää*), Solidarisches Gesundheitswesen e.V. (Hg.). Krieg und Militarisierung des Gesundheitswesens. Gesundheit braucht Politik. Zeitschrift für eine soziale Medizin, [Nr. 2/2024](#).

Zitathinweis: Johanna Bröse und Sascha Kellermann: „Ein Kampf gegen Militarisierung ist ein Kampf gegen Ökonomisierung“. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/8qB3R>.

Diktatur als kontinuierlicher Ausnahmezustand



Essay von Luce deLire

Ist die Befehlsstruktur erst in der Verwaltung etabliert, haben diktatorische Bestrebungen leichtes Spiel. Über die schleichende Militarisierung politischer Prozesse.

Essay von [Luce deLire](#)

„Diktatur“, „Tyrannei“, „Faschismus“ – sie alle beschreiben die Zentralisierung von Macht in unterschiedlichen Spielarten. Der globale Aufschwung rechtskonservativer und rechtsextremer Politiken erzeugt die Sorge vor einer Rückkehr dieser überwunden geglaubten Regierungsformen. Die Rede ist von der Zerstörung demokratischer Strukturen, von Unterdrückung der politischen Opposition, von verfolgten Minderheiten – und schließlich von einem erneuten Erstarren des Imperialismus und damit von einem möglichen dritten Weltkrieg. Allerdings geht im aktuellen Diskurs auch begrifflich einiges durcheinander. Als analytischen Begriff wähle ich hier „Diktatur“, weil er mir in Bezug auf die Zentralisierung von Macht gegenüber „Tyrannei“ und „Faschismus“ *rechtstheoretisch* schärfer erscheint. Aber nicht jede widerrechtliche Einflussnahme der Exekutive ist gleich diktatorisch. Und nicht alle autokratischen Regierungschefs sind Diktator*innen – auch wenn sie es gerne wären. Eine Diktatur ist allerdings aufgrund direkter Machtausübung kaum mehr an rechtliche Weisungen und demokratische Legitimationsprozesse gebunden. Widerstand gegen eine Diktatur wird sich also nur bedingt über öffentlichen Protest und juristischen Widerspruch vollziehen können. Widerstand gegen scheiternde oder ungerechte Demokratien hingegen schon. Wer sich aber in einer Diktatur wähnt und es

nicht ist, aber den demokratischen Widerstand aufgibt, schließt den Diktator*innen die Tür auf und wird damit ungewollt zur Kompliz*in der Machtübernahme. Davor möchte ich warnen.

Methodisch möchte ich eine Unterhaltung mit Carl Schmitt anstrengen und zwar in Bezug auf die jüngsten anti-demokratischen Entwicklungen in den USA und in Deutschland. Schmitt schrieb 1921 die erste umfangreiche historische sowie systematische Auseinandersetzung über Diktatur. Schmitt, ein glühender Nazi und Antisemit, bemühte sich außerdem zwischen 1933 und 1936 ausführlich um die Rechtfertigung und juristische Ausgestaltung der nationalsozialistischen Machtergreifung und war ein theoretischer Referenzpunkt derselben. Eine Nähe zum Schmitt'schen Diktaturverständnis sollte daher eine Nähe zu einer tatsächlichen Diktatur bedeuten.

Schmitt führt den Begriff „Diktator“ linguistisch zurück auf „dictare im Sinne von befehlen (edictum)“ (Schmitt 1921, S.4, Fußnote 4), wobei die Lateinische Endung *-tor eine aktive Tätigkeit ausdrückt. Tatsächlich kann ich den Verweis auf den „Befehl“ in keiner anderen Quelle finden (dictare heißt ‚diktieren‘ oder ‚vorschreiben‘ von dico ‚sagen‘, ‚sprechen‘) – es handelt sich also vermutlich um eine distinkt moderne Interpretation. Schmitt jedenfalls schreibt: „Das Ideal des unbedingt herrschenden Willens wäre der militärische Befehl, dessen Bestimmtheit der Promptheit, mit der er befolgt werden soll, entsprechen muss.“ (ebd., S.141) Gemeint ist hier der diktatorische Wille; dieser soll unmittelbar umgesetzt werden – und zwar als „militärische[r] Befehl“. Diktatur bedeutet damit unter anderem die Militarisierung ziviler Prozesse, Zentralisierung der Autoritätsstruktur über die Grenze zwischen Zivilgesellschaft und Militärapparat hinweg. Schmitt spezifiziert sie durch die Begriffe „Bestimmtheit“ und „Promptheit“.

Die Geschwindigkeit der Diktatur

Beginnen wir mit der „Promptheit“: Sowohl der militärische Befehl als auch die verwaltungstechnische Anweisung sind hierarchisch organisierte Instrumente zur Steuerung menschlichen Handelns. Tatsächlich ist für Schmitt jedes Gesetz „seinem Wesen nach ein Befehl“ (ebd., S. 22). Es verlangt Unterordnung. Der militärische Befehl aber verlangt außerdem Widerspruchslosigkeit und „telegraphische[...] Geschwindigkeit“ (ebd., S.

131). Er soll also unmittelbar und unbedingt (ohne Bedingungen, ohne Widerrede) ausgeführt werden – auf Geheiß von Vorgesetzten. Hierin besteht der Unterschied zur administrativen Weisung: Denn letztere verlangt Unterordnung zunächst dem Recht und nicht den Befehlshabenden gegenüber. Daher prüft die Verwaltung zunächst zwecks Rechtssicherheit ihre Zuständigkeit. Die Soldatin aber muss handeln, selbst wenn sie den Befehl für falsch hält, solange die Rechtswidrigkeit nicht offensichtlich eine Straftat darstellt. Das Militär verlangt also Gehorsam. So erzeugt es Geschwindigkeit: Wo niemand widerspricht, da versickert auch keine Zeit in unendlichen Verwaltungsvorgängen.

Die Verantwortung für die Legitimität des Befehls liegt dabei fast ausschließlich bei den Befehlsgebenden; die Ausführenden tragen die Verantwortung für die korrekte Durchführung. Die Verwaltung aber verlangt Rechtsbindung. Hier steht die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und die Vermeidung von Willkür im Vordergrund – und gerade weil das so ist, finden wir die konkrete Verwaltung oft dysfunktional, wenn sie gesetzliche Vorgaben willkürlich strikt auslegt. Verwaltungsbeamte jedenfalls sind dazu angehalten, die Rechtmäßigkeit des Vorhabens zu prüfen und es gegebenenfalls zurückzuweisen. Und das kann dauern. Die Verpflichtung von Verwaltungsbeamt*innen auf ihre Loyalität dem Recht gegenüber steht daher oft der „Promptheit“ der Ausführung, der „telegraphische[n] Geschwindigkeit“ (ebd., S. 131) bei der Umsetzung eines Befehls entgegen. Kurz: Militärisches Handeln folgt dem Grundsatz: Erst handeln, dann klären. Bürokratisches Handeln folgt dem Grundsatz: Erst klären, dann handeln. Und effektiv sind sie dadurch idealtypisch unterschiedlich schnell.

In der Diktatur wird nun die Zivilverwaltung einer militärischen Befehlsstruktur unterworfen: die Bestimmung (der Zweck) einer diktatorischen Handlung fordert die „Promptheit“ unmittelbarer Ausführung. Loyalität gilt in erster Linie den Befehlshabenden und nicht in erster Linie dem Gesetz gegenüber.

Die Bestimmtheit der Diktatur

Neben der „Promptheit“ ist nach Schmitt der militärische Befehl als Paradigma diktatorischen Handelns konstituiert durch seine „Bestimmtheit“ (ebd., S.

141) – einen Zweck (Bestimmung), der die Diktatur rechtfertigt. Denn Diktatur ist für Schmitt in erster Linie Suspension oder Ausnahme von einer Verfassung – allerdings nur, um dafür einen konkreten Zustand (Bestimmung) herbeizuführen: um einen internen oder externen Gegner zu besiegen, um eine neue Verfassung zu erstellen, um eine Revolution zu Ende zu bringen und so weiter.

Das scheint nun seit kurzem in den USA der Fall zu sein: 2024 entschied der Oberste Gerichtshof im Fall Trump v. United States:

„Unter unserer verfassungsrechtlichen Struktur der getrennten Gewalten entzieht die Natur der präsidentialen Macht einen ehemaligen Präsidenten der strafrechtlichen Verfolgung für Handlungen, die in den ausschließlichen und unanfechtbaren verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich fallen.“
(Supreme Court Akte 2023, S.1, Übers. L. dL.)

Somit kann Trump in seiner Funktion als Präsident nicht strafrechtlich verfolgt werden – weder im Amt noch darüber hinaus, noch im Falle eklatanter rechtlicher Verstöße. Nach Auffassung des Obersten Gerichtshofs ist der Rechtsstaat im Falle der höchsten Exekutivmacht suspendiert – und zwar um damit angeblich die Gewaltenteilung aufrechtzuerhalten. Denn jeder Zugriff der Judikative auf die Exekutive würde, so die Begründung, die Exekutive in ihrer Exekutivgewalt einschränken, damit die Gewaltenteilung minimieren und so die Verfassung beschädigen. Der US-Präsident muss also, so die Argumentation, vom Recht ausgenommen sein, um die Verfassung aufrechterhalten zu können. Das ist genau die Art von Ausnahmezustand, wie sie Schmitt als Definition der Diktatur artikuliert hat: Die Diktatur soll die Verfassung sichern, indem sie sie suspendiert. Die Diktatur ist die Ausnahme von der Norm. In diesem Fall muss die US-Verfassung vor einer internen Konfrontation zwischen den sie konstituierenden Gewalten bewahrt werden. Exekutive, Legislative und Judikative sollen maximal voneinander getrennt sein. Der US Präsident ist damit seit 2024 nominell Diktator im Sinne Schmitts. Allerdings ist dieser Ausnahmezustand hier nicht etwa temporär (wie ihn Schmitt vorgesehen hatte), sondern permanent. Er gehört zum Präsidentialamt mit dazu. In ihrer Gegenposition äußerte sich Verfassungsrichterin Sonia Sotomayor daher wie folgt:

„Das Gericht kreiert effektiv eine rechtsfreie Zone um den Präsidenten und erschüttert [upsetting] damit den Status Quo, der seit der Gründung [der USA] existiert hatte. [...] Wenn er seine offiziellen Befugnisse [powers] in irgendeiner Weise verwendet [...], wird er nun von Strafverfolgung [criminal prosecution] abgeschirmt. Befiehlt [orders] er dem SEAL Team 6 der Marine, einen politischen Rivalen zu ermordern? Immun! Organisiert er eine militärischen Putsch [military coup] um an der Macht zu bleiben? Immun! Nimmt er Bestechungsgeld für eine Begnadigung? Immun. Immun, immun, immun.“ (Sotomayor 2024, Sektion VII, Übers. L. dL.)

In der Fortsetzung dieser Logik dient die angebliche besondere Gefahrensituation eines Staates als ideologische Rechtfertigung andernfalls unrechtmäßiger Maßnahmen, wie beispielsweise die illegale Geiselnahme des venezuelanischen Präsidenten Nicolas Maduro, den völkerrechtswidrigen Angriff auf Iran und viele andere.

Nun liegt innerhalb einer militärischen Befehlskette die Verantwortung oft in den Händen der Weisungsbefugten (siehe oben). Wenn die aber per se ungestraft bleiben, dann wird der juristische Zugriff auf den Handlungszusammenhang selbst fraglich: Sollte jemand die politische Rivalin erschießen, weil die Präsidentin es gesagt hat, übernimmt diese die Verantwortung, bleibt aber straffrei, so wie die Täterin selbst auch. In dieser Logik hätte damit die Straffreiheit einer Person zur generellen Auflösung des juristischen Verantwortungszusammenhangs geführt. Prinzipiell ist das in den USA durch die Praxis der präsidentialen Begnadigung jetzt bereits möglich: Ich erschieße die Rivalin, werde verurteilt, dann begnadigt. Ähnliches ist in den USA bereits geschehen: Viele derjenigen die für ihre Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 verurteilt wurden, sind inzwischen begnadigt worden, und zwar direkt zum Amts(wieder)antritt Trumps am 20. Januar 2025.

Der militärische Gehorsam kennt natürlich selbst wiederum Ausnahmen – in der Bundesrepublik beispielsweise die Menschenrechte. Und selbst der Nazi Schmitt erkennt die Grenzen des Gehorsams: „Von den Menschen im Ernst zu fordern, daß sie Menschen töten und bereit sind, zu sterben, damit Handel und Industrie der Überlebenden blühe oder die Konsumkraft der Enkel gedeihe, ist grauenhaft und verrückt.“ (Schmitt 1932, S. 37) Inwiefern aber die Unrechtmäßigkeit einer Handlung für eine ausführende Person unmittelbar erkennbar ist, ist je kontextabhängig. Und inwiefern eine solche

Unrechtmäßigkeit im Zweifelsfall innerhalb einer diktatorisch durchgesetzten Institution zur Geltung gebracht werden kann, ist wiederum eine andere Frage. Es wird sich zeigen, wie weit US-Staat und US-Gesellschaft bereit sind, sich diese Logik zu eigen zu machen.

Schmitts Idee einer temporären Diktatur ist allerdings durchaus konzeptuell fragil. Für Schmitt ist die Diktatur der Umweg, den der verfassungsmäßige Zustand zu sich selbst nimmt – unter Suspension der Verfassung mit dem Zweck, die Verfassung zu schützen (oder zu stiften). Dahinter steht unter anderem eine (Hegelianische) Theorie der (bestimmten) Negation: Die Diktatur negiert die Verfassung. Sie soll sich im Optimalfall nach getaner Arbeit selbst abschaffen und damit der verfassungskonformen Normalität (wieder) freien Lauf lassen – nämlich dann, wenn die „Bestimmtheit“ (Schmitt 1921, S. 141) oder Bestimmung der diktatorischen Befehlsgewalt erreicht ist. Die Diktatur soll sich also natürlicherweise in den gefestigten Verfassungsstaat hinein sublimieren. Negationen schaffen sich aber nicht selbst ab. Sie müssen vielmehr von außen beendet werden. Eine Negation, die wirklich Negation ist, beinhaltet nichts, was sie in die Positivität oder in die Überwindung ihrer negierenden Tätigkeit treiben würde. Alles Treibende ist positiv – Machtinteressen, Ressourcenverteilung, Gerechtigkeitssinn und so weiter. Der permanente Ausnahmezustand der US-Verfassung in Bezug auf das Präsidialamt ist also nicht etwa ein unglücklicher Einzelfall. Sie ist vielmehr die konsequente Konkretisierung der Logik der Diktatur: Sie rechtfertigt sich als Ausnahmeerscheinung. Ihrer Negativität Verfassung und Recht gegenüber sind aber keine inneren Grenzen gesetzt. Daher beansprucht die Diktatur ewige Fortsetzung. Ohne äußere Einflussnahme wird sie sich nicht bändigen lassen. Kurioserweise nähert sich Schmitt diesem Gedanken in seiner Lektüre Hegels an, scheint ihn aber nicht zu begreifen:

„In der Hegelschen Philosophie ist für eine Diktatur nur insofern Raum, als sie inhaltlich die weltgeschichtliche Aufgabe der ‚weltgeschichtlichen Persönlichkeit‘ (Napoleon) sein könnte, aber der vom Diktator zu beseitigende entgegenstehende Zustand ist ja selbst nur als Negation ein Moment in dem immanenten Prozeß der logischen Selbstentwicklung des Geistes.“ (ebd., S. 144, Fußnote 22)

Die Medialität der Diktatur

Nun bedarf aber eine echte Diktatur nicht bloß der „Bestimmtheit rechtlicher Form, sondern [auch der] Präzision einer Sachtechnik.“ (ebd., S. 141). *Entitlement* alleine reicht nicht. Die Diktatur hat vielmehr eine genuin medientheoretische Komponente: Die Promptheit des militärischen Befehls soll sich „mit ‚telegraphischer Geschwindigkeit‘“ (ebd., S. 131) vollziehen. Der Befehl muss also technologisch (durch „Sachtechnik“) vermittelt und politisch umgesetzt werden. Und tatsächlich: Schon zu Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump in der ersten Jahreshälfte 2025 verschaffte sich das Department of Government Efficiency (DOGE) unter Elon Musk Zugang zu sensiblen Computersystemen der Bundesbehörden, wie es auch Rainer Mühlhoff 2025 ausführlich darlegt. Das erklärte Ziel von DOGE war die Senkung von Verwaltungskosten und die Bekämpfung von Betrug. Das ist aber nicht passiert. Stattdessen sehen wir hier die „Präzision einer Sachtechnik“ (Schmitt 1921, S. 121) am Werk, mit der die technologisch vermittelte („telegraphische“) Geschwindigkeit des militärischen Befehls hergestellt werden soll und zwar in politisch-personeller und in technologischer Hinsicht.

Politisch-personell hat DOGE dafür gesorgt, dass der US-amerikanische Verwaltungsapparat geschrumpft ist und jetzt primär aus denjenigen besteht, die die Trump-Administration zumindest nicht völlig ablehnen. DOGE erstellte eine Liste aller IT-Führungskräfte der Bundesbehörden und versandte E-Mails an 2,2 Millionen Bundesangestellte mit Ankündigungen drastischer Personaleinsparungen, verschärfter Loyalitätskriterien und Leistungsbeurteilungen. Allen Mitarbeitenden wurde angeboten, dass sie die Behörden mit einem Abfindungspaket verlassen dürften. Dieses Angebot zielte auf diejenigen ab, die das Trump Regime eher nicht unterstützen wollten. Anhänger*innen Trumps hingegen blieben eher auf ihren Plätzen. Diversity, Equity and Inclusion (DEI) Programme wurden gestoppt. DEI Aktivitäten sind jetzt sogar im Rahmen der Regierungsarbeit verboten, was zu einer weiteren demographischen Verschiebung weg von marginalisierten Menschen in der Verwaltung geführt hat. Widerstand von Seiten der Verwaltung wird dadurch unwahrscheinlicher. Darin besteht die personelle Zentralisierung. Eine ihrer unmittelbar politischen Folgen ist, die von Schmitt geforderte Widerstandslosigkeit dem militärischen Befehl gegenüber zu befördern.

Auch technologisch hat DOGE die Verwaltung zentralisiert. Das Office of Personnel Management (OPM) diente als erster Angriffspunkt, gefolgt von der General Services Administration (GSA), der USAID, der NOAA, den Centers for Medicare and Medicaid Services (CMS) und dem CIA. DOGE sicherte sich Zugriff auf das zentrale Zahlungssystem des US Treasury Departments, das jährlich Billionen Dollar an Sozialleistungen, Gehältern und Bundesausgaben abwickelt. Das Ziel war die Zentralisierung dieser Systeme und ihre Verfügbarmachung für KI. Bisher voneinander getrennte Datensätze und Behörden können nun gesammelt adressiert werden. Die oben genannte gesammelte Adressierung von 2,2 Millionen Bundesangestellten ist dafür ein erstes Beispiel. Die Geschwindigkeit der Transmission eines Befehls ist hier also nicht „telegraphisch“ (wie bei Schmitt) – sie ist vielmehr digital und KI-gestützt.

Die KI-Automatisierung ersetzt die regelbasierte Ordnung des Rechtsstaats durch einen schlanken Apparat der digitalisierten Voraussage. Das ermöglicht zumindest phantasmatisch die militärische Geschwindigkeit. Da aber der Verwaltungsapparat selbst ebenfalls verschlankt ist, wird es kaum Personal geben, um die KI-gestützten Entscheidungen überprüfen zu können. Fehler sind daher im wahrsten Sinne des Wortes vorprogrammiert. Es wird also nicht nur die angeblichen Feinde des Regimes treffen. Vielmehr werden alle unter der Zentralisierung unter KI zu leiden haben.

Darüber hinaus aber können nun diskriminierende Entscheidungen noch leichter Einzug halten. Kapitalismus ist dabei ein unterstützender Faktor. Es ist schon länger gängige Praxis, dass sich Diskriminierung hinter der Eigentumsförmigkeit von digitaler Technologie verbirgt. Denn wenn ein Unternehmen oder eine Regierung eine Technologie zur Nutzung erwirbt, sind ihnen die Funktionsweisen dieser Technologien oft unklar. Mehr noch: Der Quellcode ist oft Betriebsgeheimnis, geschützt durch die Regeln des Privateigentums. Auch wenn eine Regierung eine Software selbst entwickelt, bleibt die Funktionsweise normalerweise der Öffentlichkeit entzogen. Dadurch ist parlamentarische Kontrolle quasi unmöglich. Diskriminierung kann so leicht im Code versteckt werden. Rainer Mühlhoff prognostiziert:

„Man wird nicht versichert, nicht angestellt, nicht in das Land hineingelassen, bekommt Sozialleistungen entzogen, wird von der Polizei durchsucht, des Sozialbetrugs oder der Kindeswohlgefährdung verdächtigt, weil ein intransparentes Computersystem anhand von behaviorellen Daten eine Vorhersage trifft.“ (Mühlhoff 2025)

Aber auch die Beschleunigung befördert Gewalt. Das ließ sich zuletzt am 28. Februar 2026 beobachten: Ein von Algorithmen gelenkter US-amerikanischer Tomahawk-Marschflugkörper traf die Shajareh-Tayyebbeh-Grundschule in Minab, Iran. Mindestens 165 Menschen starben – überwiegend Schüler*innen. Die technische Beschleunigung der Befehlsgewalt ist auch die ungeprüfte Ausführung verbrecherischer Entscheidungen. Parallel dazu hatte das Israelische Militär das Lavender KI-System in Gaza verwendet. Die verwaltungstechnische Variante dieser KI-gestützten Katastrophen steht uns derzeit noch bevor.

Das Vorbild USA auch hier?

Der Finanzskandal um die irreguläre Vergabe von Fördergeldern für Projekte gegen Antisemitismus zeigt, dass die politische Exekutive auch in Deutschland und auch von Seiten sogenannter „demokratischer“ Parteien an Ausnahmbefugnissen interessiert ist. Der ehemalige Kultursenator Joe Chialo (CDU) setzte 2025 trotz massiver Kürzungen im Berliner Kunst- und Kultursektor die Förderung von mehr als einem Dutzend Projekten auf Drängen der CDU-Fraktion durch, obwohl die Verwaltung massive Bedenken anmeldete. Eine Liste der zu fördernden Projektträger wurde in der CDU-Fraktion erstellt, ohne dass die Kulturverwaltung Kenntnis von den Projekten hatte. Chialo schrieb, eines zentralisierten Antragsverfahrens bedürfe es hierzu nicht. Die Projekte erhielten direkte Aufforderungen zur Antragstellung. Die Folgen für die Antisemitismusbekämpfung sind immens: Antisemit*innen, die einen jüdisch durchsetzten deep state fabulieren, können sich hier leicht bestätigt fühlen. Darüber hinaus aber wurde Geld an fachlich und ästhetisch ungeeignete Projekte verteilt und damit eine Chance zur tatsächlichen Antisemitismusbekämpfung zugunsten konservativer Vetternwirtschaft vertan. Die 2,65 Millionen Euro, die bis September 2025 bewilligt wurden, fließen an Projekte, die der Kulturverwaltung überwiegend unbekannt waren. Manche Empfänger wie die Between Worlds GmbH oder die Immobilienverwaltung

FaBlhaft GmbH & Co. KG bieten keine erkennbare Expertise im Bereich Antisemitismusbekämpfung.

Nach Chialos Rücktritt am 02.05.2025 hielt Sarah Wedl-Wilson, Chialos parteilose Nachfolgerin, an dem Vorhaben fest. Sie wies beispielsweise die Verwaltung an, auf die Forderung nach einem monetären Eigenanteil bei Förderungen zu verzichten. Die Verwaltung verwies auf zuwendungsrechtliche Bedenken und warnte vor Projekten ohne ordnungsgemäße Geschäftsführung. Der *Tagesspiegel* berichtet von einer erfahrenen Mitarbeiterin, die vor dem Untersuchungsausschuss unlängst zum Thema gesagt habe: „Die Art und Weise, wie hier sehr direkt in die Verwaltung eingegriffen worden ist, hat mich sehr erstaunt und zum Teil auch schockiert. Das habe ich bis dahin noch nicht erlebt.“ (Kiesel 2026)

Die Verwaltung soll hier angesichts angeblicher Ausnahmesituationen als Exekutionsorgan politischer Entscheidungen fungieren. Der politische Wille überstimmt die rechtlichen Prüfverfahren. Senator*innen wirken direkt auf Verwaltungsmitarbeiter*innen ein und bewilligen Anträge ohne fachliche Prüfung. Wir sehen hier genau, wie sich die Verwaltung auf ihre Pflicht zur rechtlichen Prüfung beruft, während der CDU-Senat in Richtung befehlsartiger Intervention schießt. Der Wille zum Ausnahmezustand besteht auch auf Seiten der CDU.

Ein weiteres Beispiel für die systematische Missachtung rechtlicher Vorgaben durch die politische Exekutive ist das Vorgehen von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt. Seit dem Regierungswechsel im Frühjahr 2025 hat Dobrindt konsequent an der Praxis der Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen festgehalten, obwohl das Berliner Verwaltungsgericht diese Handlungen explizit als rechtswidrig eingestuft hat. Das Gericht hatte festgestellt, dass die Zurückweisung von Geflüchteten bereits auf deutschem Staatsgebiet gegen geltendes Recht verstößt. Dobrindt ignorierte dieses Urteil jedoch, indem er es als bloße „Einzelfallentscheidung“ abtat und behauptete, die Praxis gelte weiterhin. Trotz der gerichtlichen Klarstellung setzt die Polizei die Zurückweisungen fort. Der politische Wille der Exekutive wird erneut über die rechtsstaatlichen Prüfverfahren und gerichtlichen Urteile gestellt. Die Begründung dafür ist ein angeblicher Ausnahmezustand, diesmal in Bezug auf die illegale Einwanderung von Geflüchteten.

Weitere Beispiele wären der Skandal um den Deutschen Buchhandlungspreis 2026, das Vorgehen der Polizei gegen pro-palästinensische Aktivist*innen, die damit verbundene anlasslose Ausweisung insbesondere trans- und nicht-binärer Aktivist*innen, die Entförderung von demokratiefördernden Projekten durch die CDU, Regierung, weil Vielfalt kein Förderziel mehr sei und so weiter.

Antifaschistische Verwaltung

Es handelt sich bei diesen Fällen noch nicht um diktatorische Interventionen. Viele davon sind juristisch angefochten worden, häufig erfolgreich und oft hat die Anfechtung auch Wirkung gezeigt. Der Fall Dobrindt ist hier besonders besorgniserregend. Alle diese Beispiele zeigen aber, dass der politische Wille zur Diktatur teils auch auf Seiten der CDU gegeben ist. Sollte es in Deutschland zu einer Zuspitzung in Richtung Schmitt'scher Diktatur kommen, oder darüber hinaus, wie es bereits jetzt in den USA der Fall ist, so wird die politische Verantwortung dafür bei der CDU liegen – denn die AfD wird es alleine nicht schaffen.

Martina Klement, die frühere Berliner Staatssekretärin für Verwaltungsmodernisierung, forderte einen Kulturwandel in der Berliner Verwaltung. Wohin dieser Wandel gehen soll zeigt sich bereits: Politische Loyalität und Fraktionsinteressen sollen per Befehl oder Anweisung fachliche Kriterien oder rechtliche Prüfungen gegebenenfalls justieren können – in Berlin (Chialo, Wedl-Wilson) und auf Bundesebene (Dobrindt). Es ist das autokratische Gesicht der CDU, die sich mit Verweis auf die noch autokratischere AfD einen demokratischen Anstrich gibt.

Noch ist Zeit, die Resilienz im Apparat zu stärken. Was ist zu tun? Werdet Verwaltungsbeamte! Verführt die Leute in der Verwaltung – zum Widerstand gegen die Tendenz zum Durchregieren! Darüber hinaus muss es jedoch auch einen Vorschlag zur allgemeinen Verwaltungsreform von Links geben, der sich nicht in einer „Befehlsstruktur-Light“ erschöpft. Es braucht ein progressives Gegenkonzept. Verträge, gesetzliche Ordnung und Befehle markieren unterschiedliche Punkte auf einem Spektrum der Unterwerfung. Gerade weil sie ein Kontinuum der Unterwerfung darstellen, kann eine demokratische Verwaltung militarisiert werden. Es handelt sich dabei nur um eine

Intensivierung der existierenden Funktionsweisen staatlichen Handelns. Eine antifaschistische Verwaltung muss daher einem anderen Prinzip folgen.

Ich schlage dazu die Gastlichkeit vor. Denn in der gastlichen Situation ist unklar, wie lange wir miteinander sprechen, wie viel Kuchen wir essen und so weiter. Gastlichkeit setzt der Unterwerfung daher ein komplexes Cluster von Fähigkeiten entgegen: Fürsorge, Aufmerksamkeit, Empathie, Problemlösungsbereitschaft und vor allem – und am wichtigsten – Kreativität im kollektiven Umgang miteinander. Eine Verwaltungsreform, die nicht nur reibungslose Abläufe, sondern auch Resilienz gegen faschistische Übernahme im Sinn hat, sollte sich fragen: Wie kann die Verwaltung gastlicher, hospitaibler werden – für alle Beteiligten? Wie können die Einzelnen dazu ermutigt und befähigt werden, Einzelfallentscheidungen im Zuschnitt auf einzelne Menschen zu entwickeln, anstatt sie allgemeinen Regeln, Gesetzen und Befehlen zu subsumieren? Damit meine ich nicht die standardisierte Einzelfallprüfung, die letztlich nur in einer Unterwerfung der Einzelnen unter Verwaltungskategorien ist. Ich meine ein gastliches Miteinander jenseits der kategoriellen Standardisierung, das es schafft, Unbestimmtheit als Ressource und nicht als Hindernis zu begreifen. Wie kann eine Arbeitsatmosphäre geschaffen werden, in der die Unzuständigkeit nicht als bevorzugte Option gewählt wird, die den Arbeitsaufwand der individuellen Verwaltungsbeamt*in reduziert, sondern als eine Herausforderung betrachtet wird, die im Sinne aller zu lösen ist? Wie können Verwaltungsbeamt*innen in ihrer Funktion dazu befähigt werden, zu urteilenden Menschen zu werden? Was könnte sie dazu motivieren, sich im Zweifelsfall nicht zu willfährigen Unterlingen degradieren zu lassen? All das müssten Fragen für eine antifaschistische Verwaltungsreform sein. Ich kann sie hier aufgrund der Kürze des Artikels (und der unbezahlten Arbeit) leider nur stellen und keine Antworten geben. Deutschland aber hat sie bitter nötig. Denn die Diktatur schläft nicht.

Mit Dank an: Dara Abdallah, Walid Abdelnour, Callaz, Danny Schwartz, die Redaktion von kritisch-lesen.de, und die „School of Futurology“ Gruppe in meinem Seminar im März 2026 in der Vierten Welt, Berlin.

Zusätzliche verwendete Quellen

Kiesel, Robert (2026): „Habe ich bis dahin noch nicht erlebt“. Tagesspiegel, 06.03.2026, Online einsehbar [hier](#).

Mühlhoff, Rainer (2025): Trump und der neue Faschismus. In: Verfassungsblog vom 09.02.2025, Online einsehbar [hier](#).

Schmitt, Carl (1921). Die Diktatur: Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf (8. Ausgabe: 2015). Duncker & Humblot.

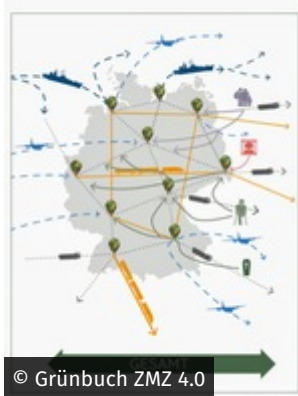
ders. (1932): Der Begriff des Politischen: Mit einer Rede über das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen. Duncker & Humblot.

Sotomayor, S. M. (2024). Dissenting opinion in Trump v. United States, 603 U.S. (2024). Supreme Court Akte, Online einsehbar [hier](#).

Supreme Court Akte (2024), Trump vs. United States, Online einsehbar [hier](#).

Zitathinweis: Luce deLire: Diktatur als kontinuierlicher Ausnahmezustand. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/N2wVC>.

Was Militärs und Behörden für die Heimatfront planen



Analyse von Martin Kirsch

Der Operationsplan Deutschland bindet zivile Infrastrukturen, Behörden und Unternehmen bereits in Friedenszeiten in militärische Logiken ein.

Essay von [Martin Kirsch](#)

Mit dem Operationsplan Deutschland (OPLAN) liegt inzwischen eine – geheime – Blaupause für die zivil-militärische Vorbereitung auf den Kriegsfall in Friedenszeiten vor. Im Folgenden soll der OPLAN anhand dessen, was sich aus öffentlichen Quellen erschließen lässt, in seinen wesentlichen Elementen kurz vorgestellt und sich anschließend auf dessen kernmilitärischen Teil fokussiert werden. Es soll beschrieben werden, auf welche Weise und in welchen Bereichen die Bundeswehr unter Berufung auf einen permanenten Quasi-Kriegszustand schon heute zivile Akteure, Strukturen und Organisationen in ihre Planungen für den Ernstfall einbezieht.

Geheime Entstehung

Salopp formuliert handelt es sich beim OPLAN zunächst einmal um ein Dokument, also um einen großen Haufen Papier oder eine große Computer-Datei – er hat eine hohe Einstufung und ist nicht für die Augen der Öffentlichkeit bestimmt. Das Operative Führungskommando der Bundeswehr schreibt dazu auf ihrer Webseite „Der Operationsplan Deutschland umfasst rund 1.400 Seiten und ist als Gesamtdokument geheim eingestuft. Aus

Gründen der nationalen Sicherheit ist das Dokument nicht öffentlich als Download verfügbar.“(Bundeswehr o.J.)

Obwohl also kaum jemand das Papier zu Gesicht bekommen hat, gibt es eine Reihe von Veröffentlichungen, die Rückschlüsse auf seine Inhalte zulassen. Dazu gehört zum Beispiel die vom Presse- und Informationszentrum des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr herausgegebene Broschüre „Operationsplan Deutschland: Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe“.

Außerdem gibt es diverse Militärs, die in Interviews Teile durchblicken lassen. Zu den Ursprüngen des OPLANs gab etwa General André Bodemann, der Kommandeur Territoriale Aufgaben, im April 2024 zu Protokoll:

„Wir haben vor rund einem Jahr mit diesem Plan begonnen und mussten fast alles neu denken. Beteiligt daran waren rund 150 Experten aus Bundeswehr, Bund und Ländern, an rund 100 Tagen haben wir unter ‚geheim‘ getagt. Und was wir jetzt haben, ist ein ‚lebendes Dokument‘, es wird also ständig fortgeschrieben. [...] Am 27. März [2024] haben wir den Plan dem Generalinspekteur vorgelegt. Nach dessen Billigung setze ich als Nationaler Territorialer Befehlshaber diesen Plan, der mehrere, auf die Bedrohungslage abgestufte Maßnahmen beinhaltet, in Kraft.“ (FAZ 2024)

Unter „geheim“ tagen bedeutet, dass der Plan in abgeschotteten Räumen ohne Handynutzung erarbeitet wurde und es den Beteiligten – Personen aus der Bundeswehr, der Bundesregierungs-Ebene, den Länderregierungen und aus den Kommunen – strikt verboten ist, darüber zu berichten, was dort eigentlich passiert ist. Als „lebendiges“ Dokument, das permanent überarbeitet wird, soll eine zweite Fassung bereits Mitte 2026 vorgelegt werden.

Entscheidend am OPLAN ist, dass seine Planungen aus der Behauptung abgeleitet (und legitimiert) werden, dass wir uns nicht mehr im Frieden befänden. So äußerte sich etwa General Bodemann gegenüber der FAZ wie folgt:

„Früher gab es nur Null oder Eins, Frieden oder Krieg. Heute liegt dazwischen eine lange Strecke hybrider Bedrohungen. Schon heute gilt: Wir sind nicht im Krieg, formaljuristisch, aber wir befinden uns auch schon lange nicht mehr im Frieden, weil wir täglich bedroht und auch attackiert werden. Trotzdem müssen wir natürlich über die zivilen Beiträge zur Gesamtverteidigung reden.“(ebd.)

Wie auch der gesamte OPLAN sieht uns Bodemann also in irgendeinem Zwischenzustand, wo die klassischen Kriegsdefinitionen noch nicht greifen, aber auch kein Frieden mehr herrschen soll. Bodemanns Vorgesetzter, General Alexander Sollfrank, Chef des Operativen Führungskommandos, beschreibt diese Quasi-Kriegslage auf der Bundeswehrtagung 2025 wie folgt:

„Diese hybriden Aktivitäten, wie wir dazu sagen, darf man nicht losgelöst von einem Krieg in der Ukraine betrachten. [...] Sowohl der Krieg in der Ukraine als auch diese Angriffe gegen uns sind Elemente eines strategischen Gesamtansatzes Russlands mit dem Ziel, die gesamte Sicherheitsordnung in Europa zu verändern.“ (Bundeswehr 2025)

Aus Bundeswehrsicht besteht dabei das Problem, dass viele „nützliche“ Gesetze im Frieden nicht oder kaum zur Anwendung kommen – sie greifen erst bei zunehmenden Eskalationsstufen in Richtung Krieg. In der Broschüre „Gesamtverteidigung Deutschland. Ein gemeinsamer Auftrag für unsere Gesellschaft“ listet die Bundeswehr zwölf solcher Gesetze auf, die erst unter bestimmten Bedingungen zum Tragen kommen: Normalzustand, Grauzone, Bündnisfall, Zustimmungsfall, Spannungsfall und Verteidigungsfall. Rechtlich klar geregelt sind lediglich vier der fünf vom Frieden wegführenden „Eskalationsstufen“: „Das Rechtsregime des äußeren Notstands legt Ausnahmenvorschriften an und unterscheidet dabei vier Eskalationsstufen: Den Fall besonderer Zustimmung („Zustimmungsfall“), den Spannungsfall, den Bündnisfall sowie den Verteidigungsfall. Diese unterschiedlichen Fälle sind an klar umrissene verfassungsrechtliche Voraussetzungen geknüpft und bedürfen grundsätzlich einer Feststellung durch den Bundestag mit der jeweils erforderlichen Mehrheit.“

Entscheidend ist also diese rechtlich nicht klar definierte „Grauzone“ und wie die Bundeswehr in diesem Beinahe-Krieg nun Zugriff auf zivile Ressourcen bekommen kann, um sie schon heute in die Vorbereitung militärischer

Auseinandersetzung zu integrieren. Zivile Akteure sind damit nach Auffassung von General Bodemann integrale Bestandteile der Gesamtverteidigung, die er wie folgt definiert:

*„Verantwortlich dafür ist das Bundesministerium des Innern und für Heimat. Ich bin für den militärischen Teil von Gesamtverteidigung zuständig. Wir befassen uns mit der Frage, welche zivile Unterstützung brauchen wir, um die territoriale Integrität des Landes zu verteidigen oder wiederzuerlangen. Wie erhalten wir die Regierungsfähigkeit, wie schützen wir wichtige Infrastrukturen – das kann die Bundeswehr allein absolut nicht tun, deswegen brauchen wir die Unterstützung der zivilen Seite.“
(Führungsakademie der Bundeswehr 2025)*

Fokus Aufmarsch

Im Mittelpunkt des OPLANs stehen Maßnahmen, um den reibungslosen Auf- bzw. Durchmarsch an die Ostfront zu ermöglichen, lässt sich bei der Bundeswehr nachlesen:

„Wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt des Operationsplan Deutschland ist die Beantwortung der Frage, wie die Bundesrepublik den geplanten Aufmarsch und die Versorgung verbündeter als auch eigener Streitkräfte im Bündnisfall gewährleisten kann. Entsprechend der Planungen der NATO müssen hierbei Hunderttausende Soldatinnen und Soldaten mit unterschiedlichen Bereitschaftsgraden durchgängig logistisch und medizinisch versorgt sowie geschützt werden. [...] Dies umfasst Unterstützungsleistungen bei Schutz und Sicherung, Verkehrsleitung, Transport und Umschlag auf Straße, Schiene sowie in See- und Flughäfen, Unterbringung und Verpflegung, Betankung und Instandhaltung, medizinischer Versorgung bis hin zur Rechtsberatung. Diese Aufgabe ist – ohne langen Vorlauf und über lange Zeit – nur mit den Leistungen zivilgewerblicher Partner sicherzustellen.“ (Bundeswehr o.J.)

Es geht also vor allem um den Aufmarsch der NATO von Westen gen Osten, wofür Deutschland nördlich der Alpen der zentrale Knoten ist, durch den alles durch muss, danach kommen Nord- und Ostsee. Konkrete Manöver geben dann einen kleinen Einblick in die möglichen Rollen nicht-militärischer

Akteure: In einer Teilübung von „Steadfast Defender“ zog z.B. im September 2025 eine Bundeswehr-Brigade nach Litauen und machte dabei Rast in Prenzlau (Brandenburg). Unter dem Generalunternehmer Rheinmetall gab es dann dort einen bewaffneten zivilen Sicherheitsdienst, der das Gelände bewachte sowie zivile Angestellte, die die LKWs betanken und warteten; es gab einen zivilen Caterer und es gab zivile Firmen, die Zelte und Betten zur Verfügung stellten, weil sich die eigene Logistik im Kriegsfall oder in der Vorbereitung davon in den Plänen der Bundeswehr bereits in Polen, in Litauen oder andernorts entlang der Frontlinie befände.

Wichtig ist, dass nicht nur der reibungslosen Verlegung an die Ostfront, sondern auch den Rücktransporten ins Hinterland große Bedeutung beigemessen wird: Von Westen müssen also NATO-Truppen, Gerät, deren Versorgungsgüter wie Treibstoff, Essen, Munition usw. nach Osten und umgekehrt müssen verwundete und tote Soldat*innen oder zum Beispiel auch Kriegsgefangene gen Westen zurücktransportiert werden.

Arbeitsgruppen

Was die im OPLAN konkret adressierten Themenfelder anbelangt, hat „Frag den Staat“ ziemlich hartnäckig nachgebohrt. Bekommen haben sie nicht allzu viel, aber doch einen Flyer, der sieben Arbeitsgruppen auflistet, deren Themen augenscheinlich im Operationsplan ausgearbeitet wurden (Frag den Staat 2024).

AG1 „Definition ziviler Unterstützungsbedarfe“: Was kann die zivile Seite für die Bundeswehr tun?

AG2 „Lebens- und verteidigungswichtige Strukturen“: Was ist allgemeine kritische Infrastruktur? Was ist zivile Infrastruktur, die für das Militär wichtig ist? Und was ist militärische Infrastruktur, die speziell geschützt werden muss – das ist der Teil, der für den Operationsplan Deutschland besonders wichtig ist.

AG3 „Führungsfähigkeit und gesamtstaatliches Lagebild“: Deutschland hat als föderaler Staat im Gegensatz zum Militär im Zivilbereich keine geraden Befehlswege. Es geht also darum, wie eine Befehlskette etabliert werden kann

– auch wenn es diese Strukturen eigentlich nicht gibt –, die irgendwie aus Berlin den Kommunen sagen kann, was sie zu tun haben. Wie es gelöst werden soll, ist unklar, aber auf jeden Fall wird sich fleißig darüber Gedanken gemacht. – Dies wurde auch noch einmal im Januar 2026 deutlich, als über ein vom Militär erarbeitetes Eckpunktepapier „Zivile Komplementärplanungen zum Oplan Deu“ berichtet wurde. Dabei handele es sich um „eine Art Checkliste für die Länder als Vorbereitung für den Ernstfall“, in dem unter anderem folgender Bedarf angemeldet worden sein soll:

„Klare Befehlsketten werden künftig wichtiger. Auf der zivilen Seite muss klar sein, welche Instanz beim Bund im Spannungs- und Verteidigungsfall als ‚Kommandobehörde‘ den Ländern gegenüber weisungsbefugt ist. Damit verbunden sein muss laut dem Papier die Benennung von Verantwortlichen in den Bundesministerien und den nachgelagerten Behörden. Wesentlich sind auch weitere Abstimmungen mit den Bundesbehörden, Ländern und Kommunen. Jede Stelle muss wissen, was im Krisen- oder Kriegsfall in ihrer jeweiligen Zuständigkeit liegt, etwa wenn es darum geht, Straßen und Kreuzungen freizuhalten für Militärkonvois, oder bei der Aktivierung von Personal und Ressourcen.“(Klein/Stenglin 2026).

AG4 „Personal und Gesundheit“: Die im Flyer aufgelisteten Bereiche für diese Arbeitsgruppe umfassen „Wehrersatzwesen“; „Kriegsgefangenenwesen“; „Gefallene“; „Fluchtbewegungen“; „Betreuung und Fürsorge“; „psychosoziale Unterstützung“; „Gesundheitsversorgung“.

AG5 „Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsleitung“: Dazu im Flyer: „Die AG thematisiert die Ertüchtigung der nationalen Verkehrsinfrastruktur und die Erhöhung ihrer Widerstandsfähigkeit mit dem Ziel, in Krise und Konflikt den militärischen Anforderungen unter Berücksichtigung der zivilen Herausforderungen gerecht werden zu können.“

AG6 „Military Mobility“: Die Truppen müssen auch Grenzen überqueren, weshalb sich unter anderem über Dinge wie Zollkontrollen Gedanken gemacht wird. Es geht um die „Vereinfachung, Standardisierung und Beschleunigung von Verfahren sowie die Modernisierung von Infrastruktur, um Truppen und Material schneller grenzüberschreitend verlegen zu können“.

AG7: „Strategische Kommunikation“: Man könnte dazu auch Propaganda sagen, also wie adressiert man die Bevölkerung so, dass sie gefälligst irgendwie an diesem Operationsplan Deutschland mitarbeitet? Da das Dokument geheim ist, wissen wir nicht, ob diese Strategische Kommunikation im Sinne des Operationsplans jetzt schon stattfindet oder erst wenn Fall X oder Y ausgerufen wird, von dem wir dann aber möglicherweise auch gar nichts mitbekommen. Jedenfalls wird sich hier auf höchster Regierungsebene Gedanken darüber gemacht, wie man die Bevölkerung propagandistisch adressiert, um sie ins Glied zu rücken.

OPLAN-Heimatschutztruppe

Von militärischer Seite ist auf oberster Ebene das Operative Führungskommando in Berlin für den OPLAN zuständig, das mit Bundesregierung und NATO kommuniziert. Ihm unterstellt gibt es Landeskommmandos in allen Landeshauptstädten, die mit den Landesregierungen und deren Behörden in Kontakt stehen. Und unterhalb davon, weitestgehend aus der Reserve besetzt, existieren Kreis- und Bezirksverbindungskommmandos, das heißt, in jedem Kreis, in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Regierungsbezirk gibt es ein kleines Bundeswehrkommando, das sozusagen ebenengerecht mit den jeweiligen Behörden kommuniziert, um im Fall der Fälle das auch alles irgendwie gangbar zu machen.

Neben diesen organisierenden gibt es auch noch ausführende Kräfte bei der Bundeswehr. Das ist der sogenannte Heimatschutz, der gerade massiv ausgebaut wird. Aktuell gibt es sechs Regimenter, zusammen 500 aktive Soldat*innen und um die 6.000 Reservistinnen und Reservisten, die dafür da sind, mit der Waffe ebendiese militärrelevante Infrastruktur in Deutschland zu schützen. Kürzlich kündigte der scheidende Heeresinspekteur Alfons Mais aber an, er sehe für die Heimatschutztruppe einen Bedarf von 9.500 Aktiven sowie 138.000 Reservistinnen und Reservisten, die – wie auch immer das gehen soll – bis 2029 zur Verfügung stehen müssten (Boes 2025). Damit würden genug Truppen zur Verfügung stehen, um den permanenten Quasi-Ernstfall gegen alle Eventualitäten militärisch abzusichern – erklärtermaßen auch gegen Proteste aus der Friedensbewegung (Jokisch 2025).

Quellen und weiterführende Informationen:

Operatives Führungskommando der Bundeswehr: Operationsplan Deutschland. Ein militärisches Kernelement an der Gesamtverteidigung, [bundeswehr.de, o.J.](#)

Operatives Führungskommando der Bundeswehr: Operationsplan Deutschland. Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, [bundeswehr.de, September 2025](#).

FAZ: „Im Frieden befinden wir uns schon lange nicht mehr“, [faz.net, 22.4.2024](#).

Bundeswehrtagung 2025: Russland hat Deutschland im Visier – was macht die Bundeswehr? [bundeswehr.de, 07.11.2025](#).

Führungsakademie der Bundeswehr: Gesamtverteidigung Deutschland. Ein gemeinsamer Auftrag für unsere Gesellschaft, [bundeswehr.de, Juni 2025](#).

Frag den Staat: [Anfrage #322581](#). Die Zitate in diesem Kapitel stammen aus dem Flyer, der dort in der Korrespondenz abrufbar ist.

Klein, Lisa-Martina/ Stenglin, Wilhelmine: Oplan Deutschland: Das steht in der Checkliste für die Länder zur Vorbereitung auf den Bündnisfall, Security.Table #389, 21. Januar 2026).

Boes, Stefan Axel: Mehr Heer muss her: Personalaufwuchs und Heimatschutz, [Hardthöhenkurier](#), 20.9.2025.

Jokisch, Jonathan: Militärische Mobilität – Korridore der Aufrüstung, [IMI-Studie 2025/05](#).

*

Wir danken der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) und dem Autor Martin Kirsch für die Möglichkeit der Zweitveröffentlichung. [Die Analyse](#) erschien zuerst in [der März-Ausgabe](#) des IMI-Magazins *Ausdruck*, in dem unter

anderem die Beiträge des IMI-Kongresses „Militärrepublik verweigern!“ (November 2025) versammelt sind. Wir empfehlen nachhaltig die Lektüre – oder das Nachhören der Konferenz-Beiträge. Text und Ton finden sich auf der [Webseite der IMI e.V.](#)

Die Analyse von Martin Kirsch ergänzte die IMI e.V. online mit kursorischen Einblicken in den OPLAN - Grünbuch ZMZ 4.0:

Die „besten“ Einblicke in den geheimen Operationsplan Deutschland (OPLAN) liefert das „Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) 4.0“, das vom „Zukunftsforum öffentliche Sicherheit“ (Zoes) herausgegeben wurde. In dem explizit am OPLAN angelehnten Dokument, an dem auch mehrere Bundestagsabgeordnete mitgewirkt hatten, wird ein Szenario im Jahr 2030 durchgespielt, in dem sich die Konflikte mit Russland weiter verschärfen und die NATO auf ein russisches Manöver mit der Verlegung von 60.000 Soldat*innen (u.a. 10. Panzerdivision) an die Ostflanke reagiert.

Auffällig ist, dass auch dem Verwundetentransport im Ernstfall darin große Aufmerksamkeit gewidmet wird: „Die im Falle einer militärischen Eskalation in Form von Kampfhandlungen darüber hinaus entstehenden Bedarfe der Bundeswehr sind der Zeitschrift Wehrmedizin und Wehrpharmazie (2/2023, Kohl. M. et. al. S. 38. ff.) zu entnehmen. Danach ist mit bis zu 1.000 Patientinnen und Patienten pro Tag zu rechnen, von denen 33,6 Prozent intensivpflichtig, 22 Prozent vermehrt pflegebedürftig und 44,4 Prozent leichter verletzt sind.

Die Autoren attestieren eine gravierende ‚hintere Transportlücke‘ für den strategischen Patiententransport. (StratMedEvac) und kommen unter anderem zu dem Fazit, dass es in der konkreten operativen Planung ein Zusammenwirken von militärischen und zivilen Kräften erforderlich sei.“ Dementsprechend wird auch die Bedeutung der Krankenhäuser hervorgehoben: „Gesamtverteidigung als Aufgabe der Zivilgesellschaft und der Bundeswehr bedeutet für alle Akteure im Gesundheitswesen, ihren Beitrag zu leisten und am Bedarf der Streitkräfte zu planen [...]. Die Wirksamkeit dieser Absicherung ist auch eine grundlegende Voraussetzung für die Motivation und das Vertrauen der eingesetzten Kräfte. [...] Nun ist es aber so, dass in Deutschland die Versorgung von Kriegsverletzungen nicht Teil der chirurgischen Ausbildung ist. In den USA hingegen rotieren [...] pro Jahr

50.000 Ärztinnen und Ärzte in die Militärkrankenhäuser. Dies wird staatlich finanziert.“

Viel Raum erhält auch der Umgang mit Demonstrant*innen, deren Rechte in einer Art und Weise gewahrt werden sollen, dass sie den reibungslosen Transport von Kämpfer*innen und Kriegsgerät möglichst nicht behindern: „Schutz von Versammlungs- und Demonstrationen: Die sicherheitspolitische Lage (Truppenbewegung) und die sich daraus ergebenden Folgen werden zu einer Steigerung des Versammlungs- und Demonstrationsgeschehens führen, das durch die Polizeien zu schützen ist und daher deren Einsatzkräfte bindet.“ Vorrangig soll dies Sache der Polizei sein – aber nicht ausschließlich, wie aus dieser Forderung ersichtlich ist: „Schaffung niederschwelliger ordnungspolizeilicher Befugnisse für Militärpolizei-Feldjäger, wie etwa Aussprechen von Platzverweisen, Datenabfragen bei Behörden.“

Zentrale Elemente des OPLANs werden bereits eingeübt, zum Beispiel Anfang 2026 im Manöver „Quadrigea 2026“, in dem unter anderem der Verletzentransport trainiert wurde. Der Umgang mit Demonstrant*innen war wiederum ein Gegenstand von „Red Storm Bravo“ im September 2025. Zum zugrundeliegenden Szenario schrieb die Bundesregierung in Drucksache 21/1521: „Der Übung liegt ein fiktives, auf Artikel 4 des Nordatlantikvertrages basierendes Szenario zugrunde. Der Umgang mit zivilen Protesten wird dargestellt und geübt.“

Quelle: Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall. Eine Situationsbeschreibung, Analyse und Handlungsempfehlungen, [Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V.](#), 2. Auflage, März 2025.

Zitathinweis: Martin Kirsch: Was Militärs und Behörden für die Heimatfront planen. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/wXJ7z>.

Eine kleine Geschichte der Bundeswehr



AK Antimilitarismus (Hg.)

Die große Mobilisierung
Die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung zur
Kriegstüchtigkeit

In Zeiten der Aufrüstung legt dieser Sammelband eine Bestandsaufnahme deutscher Militärpolitik vor – und erinnert daran, dass Widerstand möglich ist.

Rezensiert von [Max Albrecht](#)

Als dieser Beitrag Mitte Februar 2026 entsteht, genügt ein schneller Blick auf die Schlagzeilen einschlägiger Nachrichtenportale, um sich die Auswirkungen der 2022 vom damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen militärpolitischen Zeitenwende in der Bundesrepublik Deutschland vor Augen zu führen. Die NATO startet unter dem Namen „Arctic Sentry“ („Wächter der Arktis“) eine Militärmission auf und um die Insel Grönland. Es geht um die „Sicherung von Seewegen“ und Zugriff auf die enormen Rohstoffreserven der Region. Die Bundeswehr beteiligt sich hieran mit vier Kampfjets. Gleichzeitig wird der oberste Soldat der Bundeswehr, Generalinspekteur Carsten Breuer, von seinem Dienstherrn, Verteidigungsminister Boris Pistorius, für den Vorsitz des NATO-Militärausschusses vorgeschlagen.

Doch auch der Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und die steigende Kriegsgefahr formiert sich immer weiter. Mit dem Schulstreik gegen Wehrpflicht entstehen Ansätze einer breiteren antimilitaristischen Mobilisierung, vor allem unter jungen Menschen.

Der Zeitpunkt erscheint also definitiv passend gewählt, um sich der Geschichte der Bundeswehr und den aktuellen militärpolitischen Entwicklungen in der BRD anzunehmen.

Von der Frontarmee des Kalten Krieges zur neuen Verantwortung

Der AK Antimilitarismus legt hierfür einen Sammelband vor, in welchem Beiträge von 19 Autor:innen auf 200 Seiten enthalten sind. Die Beiträge sind entsprechend relativ knapp und somit schnell und gut zu lesen. Inhaltlich gliedert sich der Band in vier Abschnitte. Behandelt werden hier in den einzelnen Kapiteln die historische Entwicklung der Bundeswehr von ihrer Gründung im Rahmen der bundesdeutschen Eingliederung in den westlichen Machtblock vor dem Hintergrund des Kalten Krieges bis zu ihrer Entwicklung zur „Kriegstüchtigkeit“ im Rahmen der Politik der „Zeitenwende“, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, ihre innere Struktur sowie ihre Rolle für deutsche Machtpolitik.

Gerade der Abschnitt zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist lesenswert, da er neben den bekannten Einsätzen in den Kriegen in (Ex-)Jugoslawien und Afghanistan auch unbekanntere Einsätze wie den ersten bewaffneten Auslandseinsatz der Bundeswehr in Somalia sowie ihre Rolle in mehr oder weniger erfolgreichen Evakuierungsmissionen im Ausland beleuchtet. Jakob Reimann fasst am Ende seines Textes zur UNOSMOM II-Mission in Somalia treffend zusammen, warum eine Betrachtung der unbekannteren Auslandseinsätze der 90er Jahre auch für das Verständnis der weiteren Entwicklungen in diesem Bereich von Bedeutung ist:

„UNOSOM II war der Auftakt zu über einem Dutzend bewaffneter Auslandseinsätze, die seitdem folgen sollten. Nach fünf Jahrzehnten vermeintlicher Buße wurde Beled Weyne damit zum Wegbereiter der Normalisierung deutscher Uniformierter im Ausland – und legte den Grundstein für all die sonderbaren Geschichten ‚Unsere Sicherheit‘ müsse am Hindukusch, im Sahel oder je nach Bedarf auch in den noch so entlegensten Winkeln der Welt ‚verteidigt‘ werden. In Somalia fing das alles an“ (S. 70).

Eine weitere Stärke des Buches liegt in den vielfältigen Bezügen zu Auswirkungen der fortschreitenden Militarisierung auf gesellschaftliche Bereiche außerhalb des Systems Bundeswehr: beispielsweise die massiven Kürzungen im sozialen Bereich sowie die schrittweise Aushöhlung erkämpfter Arbeiter:innenrechte. So werden unter anderem das Arbeitszeitgesetz sowie das Streikrecht im Zuge der aktuellen „Zeitenwende“ schrittweise immer mehr eingeschränkt, was Ulrike Eifler in ihrem Text sehr anschaulich ausführt.

Bedingt durch Vielzahl an Autor:innen kommt es im Laufe des Buches zu einigen Wiederholungen. Die Beteiligung der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Bombardement Jugoslawiens während des Kosovokrieges 1999 als Tabubruch für Nachkriegsdeutschland und das zentrale Strategiepapier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von 2013 sind fraglos sehr wichtige Punkte in der Betrachtung der Bundeswehr. Dass jedoch an so vielen Stellen Bezug auf sie genommen wird, scheint zum Teil etwas repetitiv. Wünschenswert wäre außerdem eine tiefergehende Behandlung personeller Kontinuitäten von der faschistischen Wehrmacht zur Bundeswehr gewesen. Dies hätte gerade dem lesenswerten Text von Andrea Röpke zu faschistischen Umtrieben innerhalb der Bundeswehr einen weiteren spannenden Aspekt hinzugefügt.

Unsere Antwort Widerstand

Der Band schließt mit einer Übersicht über antimilitaristische Mobilisierungen. Vom breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren, über die großen Protestbewegungen gegen die Notstandsgesetzgebung Ende der 1960er Jahre bis hin zu antimilitaristischen Kampagnen der letzten Jahre. Hierbei wird deutlich, dass die antimilitaristische Bewegung sich über die Jahre von einer von großen Teilen der Gesellschaft getragenen Massenbewegung zu deutlich kleineren aktivistischen Kernen gewandelt hat. Einer Bewegung gegen Krieg und Militarisierung in Deutschland neue Impulse zu verleihen, gerade vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen, ist der erklärte Anspruch der Autor:innen dieses Bandes. Dies ist ihnen mit dieser niedrighwelligen und übersichtlichen Textsammlung gelungen. Jeder behandelte Aspekt lädt zu einer tiefergreifenden Beschäftigung ein. Wissen auf diese Weise zugänglich zu

machen, ist ein wichtiger Teil zum Aufbau einer breiten antimilitaristischen Bewegung, für die gilt: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

AK Antimilitarismus (Hg.) 2025:

Die große Mobilisierung. Die Bundeswehr von der Wiederbewaffnung zur Kriegstüchtigkeit.

PapyRossa.

ISBN: 978-3-89438-856-0.

208 Seiten. 16,90 Euro.

Zitathinweis: Max Albrecht: Eine kleine Geschichte der Bundeswehr.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/BE4jQ>.

Wider den Waffengang



Ole Nymoen

Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde
Gegen die Kriegstüchtigkeit

Der schmale Band zerlegt die moralischen Rechtfertigungen des Krieges und insistiert darauf, dass Menschen kein „Material“ staatlicher Interessen sein dürfen.

Rezensiert von [Karl Sommer](#)

Das schmale Buch wirkt mit seinem Cover zunächst wie ein Werbeplakat der Bundeswehr. Weißer Rahmen und weiße Schrift auf feldgrün gemustertem Hintergrund. Die Verwechslungsgefahr ist Absicht, denn schon der Titel unterläuft die Erwartungshaltung: „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“. Also kein Werben fürs Sterben. Auf rund 140 Seiten legt Ole Nymoen seine gegenwärtig keinesfalls selbstverständliche Position gegen die Kriegstüchtigkeit vor.

Dafür weist er zunächst die Unterstellung zurück, die dem Krieg grundsätzlich Sinnlosigkeit attestiert. Im Gegenteil: In der Konkurrenz der Staaten erfülle er durchaus einen Zweck. Die Bestimmung der Kriegszwecke – nämlich: „Er [der Herrscher] will möglichst große Gebiete erobern und die dort lebenden Menschen zu seinen Untertanen machen“ (S. 35) – trifft dabei den Charakter moderner Kriege zwischen mehr oder weniger entwickelten kapitalistischen Nationen nur unzureichend. Auf diese Bestimmung kommt es ihm nicht an, sondern auf die Klärung, wie die Menschen in diesem Gegeneinander vorkommen. Schließlich sind sie das Material des Krieges, dessen Vernichtung von beiden Kriegsparteien eingepreist wird.

Die zweite Kernfrage, der sich Nymoen widmet, lautet: Warum akzeptiert das besagte „Material“, also die Staatsbürger*innen, willentlich genau dieses Verhältnis? Die Menschen seien nicht einfach unwissend oder manipuliert, sondern lassen sich den Krieg als notwendiges Mittel ihrer politischen Interessen einleuchten. Im Schnelldurchlauf dekonstruiert er die gängigen staatstragenden Parteinahmen für den Krieg: Bedrohung der Heimat; wenn man angegriffen wird, muss man sich verteidigen; Faschismus muss verhindert werden, denkt an Hitler; es gilt, die freiheitlichen Werte zu verteidigen; das Völkerrecht muss durchgesetzt werden; et cetera. Diese Punkte liefern jedoch lediglich Begründungen des Krieges, sind aber nie Grund für diesen. Die Begründungen und tatsächlichen Gründe für den Waffengang liefern stets die kriegführenden Parteien, also die Staaten selbst, die im Krieg ihren politischen Zweck vollstrecken. Schon an dieser Differenz zwischen den Gründen für Krieg und ihren Begründungen, Auftrag zum Kampf und Sterben im Kampf, ließe sich also erahnen, dass eine Differenz zwischen Staat und Bürger*in vorliegt. Sich demnach diese Begründungen persönlich zu eigen zu machen, ist der Unsinn, auf den Nymoen hinweist.

Warum Ole nicht für sein Land kämpfen würde

Dagegen bietet Nymoen seinen eigenen Materialismus als Argument an: Er möchte weder töten noch getötet werden. Die Privilegien, die er als Publizist in Deutschland genießt, würde er nicht gegen sein Leben oder das Leben anderer aufwiegen wollen. So selbstverständlich diese Haltung wirken mag, der öffentliche Diskurs um das Buch zeigt, wie wenig selbstverständlich antimilitaristische Positionen im heutigen Deutschland geworden sind. Doch dieser Diskurs deckt auch eine Schwachstelle in der Argumentation des Textes auf.

Ole Nymoen wird seit dem Erscheinen seines Buches von Talkshow zu Talkshow gereicht. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte dies am 4. März 2026 in der Sendung von Markus Lanz, bei dem er, gegen drei andere Diskutant*innen plus Moderator die skurrile Außenseiterposition mimen durfte. Nymoen versuchte dort konsequent, aber erfolglos, den Gedanken zu

irritieren, dass Deutschland so etwas wie der Besitzstand jedes einzelnen Deutschen ist.

Es ist zunächst absolut richtig, die Kriegsmoral dort anzugreifen, wo sie sich aus der ideologischen Verschmelzung von Nation und Individuum speist. Zwischen die meisten Deutschen und „ihre“ Nation passt bekanntlich kein Blatt. Es ist „ihr“ Staat, als wäre er ihrem Willen entsprungen und tatsächlich für sie da. Dabei gerät in Vergessenheit, dass auch die Demokratie eine Herrschaftsform ist, die Interessengegensätze einhegt – so auch die Gegensätze zwischen individuellem Wollen und staatlichem Handeln. Notfalls setzt der Staat seine Interessen auch mit Gewalt durch. Genau darin besteht die Herrschaft. Dafür braucht es den Blick auf „die Diktaturen“ nicht. Dennoch wird verlangt, dass man sich den Staat als sein Lebensmittel, ja die Voraussetzung für das eigene Leben überhaupt vorstellt, und sich ihm in letzter Konsequenz unterzuordnen hat.

Von der Meinungsfreiheit gedeckt

Nymoens kritisiert diesen Grundsatz jedoch nicht. Stattdessen beurteilt er den Staat anhand seines Nutzens für das Individuum. Der Befund fällt aus seiner Perspektive recht negativ für die herrschende Demokratie aus. Daher ergebe es schlicht keinen Sinn, sich für den Staat zu opfern. Gerade diese Argumentation macht ihn angreifbar. Denn sie zeigt, dass sich Nymoens ein Zusammengehen von Staatsinteressen und Volk sehr wohl vorstellen kann, nur eben nicht in *diesem* Staat. Seine Kritiker*innen können Nymoens Einwände gegen den Staat insofern anerkennen, als dass sie diese nicht als Grundsatzkritik verstehen, sondern als reine Verweise auf korrigierbare Fehler im System werten. Das Argument, wonach die Demokratie nicht perfekt sei, sondern als ein immerwährendes Projekt zu gelten habe, kennen die meisten. Darum solle man sich lieber für das System engagieren.

Die zweite Angriffslinie gegen ihn erkennt seine grundsätzliche Systemkritik an, klopft ihn aber darauf ab, unter welchen Bedingungen er bereit wäre, trotzdem ein Opfer zu bringen. „Ich bin Sozialist“, gibt Nymoens freimütig in der Sendung „Sternstunden der Philosophie“ zu. Für das vorherrschende System würde er also keine Opfer bringen. Deshalb wird ihm mangelnde Loyalität zum Staat vorgeworfen. Formal bleibt diese Haltung als Meinung

zulässig, dient jedoch zugleich dazu, ihn als ernsthaften Gesprächspartner zu diskreditieren. Die Talkshows nehmen Nymoens Position damit eigentlich nicht ernst, insofern sie seine Position auf eine Meinungsäußerung reduzieren. Als solche darf seine Haltung problemlos in der öffentlichen Debatte stattfinden.

So grundlegend die Kritikpunkte auch sind, relativieren sie nicht den Wert des Buches im aktuellen Diskurs. In Zeiten der fast kritiklos galoppierenden Militarisierung der Gesellschaft ist Nymoens Buch ein wichtiger Einwand, dessen Leistung es ist, der häufig stark moralisierenden Kriegskritik eine materialistisch argumentierende Analyse und Kritik an die Seite zu stellen. Vor allem jüngeren Leser*innen, welche jetzt die ersten Musterungsbescheide erhalten, gibt er hier taugliche Argumente und Denkanstöße gegen den Waffengang an die Hand. Wer eine vertiefte theoretische Auseinandersetzung sucht, muss jedoch zu anderer Literatur greifen. Die von Ole Nymoen zitierten Texte bilden dafür einen guten Ausgangspunkt.

Ole Nymoen 2025:

Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Gegen die Kriegstüchtigkeit.

Rowohlt.

ISBN: 978-3-499-01755-1.

144 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Karl Sommer: Wider den Waffengang. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/oqgdi>.

Mit Paragraphen gegen die Panzerproduktion



Marcus Schwarzbach
Den Betrieb entrüsten
Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit

Betrieblicher Widerstand gegen Militarisierung ist nicht nur nötig – sondern auch möglich! Eine Broschüre der Informationsstelle Militarisierung zeigt, wie.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Während Milliarden in Aufrüstung fließen und die politische Debatte um „Kriegstüchtigkeit“ zunehmend alle möglichen Bereiche der Gesellschaft umfasst, steht ein Ort erstaunlich selten im Fokus der Friedensbewegung: der Betrieb. Genau hier setzt die Broschüre „Den Betrieb entrüsten“ von Marcus Schwarzbach an, die von der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) herausgegeben wurde. Schwarzbach verschiebt den Blickwinkel: Statt dem zähen Ringen um Friedenspolitik stehen konkrete Handlungsmöglichkeiten im Alltag von Betriebsrät:innen und Beschäftigten im Zentrum.

Zeitenwende in den Werkhallen

Schwarzbachs Ausgangspunkt: Wer über Aufrüstung spricht, muss über Produktion sprechen. In den 80er Jahren war die Friedensbewegung, gemeinsam mit gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen, durchaus erfolgreich darin gewesen, In den 1970er und 1980er Jahren entwickelten Gewerkschafter*innen und Betriebsräte konkrete Konzepte zur Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter, etwa im Umfeld der IG Metall oder

der detaillierte Konversionsplan, den Beschäftigten bei Lucas Aerospace (UK) ausarbeiteten.

Die Initiativen von Betrieben zeigen das enorme Wissen und Transformationspotenzial der Beschäftigten, scheiterten jedoch meist an unternehmerischen und politischen Machtverhältnissen und dem Arbeitsmarktdruck auf die Beschäftigten. Erfolgreiche Konversionen blieben zwar Utopie, gleichwohl gab es aber teilweise zivile Umstellungen und umfassende Debatten um Kriegswirtschaft in den Gewerkschaften.

Die heutige Realität, die die Broschüre beschreibt, ist indes düster. Da sollen Beschäftigte von Continental direkt in Rheinmetall-Munitionsfabrik wechseln. Da wird ein Bahnwerk in Görlitz vom Lokomotivbau zur Panzerproduktion umgebaut. Da liebäugeln selbst traditionsreiche Industriebetriebe plötzlich mit dem Einstieg ins lukrative Rüstungsgeschäft. Die Alternativen, von denen Schwarzbach spricht, haben dabei vielfach schlechtere Karten. Viele Beschäftigte, so werden Gewerkschafter:innen in der Broschüre zitiert, erleben trotz grundsätzlicher Kritik an Aufrüstung eine faktische Alternativlosigkeit, weil Rüstungsarbeit im Kontext von Arbeitsplatzsicherheit, sozialem Abbau und politischem Druck als das „kleinere Übel“ gegenüber drohender Arbeitslosigkeit erscheint.

Die Broschüre versucht, daraus eine praktische Konsequenz zu ziehen: Betriebsräte sollen das Betriebsverfassungsgesetz offensiv nutzen, um gegen die Umstellung auf Rüstungsproduktion vorzugehen – oder zumindest Alternativen zu Militärgütern sichtbar zu machen.

Der Betrieb ist ein politischer Ort

Das Besondere an der Broschüre liegt in ihrer konsequenten Praxisorientierung. Sie liefert keine große Theorie der (Anti-)Militarisierung, sondern viele Werkzeuge: Verweise auf § 92a BetrVG – „Vorschläge des Betriebsrats zur Beschäftigungssicherung“; es erlaubt dem Betriebsrat, dem Unternehmen Vorschläge zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung zu machen, insbesondere zur Beschäftigungssicherung bei technologischem oder organisatorischem Wandel –, Strategien zur Einbindung der Belegschaft, Hinweise auf Verhandlungsoptionen und Gegenkonzepte, Fokus auf den

Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und Sozialabbau. Gerade das macht sie für Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute unmittelbar anschlussfähig.

Die Botschaft ist klar: Auch ohne formale Mitbestimmung bei Produktionsentscheidungen existieren Spielräume – und diese sollten genutzt werden. Zentral ist dabei die Rolle der Beschäftigten selbst. Schwarzbach betont immer wieder, dass betrieblicher Widerstand nur dann wirksam wird, wenn er kollektiv getragen ist: „Die Suche nach Alternativen kann nicht ohne die Beschäftigten gelingen.“ (S. 2) Widerstand muss dabei nicht erst auf der großen Bühne beginnen, sondern kann im Alltag ansetzen: in Betriebsversammlungen, in Diskussionen über Alternativen, in der kollektiven Weigerung, Militarisierung als „alternativlos“ hinzunehmen. Der betriebliche Austausch über Alternativen zur Rüstungsproduktion umfasst damit auch gesamtgesellschaftliche Themen und hat das Potenzial für verbindende Kämpfe. Hier gibt die Broschüre wertvolle Ansatzpunkte zur Aktivierung und praktische Tipps für erste Schritte.

„da kannste nichts machen!“ – oder doch?

Und doch bleibt ein Spannungsverhältnis bestehen, das das schmale Heft nicht auflösen kann. Denn so konkret die Vorschläge sind, so eng ist der Rahmen, in dem sie sich bewegen. Da, wo Militarisierung als eine „politische Fehlentscheidung“ beschrieben wird, „die auch rückgängig gemacht werden kann“ (o.S.), stellt sich die Frage: Wer trifft diese Entscheidung? Im Kapitel „Betriebliche Diskussionen über ein Gegenkonzept zuspitzen“ geht Schwarzbach die strukturellen Zusammenhänge ein, etwa wenn er den Zusammenhang von Rüstungsausgaben und Sozialabbau thematisiert oder auf die stark steigenden Profite in der Branche am Beispiel der Rheinmetall-Aktien verweist.

Im Umgang mit den Gewerkschaften wird zwar die Distanz zwischen Basis und Führung angesprochen, doch eher implizit als offensiv. Dabei liegt gerade hier ein zentraler Konflikt: Während Teile der Gewerkschaftsapparate die Expansion der Rüstungsindustrie akzeptieren oder sogar begrüßen – „Es geht nicht um Aufrüstung, sondern um Ausrüstung“, wird der Bundesvorstand der IG Metall zitiert (S. 1), wider der klaren Positionierung zu Abrüstung in der

IG-Metall-Satzung –, entstehen antimilitaristische Positionen häufig aus der Basis heraus.

In jüngerer Zeit zeigen insbesondere Hafenarbeiter:innen, dass betriebliche Blockaden gegen Militarisierung konkrete Wirkung entfalten können. So kam es in den letzten Jahren in mehreren europäischen Häfen zu Aktionen gegen Waffenlieferungen nach Israel: In Genua verweigerten Arbeiter:innen die Abfertigung militärischer Fracht und knüpften damit an frühere Arbeitskämpfe gegen Rüstungstransporte an. Auch in Griechenland, etwa im Hafen von Piräus, mobilisierten Gewerkschaften gegen die Verladung von Kriegsmaterial. In Deutschland gab es Proteste und Versuche, Rüstungstransporte – etwa über den Hamburger Hafen – öffentlich zu machen und zu behindern. Diese Aktionen machen sichtbar, dass globale Rüstungslieferketten immer noch auf jede:n einzelne:n Arbeiter:in angewiesen sind – und damit auch Ansatzpunkte für Widerstand bieten.

Marcus Schwarzbach 2025:

Den Betrieb entrüsten. Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit.

Informationsstelle Militarisierung e.V.

ISBN: Broschüre.

37 Seiten.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Mit Paragraphen gegen die Panzerproduktion.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/hDjcJ>.

Kassiber der Kriegstüchtigkeit



Philipp D. Schaller

Führen mit Auftrag

Agiles Management inspiriert vom preußischen Militär

Militarismus taucht nicht nur dann auf, wenn die Kriegstrommel gerührt wird. Er schmuggelt sich auch wenig subtil in Ratgeberliteratur.

Rezensiert von [Johannes Below](#)

Philipp Schaller ist Management-Professor an der Hochschule Harz und hat ein Buch geschrieben, bei dem nie so ganz klar wird, was es will. Ist es ein gefährliches Buch? Oberflächlich betrachtet handelt es sich um einen Text aus der Management-Lehre, der als Einspruch formuliert ist. Als Feind tritt ein Managementverständnis auf, das sich hierarchiefrei gibt, bestenfalls aber versteckte Hierarchien reproduziert. „Extrem egalitäre Managementansätze sind bislang weitgehend gescheitert“ (S. 5) lautet der erste Satz. Und er ist Symptom. Eine markige Formulierung setzt den Ton – dann folgt Einschränkung auf Einschränkung: „bislang“ war das so, und das auch nur „weitgehend“.

Was haben Management und Militär gemeinsam?

Der Anspruch ist nicht, Management neu zu erfinden. Stattdessen wird ein militärisches Konzept aus dem postfriderizianischen Preußen vorgestellt: Auftragstaktik und Führen mit Auftrag sind Synonyme.

Der Untertitel des Buches verrät: „Agiles Management inspiriert vom preußisch-deutschen Militär“ - wenn jetzt die ersten Alarmglocken schrillen, ist das nachvollziehbar. Doch auch hier gilt, dass dem Erstschlag der Rückzug folgt: die Alarmglocken verhallen wieder.

Das erste Kapitel nennt sich „Für Ideen öffnen“ und beschäftigt sich mit den Berührungspunkten von Militär und Wirtschaft. Wer erwartet, hier neoliberale Ideologie in Reinform zu erleben, wird enttäuscht: „Krieg ist nicht Wirtschaft, Unternehmensführung ist nicht Führen von Truppen in der Schlacht“ (S. 19). Es gebe Berührungspunkte, die werden hier aber aus einer organisationalen Perspektive beleuchtet.

Wer nicht gerade ein Unternehmen zu führen hat, könnte hier aussteigen. Tatsächlich lesen sich weite Passagen des Buches schleppend, es ist der Sprech der Verwaltungswissenschaft, ein schlechter Luhmann-Sound. Doch bei diesem janusköpfigen Büchlein gibt es auch Passagen, die spannend sind. Die stärksten Teile haben nichts mit Management zu tun, sondern wühlen in der preußisch-deutschen Militärgeschichte. Man lernt etwas in diesem Buch: Wie war das mit dem Schlieffen-Plan? Was war bei Königgrätz? Das wird anschaulich erklärt und ist lesenswert. Aber natürlich gibt es auch hier ein Haar in der Suppe, denn genau die Passagen, die das Buch rechtfertigen, machen es auch problematisch.

Trost der Abstraktion. Oder: Warum das Buch banaler Militarismus ist

Banaler Militarismus ist ein Konzept aus der Kulturwissenschaft. Banal ist Militarismus, wenn er die Alltagskultur durchzieht und dazu beiträgt, Militärisches zu normalisieren. „Führen mit Auftrag“ hat einen Effekt darauf, wie Krieg im Diskurs erscheint. Das Buch hilft, Ordnung in das Chaos des Krieges zu bringen. Plötzlich erscheinen dort nicht mehr nur Angst und Leid, sondern Strategie, Operationsführung und Taktik. Das erlaubt, Krieg von einer kalten, theoretischen Seite anzugehen. Er wird in die Watte logischer Argumente verpackt und erscheint als Kette von Zuständen, ein Problem mit eigener Struktur. Das ist das banal Militaristische an Schillers Text. Dadurch kann das Buch Teil eines Diskurses werden, der darauf abzielt, eine Gesellschaft kriegstüchtig zu machen. Kriegstüchtigkeit heißt, dass Krieg

rational gelesen wird. Er wird bestätigt, akzeptiert als vermeintlich normaler Teil menschlichen Zusammenlebens.

Besonders perfide ist, dass das hier unter dem Deckmantel der Managementtheorie geschieht: Schaller behandelt Auftragstaktik als Alleinstellungsmerkmal der preußisch-deutschen Armee. Auffällig ist, dass das explizit unter Ausklammerung der Wehrmacht geschieht. Zwölf Jahre Lücke: sechs Jahre deutscher Krieg werden verschwiegen.

Warum? „Für ein Buch, das funktionale und vielleicht auch inspirierende Impulse für Organisationen herauszuarbeiten sucht, disqualifiziert sich die Wehrmacht als Anschauungsobjekt“ (S. 18). Und das ist ziemlich schade. Nicht, weil die Wehrmacht so toll gewesen wäre, sondern weil das Buch die Kontinuität leugnet. Die Wehrmacht wird übergangen, damit die Bundeswehr zur demokratischen Armee mit optimistischem Menschenbild stilisiert werden kann. Denn Auftragstaktik sei Wertschätzung der Individualität des Befehlsempfängers und offenbare ein holistisches Menschenbild. Die Bundeswehr wird aber nicht nur zur Armee ohne (Wehrmacht-)Vergangenheit beschönigt – sie wird auch als positiver Arbeitgeber gezeichnet. Sie erscheint als wertschätzende und sinnstiftende Truppe. Damit verlässt Führen mit Auftrag die subtilen Gefilde des nur banalen Militarismus und wird blank militaristisch.

Wie ein optimistisches Menschenbild zerfällt

Dabei wird nur scheinbar Kritik zugelassen. Der französische Historiker Johann Chapoutot hat ein Buch geschrieben, das auf Deutsch „Gehorsam macht frei“ heißt. Darin wird Auftragstaktik als falsche Freiheit verstanden. Es sei perfide Freiheit, die Freiheit, freiwillig ins Feuer zu gehen. Schaller bügelt diese Kritik ab: Es handele sich um „Mittel-Zweck-Umkehr“ (S. 193). Chapoutot beziehe sich auf den Nationalsozialismus. Aber der wurde eingangs ja wegdefiniert und hat mit der Bundeswehr nichts zu tun. Chapoutots Kritik sei nicht nur „falsch, sondern auch gefährlich“ (S. 194). Gefährlich, weil dem Zeitgeist Vorschub geleistet werde, der unvermittelt blauäugig und nihilistisch erscheint. Aus Gründen des Zeitgeists seien Managementansätze en vogue, die auf Freiheit setzen.

Aber: „Die totale Freiheit ist weder möglich noch wünschenswert“. Ordnung ist „das stählerne Spiegelbild der Freiheit“ (S. 194). Das sagt nicht Schaller, sondern Ernst Jünger, der ironiefrei als Beleg zitiert wird. Vielleicht, so Schaller, könne „Führung als ein natürliches Phänomen betrachtet werden“ (ebd.), entsprungen „der menschlichen Neigung (...), sich in soziale Gefüge ein- und dabei auch unterzuordnen“ (ebd.).

Plötzlich zerfällt das optimistische Menschenbild in einen Führen-Folgen-Dualismus. „Jeder und jedes steht in der Lehensordnung“, (ebd.) so Jünger. Schaller nennt das „unzeitgemäß“ (ebd.) – etwas, das dem Zeitgeist zuwiderläuft. Und das klingt dann doch ziemlich nach rechtem Zeitgeist und konservativer Revolution.

Epiphanie einer Ideologie

Einem Buch muss man Zeit lassen, dann offenbart es sich auch. Schaller öffnet 190 Seiten lang für Ideen. Dann erst leuchtet die Ideologie „wie ein Blitzstrahl“ (ebd.) auf. Nur kurz, nur für wenige Seiten. Dann geht es wieder in den nüchternen Verwaltungssound, der das optimistische Menschenbild der Bundeswehr beschwört.

Fast wirkt es, als sei diese Eruption nur ein Versehen. Aber darin liegt die Gefahr des Buches. Es ist ein Kassiber der Militarisierung. Rhetorisch glänzend ist es dabei nicht und von hoher Reichweite scheint nicht einmal der Verlag auszugehen, dessen Lektorat hier bemerkenswert schlampig war. Dennoch: das Buch wird sein Publikum finden. Und die Bundeswehr ihr Personal.

Philipp D. Schaller 2025:

Führen mit Auftrag. Agiles Management inspiriert vom preußischen Militär.
Vahlen Verlag, München.

ISBN: 978-3-8006-7560-9.

316 Seiten. 29,80 Euro.

Zitathinweis: Johannes Below: Kassiber der Kriegstüchtigkeit. Erschienen in: .
URL: <https://kritisch-lesen.de/s/5MNXt>.

Das Zählen der Worte in Landschaften des Krieges



Szczepan Twardoch
Nulllinie

Der dichte Roman eignet sich die Sprache des Krieges an, um in einer zersplitterten Darstellung zu zeigen, dass wir sie längst selbst sprechen.

Rezensiert von [Justus Sartorius](#)

Koń ist ein über 40-jähriger Pole, der sich nach Unterstützung der ukrainischen Armee durch Spenden und Waffen (bereits ab 2014) freiwillig als Soldat meldet. Nachdem er lange Zeit Drohnen steuert, kommt er an die „Nulllinie“, die Front, nicht mehr als vier Kilometer von ihm entfernt, „[...] das ist schließlich die Reichweite des Geschützes“ (S. 16). Er lernt dort, im Graben, wo es nicht mal Spanplatten gibt, um die mit Müll getarnten Decken zu isolieren, dass 300 der Tote ist, 200 der Verletzte. Auch, dass man schon denken muss, man sei tot, um zu überleben. Und er lernt Menschen kennen, die es eigentlich auch schon sind. Ratte etwa, der sich „für nichts interessiert außer das Überleben“ (S. 63). Oder da ist Jagoda, der, nachdem er in den Antiterrorereinheiten gekämpft hat und auf dem Maidan war, nach Berlin geht. In der Clubszene verbringt er fünf Jahre auf der Tanzfläche, um dann 2021 alle Menschen wieder zurückzulassen. Auch wenn viele auf ihn warten, wird dabei nichts mehr von ihnen in ihm übrigbleiben. Und da ist der Alltag von Leopard. Ein Soldat:

„[Der] wartete ganz und gar, warten war das Einzige außer trinken, was er wirklich konnte, er wartete fanatisch, mit stumpfer, ostbäurischer, euroasiatischer Hingabe ans Warten, oh Ждал, wie ein Ждал, ein Aussitzer, ein Warter, als wäre das Warten die angemessenste aller menschlichen Tätigkeiten“ (S. 82).

Was ist von diesen Schilderungen, diesen oft sehr langen Sätzen zu erwarten? Von den Schicksalen, bei denen es in einer Anmerkung zum Ende des Romans programmatisch heißt, dass sie fiktiv sein müssen, um diesem wirklichen Krieg, der Wahrheit, so nah sein zu können, wie es geht. Es ist keine Sprache des Krieges, sondern aus dem Krieg. Aus dem Krieg, nicht im Sinne einer Reportage. Aus dem Krieg, weil es das Wortfeld ist, in dem sich die Nulllinie Richtung Osten und Westen verschiebt. Das Wortfeld unserer aktuellen Welt. Aus Feldern des Krieges gewebt.

Amivalenz und Distanz

Was der schlesische Autor Szczepan Twardoch in diesem Roman zur Sprache bringt, ist kein Plädoyer für den Kampf gegen die „Päderussen“ (wie sie im Roman genannt werden) für die „strahlende westlich liberale Demokratie“. Das wird vor allem an einer Stelle klar, an welcher der Protagonist über Sparta, Athen, Melos nachdenkt:

„Als du von diesem Krieg last, ergiffst du unwillkürlich Partei für Athen, denn der Unterschied zwischen Sparta und Athen bestand, wie einer deiner Lehrer sagt, darin, dass man in Athen sowohl Sparta als auch Athen kritisieren konnte“ (S. 216).

Ambivalenter wird es jedoch, als Athen Anspruch auf Melos stellt, die neutral sein wollen.

„Die Melier bringen vor, sie hätten ja wohl ein Recht auf Neutralität, worauf die Athener antworten [...] ihre Macht sei das Recht und Melos müsse tun, wie ihm geheißen, denn es sei viel schwächer als Athen. Und Schluss“ (ebd.).

In der Folge wird Koń den Hegemon Athen mit Putin vergleichen, während das zuvor für die Demokratie Athens angebrachte Argument auch das ist, was

im aktuellen Diskurs um das größte deutsche Aufrüstungsprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder zu dessen Rechtfertigung angeführt wird. Der Roman lässt an sehr vielen Stellen diese scheinbaren Ambivalenzen, die schlicht aus einem materialistischen Politik- und Machtverhältnis herauswachsen, mit einfließen. Besonders diese Passagen, haben etwas sehr Essayistisches, die auch ökonomische Aspekte mit einbinden. Eine konkrete politische Haltung ist dabei oft schwer herauszuarbeiten. Weder im Protagonisten noch in einer der übrigen Figuren lässt sich eine Perspektive sehen, die auf eine andere, friedliche Welt ausgerichtet ist. Mit Vielem wird man als Leser:in allein gelassen und muss sich komplett selbst dazu verhalten.

Man würde dem Text jedoch auch nicht gerecht werden, wenn man in ihm in diesem Sinne nur eine Schilderung des Krieges sähe. Es gibt zwar immer wieder Stellen, die klarmachen, dass jeder für sich allein stirbt, die mehr oder weniger etwas Existenzielles im Krieg reflektieren und über die „die ganze Scheußlichkeit der Welt“ (S. 183). Twardoch wählt allerdings die Erzählperspektive der zweiten Person Singular. Der Protagonist wird also über das „du“ angesprochen; ob von sich selbst oder vielleicht doch von einer anderen Person, bleibt bis zum Ende offen. Das „du“ rückt uns damit nicht nur näher an das Geschehen, gleichzeitig hat es auch eine distanzierende Wirkung. Und letztlich ist das wohl auch das kritische Potenzial des Romans und seine eigentliche Qualität. Unsere Position als nicht in diesem Krieg Stehende und gleichzeitig ständig medial Vermittelte, bis zur eigentlichen direkten Involviertheit durch Waffenlieferungen der deutschen Regierung, wird so sprachlich reflektiert. Die Frage ist jedoch, was nach dieser Sprache der Zersetzung und des Krieges bleibt und warum sie wichtig ist.

Was bleibt von euren Worten

Womit wir in diesem Text konfrontiert werden, ist also keine existenzielle Suche. Es ist auch keine große kontextuelle Einordnung der geopolitischen und historischen Gründe dieses Krieges. Es ist eine feinspitziige, im besten Sinne zersplitterte Darstellung der gesellschaftlichen, psychologischen und kulturellen Prädispositionen eines Krieges des 21. Jahrhunderts. Und das ist dieser Krieg. Kein Remarque, kein Jünger, kein Böll (auch wenn alle natürlich wiederholt zitiert werden). Nicht nur jetzt auch mit Drohnen und Instagram-Reels. Nicht „nur“, weil es ein anderer Blick ist, den wir hier nachlesen, eine

andere Sprache, andere Menschen. Wenn man also das Buch, wie in einigen Besprechungen, mit „Im Westen nichts Neues“ vergleicht, sollte man aufpassen, dass man das Geschilderte nicht in dessen Gegenwärtigkeit verkennt. Hier kaufen sich Soldaten vollkommen durchprivatisiert ihre eigene Ausrüstung, warnen sich über bestimmte Apps vor jenen Fahrzeugen, die sie an die Front karren, werden von mexikanischen Kartellen an die Front geschickt, um dort zu lernen, oder streamen den Krieg über Starlink in ihren Gräben – genauso, wie es auch viele hier über Reddit oder Telegram tun. Wer den Krieg begreifen will, muss dessen Sprache lernen. Die Sprache des Krieges ist nicht direkt eine der Zerstörung. Auch nicht nur eine der Verteidigung. Sie kann auch eine über Pokémon sein, wie wir immer wieder lesen. Eine über die Nacht im Berliner Club. Eine, die klarmacht, wer das Geld hat, sich den Starlink und die Aufrüstung zu kaufen, und wer nicht. Eine einsame Sprache. Ein Hall, oder eher ein Hauchen. Es ist auch eine von Chat-Nachrichten, in denen sich nach langer Pause ohne Netz plötzlich auf Signal Menschen melden, die man kennt: „Ich lebe, ich lebe, ich lebe“ (S. 175). Erfahrungen, die so viele auch in Deutschland lebende, nach Deutschland geflohene, schon kennen. Trotzdem bleibt Distanz.

Wir müssen diese Sprache also auch lernen, weil wir sie schon sprechen. Sie wird uns aushöhlen, bis wir wie Ratte nur noch überleben, wie Leopard bald auch nur noch warten, aber auch wie Jagoda nur noch tanzen. Es ist eine Sprache, die der intellektuelle Protagonist immer wieder versucht reflexiv zu durchbrechen, gleichzeitig aber auch einhergehend mit einer Form der Überheblichkeit und Distanz. Er bleibt Drohnenpilot. Er bleibt Historiker.

Einmal heißt es sehr treffend im Roman, dass es zwei Welten gibt. Das schreibt Koń irgendwann in sein Notizbuch: „Es gibt zwei Welten, die eine dort, die andere hier [...] Kyiw gehört zu derselben Welt wie Warschau, die andere Welt ist dort, wo ich herkam [...]. Beide Welten können nicht gleichzeitig wahr sein“ (S. 43). Beide Welten sind es auch nicht gleichzeitig, sondern zusammen. Sie sind wahr in ihrer Unwahrheit, wahr sein zu müssen. Diese Welten müssen nicht unsere Welten sein – das sollte man sich, entgegen der Idee einer Menschheitskonstante Krieg, die hier teilweise mitschwingt, aus dem Roman ziehen. In einem Gedicht von Volker Braun heißt es zur Frage nach dem Verhältnis von Dichtung und Krieg:

„Und aus den fünfzig Landschaften des Krieges, hier
Sprecht jetzt ihr, wer zählt die Worte, die kleinen
Gewichte, die die Seele auslasten: was
Bleibt, frage ich mich, von euren Worten"
(Braun: S. 32).

Zusätzliche Literatur:

Braun, Volker: Gedichte. Frankfurt a.M: Suhrkamp, 1979.

Szczepan Twardoch 2025:

Nulllinie.

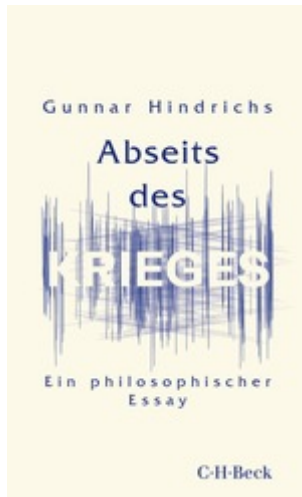
Rowohlt.

ISBN: 978-3-7371-0209-4.

256 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Justus Sartorius: Das Zählen der Worte in Landschaften des Krieges. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Qk4yZ>.

Antimilitaristischer Werkzeugkasten



Gunnar Hindrichs
Abseits des Krieges
Ein philosophischer Essay

Ein philosophischer Essay sucht nach Wesen und Ursprung des Krieges – und findet zumindest den Antimilitarismus.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Während sich ein großer Teil der Zivilgesellschaft und andere wissenschaftliche Disziplinen längst in einen Kriegsdiskurs begeben haben, lasse sich die Philosophie in ihrer dauerhaften reflexiven Tätigkeit nicht einziehen. Sie stehe „abseits des Krieges“, so der Titel eines vom Philosophen Gunnar Hindrichs anlässlich der sogenannten „Zeitenwende“ verfassten Essays. Mit dieser Verortung philosophischen Denkens inmitten unserer verstärkten kriegerischen Gegenwart meint der Autor zweierlei: Der Philosophie käme in Zeiten des Krieges erstens die Aufgabe einer kritischen Bestandsaufnahme der Gegenwart – unter veränderten Vorzeichen – zu, und damit auch eine fundamentale antimilitaristische Haltung. Zweitens hat die Philosophie dafür auf Abstand zum diskursiven und praktischen Kriegstreiben zu gehen. Das meint, sie muss ihren Gegenstand erst einmal – oder: aufs Neue – durchdringen, ehe sie sich auf eine Seite schlagen kann. Er entzieht sich der Fachsimpelei um geopolitische Interessen, mögliche Kriegsszenarien und um die Rolle Deutschlands darin. In seinen einleitenden Worten drückt Hindrichs diesen Anspruch folgendermaßen aus:

„Denn wenn das abseits des Krieges den Ort seiner philosophischen Reflexion bildet, und wenn zugleich deren zivilgesellschaftlicher Raum vom Krieg besetzt worden ist, dann besitzt diese Reflexion keine andere operative Bestimmtheit, als sich dem Zugriff des Krieges entgegenzustellen“ (S. 9).

Inmitten des öffentlichen Wirbels um die immer gleichen Fragen der geopolitischen und strategischen Neuausrichtung, der europäischen und globalen Bedrohungslagen sowie der nationalen „Kriegstüchtigkeit“ ist diese Haltung des Autors äußerst begrüßenswert.

Spurensuche im Krieg

Es ist zugleich Stärke und Schwäche des Essays, dass Hindrichs sich darin auf die Philosophie beschränkt. Der kritischen Positionierung „abseits des Krieges“ kann der Bezug auf die Philosophie nämlich dann zum Verhängnis werden, wenn er sich als Rückzug ins Philosophische darstellt. Sie droht, ins gesellschaftliche Abseits zu geraten. Hindrichs ist allerdings zuerst daran gelegen, das Wesen des Krieges und seine Ursprünge im Denken und – noch allgemeiner – im Sein des Menschen zu verstehen. Dafür untersucht er den Krieg der „Zeitenwende“ in neun Kurzeassays unter philosophischen Gesichtspunkten. Zugleich macht er klar: „eine Philosophie des Krieges, die gibt es nicht“ (S. 7). Unter Zuhilfenahme philosophischer Denkfiguren sowie zentraler Kategorien begibt er sich auf die Suche nach dem Kriegerischen der Gegenwart. Was ist Recht im Krieg? Wie bedingen Macht-, Freiheits- und Selbsterhaltungsdrang den Krieg? Und welche Rolle nehmen die gesellschaftlichen Subjekte darin ein?

Hindrichs verwendet ein anderes Begriffsinstrumentarium, stellt also auch andere Fragen und eröffnet so neue Denkkorridore. Das heißt auch, dass er sich an manchen Stellen stark vom herrschenden Diskurs und den Argumentationslinien der heutigen Kriegsdebatten entfernt. Ja, er sucht geradezu die Distanz. Doch in dieser Distanziertheit hätte man sich an einigen Stellen einen Abgleich zur Einordnung gewünscht, der die philosophischen Exkurse für den Diskurs und das argumentative Handgemenge innerhalb der Zeitenwende wieder einfängt und fruchtbar macht. Gewisse Figuren oder Denkbewegungen, die Hindrichs herausarbeitet, finden sich in den kriegerischen Konflikten von heute zwar wieder, die Leser*innen haben die

Einordnung allerdings größtenteils selbständig zu erbringen. So argumentiert Hindrichs beispielsweise anhand von Jan Assmanns „mosaischer Unterscheidung“, dass religiös-monotheistische Gesellschaften zu einem Freund-Feind-Schema und damit zu „Gewalt im Namen Gottes“ (S. 88) tendieren. Auch Kriege werden also qua religiös motivierter Feinderklärung geführt. Inwiefern der Angriffskrieg Russlands tatsächlich unter religiösen bzw. „postsäkularen“ (S. 88) Vorzeichen geführt und nicht nur ideologisch angefeuert wird, erschließt sich nicht direkt. Der Wahrheitsgehalt der philosophischen Betrachtungen lässt sich also bei Hindrichs nicht immer an der Gegenwart messen. Oder ist nicht vielmehr die Rückführung kriegerischen Handelns auf die ihm zugrundeliegenden Denk- und Lebensformen die angemessene Art der Auseinandersetzung, könnte man Hindrichs zugute erwidern. „Aus den Reflexionen Schlüsse aufs Handeln zu ziehen, wäre dann die Aufgabe politischer Urteilskraft“ (S. 7), stellt er eingangs fest.

Philosophischer Antimilitarismus

Hindrichs unternimmt mit seinem Essay keine Tiefenbohrungen; keine Theoretisierung des Krieges, wie er selbst schreibt. Er hält sich stets nur kurz am Gegenstand seiner Reflexion auf, ehe er zu einem weiteren Begriff als nächstes Glied seiner Argumentationskette übergeht. Das kommt der kurzweiligen Lesbarkeit dieses Büchleins zugute, aber seine Leser*innen bleiben von den heutigen kriegerischen Konflikten und ihrem Verständnis entrückt.

Einen Brückenschlag hinein in den Krieg der bürgerlichen Gesellschaft unternimmt Hindrichs schließlich doch noch. In einem zehnten und letzten Kurzesay untersucht er mehr politisch denn philosophisch begründete Konzepte des Antimilitarismus auf ihren Gehalt. So landet Hindrichs schließlich bei einem marxistisch begründeten Antimilitarismus, dem er vieles abgewinnen kann. Denn es sei nicht allein die „Selbsterhaltung“ (S. 47) jedes einzelnen Menschen und Staates, die zu Kriegen führe, sondern in besonderem Maße der Selbsterhaltungsdrang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der moderne Kapitalismus, vor allem sein Streben nach Waren- und Wertanhäufung, wirke wie ein unaufhaltsamer Sog auf die bürgerliche Gesellschaft. Er schaffe damit ein Kontinuum des Krieges, nach innen wie nach außen. Das Streben nach Frieden innerhalb der bürgerlichen

Gesellschaft stellt der Autor in eine „gegenläufige Bestimmtheit“ (S. 98) zum Krieg. Das eine geht nicht ohne das andere. Wir alle sind Hindrichs zufolge in unserer heutigen Lebensform in den Krieg verwickelt.

Man muss dem Autor gewiss nicht in allen seinen Ausführungen zu den Bedingungen des Krieges folgen. Dennoch kann seine Philosophie der Kriegsgegnerschaft für das weitere Denken in der „Zeitenwende“ von Hilfe sein. Der Krieg ist mehr als der gewaltsam ausgetragene Interessenskonflikt zwischen Nationen oder anderen Parteien. Er erschüttert die Grundfesten menschlichen Handelns, unseren „Gemeinsinn“ (S. 108), und damit die Möglichkeit von Leben in Freiheit. Mit dem Antimilitarismus, der den Kriegszustand aufzuheben trachtet, wird die Möglichkeit radikaler Freiheit eröffnet oder zumindest ins Spiel gebracht.

Wenn wir über Krieg sprechen, wird also auch radikal um das gesellschaftliche Miteinander gerungen, zumindest der Möglichkeit nach. Hierfür braucht es erst einmal die Positionierung abseits der Kriegslogik. Ein vielversprechenderer Zugang als die fast schon leere Forderung nach Frieden, ist ein Antimilitarismus angesichts der „Eigenbestimmtheit“ (S. 110) des Krieges. Für seine „bestimmte Negation“ (S. 110) plädiert Hindrichs. Die abstrakte Forderung nach Frieden hält er derweil für zu äußerlich. Das erlaube, sie allzu schnell auszuhebeln. Vielleicht lässt sie sich sogar vom Krieg überzeugen, wie auch in den jüngsten geopolitischen Debatten bereits geschehen. „Nie wieder Krieg!“ hat an Strahlkraft verloren. Der Antimilitarismus kann also starke Fürsprecher*innen gebrauchen. Einen philosophisch-argumentativen Werkzeugkasten für die Auseinandersetzungen der Gegenwart – und realistischerweise auch der Zukunft – zur Verfügung zu haben, ist eine Notwendigkeit, die Gunnar Hindrichs mit seinem Essay bekräftigt.

Gunnar Hindrichs 2024:

Abseits des Krieges. Ein philosophischer Essay.

C.H. Beck.

ISBN: 978-3-406-81457-0.

126 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Antimilitaristischer Werkzeugkasten. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Dzotp>.

Der neue Imperialismus



Maurizio Lazzarato Krieg und Gewalt

Der kurze Essay zeigt wie aus Krieg ein neues Verhältnis der Produktion und ein neues Arrangement von Rassismus, Geschlechter- und Klassenverhältnissen entsteht.

Rezensiert von [Conrad Kunze](#)

Donald Trumps Imperialismus ist zu ungeniert und unverhüllt, um selbst von der liberalen Öffentlichkeit länger nicht als solcher benannt zu werden. Was hier oft wie eine Wiederkehr verhandelt wird, täuscht über die Wirklichkeit hinweg. Tatsächlich war der Imperialismus nie weg. Das Buch der Stunde – „Krieg und Gewalt“ – hat der italienische Postoperaist Maurizio Lazzarato schon vor zwei Jahren auf französisch veröffentlicht. Nun wurde der Band ins Deutsche übersetzt.

Der kurze Essay schließt an Lazzaratos früheres Werk aus dem Jahr 2021 an, in dem er seine aktuelle Theorie des Spätkapitalismus ausführlich unter dem eingängigen Titel „Capital hates everyone – Fascism or Revolution“ ausgearbeitet hat. Auf nur 28 Seiten hat vorliegender Essay mehr Gehalt als andere Bücher, wie etwa der 304 Seiten dicke Versuch „Der Rest und der Westen“ von Sandro Mezzadra und Brett Neilson.

Krieg als blinder Fleck

Lazzarato, 1955 geboren, gehört zur alten Schule der italienischen Postoperaisten. Er war als Marxist und Revolutionär in Italien in den Kämpfen der 70er Jahre aktiv und rettete sich vor dem Gefängnis wie so Viele ins französische Exil. Sein Stil ist für die deutsche und die wissenschaftliche Literatur ungewohnt polemisch. Lazzarato ist weder gefällig im Ton noch bequem optimistisch. Er vertritt eine sehr einfache, wie derzeit faktisch leider

unabweisbare These: Die von Marx so genannte primäre Akkumulation geht allen weiteren Stufen des Kapitalismus voraus, und, wie Silvia Federici in ihrem Buch „Caliban und die Hexe“ dargestellt hat, wird sie im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus regelmäßig wiederholt. Primäre Akkumulation ist ein Euphemismus für Krieg und Gewalt, Raub und Kolonisation, Vertreibung und Versklavung, Enteignung und Bereicherung.

Lazzarato ist als Postoperaist einerseits von der Arbeiter:innenklasse enttäuscht und sieht den gegenwärtigen Kapitalismus auf den Faschismus zusteuern. – Wer wöllte ihm im April 2026 noch widersprechen? Gleichwohl bleibt er dem kollektiven Subjekt der Rettung treu, der Arbeiter:innenklasse. Und immerhin liegt er nicht ganz falsch damit. Im letzten Jahr waren es die italienischen Hafenarbeiter:innen, die mit Streiks den Waffentransport nach Israel behinderten. Die französischen Arbeiter:innen haben im Herbst die Arbeitszeitverlängerung ihrer Regierung erfolgreich zu Fall gebracht. Und schließlich, wenn Matros:innen als Arbeiter:innen zählen sollen, dann haben wahrscheinlich einige von ihnen bewiesen, dass ein Streik durch Sabotage selbst im Krieg möglich ist: Auf dem Flugzeugträger „Gerald Ford“ war im März das Abwassersystem regelmäßig verstopft und dann brannte auch noch die Wäscherei. Die 4500 Matros:innen werden voraussichtlich nicht mehr am Krieg gegen den Iran teilnehmen. Ohne saubere Wäsche und Klos geht es nun einmal nicht.

Lazzarato sieht in der Gegenwart eine ähnliche Phase wie vor dem ersten Weltkrieg mit dem Unterschied, dass die Proletarier vor einem Jahrhundert „eine Klassenperspektive auf die Verhältnisse zwischen Kapitalismus, Staat und Krieg“ hatten und daher weder vom Krieg um die Ukraine noch um den Iran überrumpelt gewesen wären. „Die gegenwärtige politische Ohnmacht ist die direkte Konsequenz des Ausschlusses von Kriegen aus der politischen Theorie“. Es gelte, „eine solche Perspektive aufs Neue zu etablieren, und zwar auch in Anlehnung an die Revolutionär:innen, die im 20. Jahrhundert Kriege geführt und erlitten haben“. Das gegenwärtige Unverständnis beziehungsweise das völlige Überrumpelt-sein, dass der Krieg nach Europa zurückkehrt und mit dem Iran nun „unseren“ Konsum bedrängt, resultiere eben aus dem „Ausschluss von Kriegen aus der politischen Theorie, der seinerseits aus einem anderen Ausschluss resultiert: nämlich dem der Klassenkämpfe“.

Krieg wieder denken

Es erscheint heute hoffnungslos antiquiert, dass die Bibliotheken und Lehrpläne der Politikwissenschaft, Soziologie und Literaturwissenschaft fast drei Jahrzehnte lang dominiert wurden von den Postmodernisten wie Michelle Foucault oder Bruno Latours Netzwerktheorie, die behauptet, Gegenstände wären bewusste „Akteure“ neben und mit den Menschen. Lazzaratos Essay ist in Wahlverwandtschaft mit „Caliban und die Hexe“ ein weiterer Anti-Foucault und Anti-Latour. Macht und Herrschaft, so seine Argumentation, werden nicht durch Sprache, Symbole und die epistemische Ordnung gemacht, wie von diesen behauptet. Eine berichtigte Sprache alleine könne deshalb keinen wirksamen Widerstand leisten. Macht und Herrschaft würden immer durch einen Gewaltakt etabliert, und der primäre Gewaltakt sei der Krieg. Lazzarato ruft dazu auf, den Krieg wieder verstehen zu wollen, statt ihn aus dem Denken als ungewollten Schmutzfleck auszuschließen.

„Es gilt daher, die Frage nach dem Verhältnis zwischen Gewalt und Krieg erneut zu stellen. Und in diesem Zusammenhang ist es von grundlegender Bedeutung, dass wir Diskurse über den Krieg wieder einführen, auch in bestehende Diskurse über individuell erlittene Gewalt: sexualisierte Gewalt, rassistische Gewalt, die Gewalt der Ausbeutung, alle möglichen Arten von Gewalt. Es gibt eine Menge Arbeit zu tun“.

Viel Hoffnung macht Lazzarato nicht, aber zunächst geht es ihm um die Entsorgung der vielen falschen Hoffnungen, resultierend aus falschen linken Theorien, und darin ist er gründlich.

„Das betrifft all die verschiedenen Konzepte der ‚Produktion‘, die seit den 1960er-Jahren die marxistische Theorie angereichert, ausgeweitet, angefochten und hinter sich zu lassen versucht haben: libidinöse Ökonomie (Lyotard), Ökonomie der Affekte (Klossowski), Diskurs des Kapitalisten (Lacan), Begehrensproduktion (Deleuze und Guattari), Biopolitik (Foucault)“.

Lazzaratos Vorwurf an die „entpolitisierten“ Neomarxismen kommt in einem Satz auf den Punkt: „Die Aufteilungen von Besitzenden und Besitzlosen sowie die Herrschaft von Männern über Frauen und von Weißen über Nicht-Weiße sind nicht das Ergebnis der Produktion, sondern deren Voraussetzung“.

Neomarxist*innen von Lyotard bis zu den neueren Feminismen, „die zwar Gewalt analysieren, aber nicht den Krieg“, hingegen erschöpfen sich in der Suche nach den Gründen für die binären und ungleichen Gender-Verhältnisse, rassistische Verhältnisse und Klassenherrschaft *innerhalb* der Produktion. Sie raten dann oft dazu, diese innerhalb derselben zu verbessern. Lazzarato hingegen insistiert, dass hier eben kein Unfall vorliege sondern die gewollte und notwendige Voraussetzung des Status Quo der Produktionsverhältnisse.

Kriegszyklen

Lazzarato macht zwei einfache Kategorien auf. Zuerst komme immer der „Unterwerfungskrieg“. Das sei historisch der Krieg gegen die Bäuer:innen Europas, gegen die gesamte Bevölkerung der Americas und gegen Frauen* im Zuge der Hexenverfolgung. Aus einem Unterwerfungskrieg entstehe dann ein neuer „Akkumulationszyklus“, ein neues Verhältnis der Produktion und ein neues Arrangement von Rassismus, Geschlechter- und Klassenverhältnissen. Ein Akkumulationsregime münde eben weil es funktioniert – nicht etwa weil es defekt wäre – in organisierte Gewalt zwischen Staaten, die wir allgemein Krieg nennen. Der Zyklus ende mit dem großen Kladderadatsch wie nach dem 30-Jährigen oder 1. oder 2. Weltkrieg oder mit einer Revolution wie der russischen oder chinesischen oder algerischen.

Was Foucault und die Postmodernisten bis heute als „Gouvernementalität“ beschreiben, ist laut Lazzarato nur die Fortsetzung des Unterwerfungskriegs mit anderen Mitteln. Der letzte Unterwerfungskrieg sei der gegen Lateinamerika in den 1960er und 70er Jahren gewesen; der damals neue und nun an sein Ende stoßende Akkumulationszyklus ist der Neoliberalismus, seine bekannteste Akteurin Margaret Thatcher. So wie Trump und Netanjahu nun in glasklarer Unverhülltheit den imperialistischen Krieg vorführen, ist die ebenso vulgäre Reinkarnation des Thatcher´schen Unterwerfungskrieges gegen die „eigene“ Bevölkerung der böartige Irre aus Buenos Aires, Xavier Millei. Und so wie „wir“ natürlich am imperialistischen Krieg mitwirken, durchaus in der Hoffnung auf Profit, hat der neue Unterwerfungskrieg à la Millei auch hierzulande, als „Zeitenwende“, längst begonnen.

Zusätzliche Informationen

Mauricio Lazzarato, Krieg und Gewalt, AdKdW, Paris/Wien 2023. Ein PDF des Essays kann [hier](#) kostenfrei heruntergeladen werden.

Maurizio Lazzarato, Capital hates everyone – Fascism or Revolution. Online einsehbar [hier](#).

Maurizio Lazzarato 2023:

Krieg und Gewalt. Übersetzt von: Stefan Nowotny.

transversal texts, Wien.

ISBN: 978-3-903046-41-2.

38 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Conrad Kunze: Der neue Imperialismus. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/U4L8s>.

Die Kunst der Kriegsführung



Suzanne Treister

NATO

The Military Codification System for the Ordering of Everything in the World

Die NATO ist kein Friedensbündnis, sondern eine imperiale Kriegsmaschinerie. Ein Bildband versucht, diese Problematik künstlerisch zu fassen.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Aus welchen Einzelteilen besteht die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) eigentlich? Die Künstlerin Suzanne Treister hat sich dieser Frage mit einer sehr nerdig anmutenden Präzision und Perspektive angenommen. Entstanden ist eine umfangreiche Aquarell-Sammlung, in der eine zunächst verwirrende Vielfalt von scheinbar zufällig ausgewählten Gegenständen entsprechend ihrer Stellung im logistischen Kodifizierungssystem der NATO zugeordnet sind. Dieses System – die *NATO Supply Classification, NSC* – ermöglicht dem Militärbündnis das Beschreiben und Klassifizieren großer Teile ihrer Bestände. Treisters Buch enthält insgesamt 186 Stillleben verschiedener Gegenstände, darunter: Maschinengewehre, Atombomben, Musikinstrumente, Toilettenartikel, Nachtkleider, Kampfschiffe, Streichholzschachteln, Aquarellpinsel, Tarnausrüstung oder Pyrotechnik.

Klassifizierung, Konsum, Subversion

Das Systematisierungstool der NATO zeigt ihre koloniale, herrschaftsförmige Art, sich die Dinge in der Welt zu eigen zu machen – ordentlich, sortierbar, verwertbar. Natürlich muss eine weltweite Kriegsmaschinerie samt all ihrer Armeen über ein möglichst genaues Klassifizierungssystem ihrer militärischen Geräte und der mit Kriegshandlungen zusammenhängenden Gegenstände verfügen – „Take this, enemy! Wir haben noch rund 2000 Kriegsschiffe!“ (*NSC*)

1905 – *Combat Ships and Landing Vessels*, S. 47); oder auch: „Melde, der Bestand an Särgen wird wieder eng!“ (NSC 9930 – *Memorials, Cemetary and Mortuary Equipment and Supplies*, S. 204). Aber wie umfassend zeigt sich das hegemoniale Denken des Kriegsbündnisses eigentlich, wenn ihr kryptischer Militärjargon auch für Eiscreme (NSC 8910), lebendige Tiere (NSC 8820), Blumensamen (NSC 8730), Kerzen (NSC 6260) und so weiter gilt? Hier versucht Treister mit ihrer Arbeit, Bewusstsein zu wecken.

Systematisches Katalogisieren ist in der westlichen Kunsttradition tief verankert – zahlreiche alte Lexika von Flora und Fauna zeugen davon. Im Band wird dies aber zur Entlarvung genutzt, wie die Künstlerin in ihrer Einleitung schreibt, „mit der dazugehörigen Intention und dem Subtext, dem Memento Mori, den Vorstellungen von Eigentum und Wissen“ (Übersetzung JB, S. 7). Treisters subversiver Blick scheint an den Stellen durch, an denen sie beispielsweise der kolonial triefenden NSC 9915 – *Collectors and/or historical Items (Includes Antiques; Artifacts; Coins; Stamps; Rare Books, Works of Art; Collectors and/or Historical Gems; Jewelry and Cut precious Stones; Natural History Items)* – ihr gemaltes Aquarellbild von Pablo Picassos *Guernica* über den Spanischen Bürgerkrieg (1937) hinzufügt. Oder, wenn die Beschreibung des Bildes zu NSC 7820 – *Games, toys and wheeled goods* – wie folgt lautet: „Der Nordatlantikrat besucht die Ukraine, Minenbeseitigungsanlage in Donezk (2002): Nato-Generalsekretär Lord Robertson erhält als Andenken eines der Spielzeuge, das aus den recycelten Materialien der Landminen hergestellt wurde“ (Übersetzung JB, S. 160).

Insgesamt ist das Werk eine abschreckende Erinnerung an die Unterwerfung unter den militärisch-industriellen Komplex samt seiner Kontroll-, Kommunikations- und Informationssysteme. Treisters Projekt verknüpft das Kodifizierungssystem des mächtigen Kriegsbündnisses mit den Angebots- und Nachfrageketten des kapitalistischen Systems insgesamt. Sie verweist zudem auf die militärischen Ursprünge vieler wirtschaftlicher Alltagsobjekte (etwa im Bereich der Überwachungstechnologie) oder die Übernahme von Begriffen; „Logistik“ etwa wurde bis vor wenigen Jahren noch rein militärisch genutzt. Marek Kohn, der ein Begleitwort zum Band beigesteuert hat, schreibt, die NATO Maintenance and Supply Agency (NAMSA), also die Agentur, die sich um Angebot und Nachfrage der NSCs kümmert, spräche „nicht die Sprache des Befehls, sondern die des Handels, des Wettbewerbs und ihrer Kunden“

(Übersetzung JB, S. 9). Die Lieferkette der NATO sei „ein Geschäftsvorgang wie jeder andere, bei dem Kisten von den Lieferanten zu den Kunden befördert werden. Es ist weitgehend gleichgültig, ob die Kisten Eimer oder Bomben (*buckets or bombs*) enthalten.“ (ebd.)

Krieg in Aquarellfarbe

Treisters Arbeit zeigt die Verwobenheit von militarisierter Ideologie und Alltagswelt, vermittelt durch Kunst. *The Art of War*. Ihr Blick widmet sich auch dem Gedenken an die zerstörten Leben in den Kriegsgebieten des 20. und 21. Jahrhunderts, wenn sie etwa NSC 8730 – *Seeds and Nursery Stock (includes: Cut Flowers)* – das Bild zweier junger Mädchen zuordnet, die an der Stelle eines Bombenanschlags mit 43 Toten in Sarajevo, Bosnien-Herzegowina, Blumen ablegen.

Die technokratische Systematisierung, die Treister in ihrem Werk ins Zentrum rückt, ist gleichzeitig auch sehr konträr zu dem, was Krieg neben Profitgier vor allem ausmacht: Krieg ist zerstörerisch, verheerend, schmutzig; Krieg ist andauernde und erbarmungslose Grenzüberschreitung und qua Definition gegen Land, Leben, Körper und Zukunft von Menschen gerichtet. Treisters Hoffnung, ihre Bilder mögen eine „Matrix des Unbehagens“ (S. 7) mit der heutigen Zeit auslösen, fällt daher, und vor allem angesichts von längst überfälligen Forderungen zur Re-Politisierung von Kunst, zu wenig politisch aus.

Dabei gibt es Kunstschaffende, die den Terror und das Grauen, aber auch die ökonomischen Strukturen der weltweiten Kriegsmaschinerien deutlicher ans Licht tragen. Die Kuratorin und Künstlerin Ezgi Erol beispielsweise hat vor einigen Jahren in Wien unter dem Ausstellungstitel *krieg kuratieren* einige sehr eindrückliche Werke hierzu zusammengetragen. Die Ausstellung rückte in den Fokus, wie Krieg organisiert und ideologisch gerechtfertigt wird. Die beteiligten Künstler:innen fragten danach, welche Form der Militarisierung des Lebens (nicht) wahrgenommen wird; und vor allem, welche ökonomischen und ideologischen Verflechtungen sich zwischen Kunstinstitutionen und Kriegstreiber:innen, zwischen Kulturschaffenden und Waffenproduzenten, zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und den Bellizist:innen von heute ausmachen lassen.

Kunst, die sich klar antimilitaristisch positioniert, Kriegsprofiteure benennt und Anklage erhebt, ist angesichts des zunehmenden Kriegsgeheuls innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zentral. Auch, wenn ihr das den Vorwurf der Instrumentalisierung der Kunst einbringt. Vages Unbehagen auslösen reicht nicht, wir brauchen ein kollektives Begreifen davon, dass unser Widerstand gegen Elend und Militarisierung der Welt notwendig ist – auch vermittelt durch Kunst und Kultur. Wir brauchen wieder mehr politischen Realismus und künstlerische Intervention, die ihrem Namen Ehre macht.

Krieg mit Haut und Haar

Die Arbeit *Forensic Body* (2018) von Songül Sönmez in Erols Ausstellung thematisierte etwa die Kriegshandlungen der Türkei in den Jahren 2015 und 2016 in Nordkurdistan. Fünf lange Haarzöpfe in Glashülsen und dazugehörige Soundinstallationen erzählten die (forensischen) Geschichten von fünf Frauen, die (wie viele andere) während dieser Zeit von Militär und Spezialeinheiten der Polizei ermordet wurden. Die Künstlerin thematisiert damit die vom türkischen Staat über Frauen*körper ausgeübte systematische Gewalt, wie sie in einem Interview mit dem *migrazine* berichtet; aber spezifisch beschreibt sie die „Tötungspolitik, die die türkische Regierung hier verfolgt“ als „Kriegspropaganda, die auf den Körpern von Frauen und Kindern gemacht [wird]“. Diese und weitere Arbeiten der Ausstellung hallen in der Betrachterin nach; auch und insbesondere, weil ihre Aktualität nicht erlischt. Das jahrzehntelange NATO-Bündnismitglied Türkei kann nämlich, ohne jegliche Reaktion der anderen Mitglieder, immer wieder erbarmungslose Repression und Gewalt gegen politische Feinde ausüben – auch gegen Kunstschaffende! – sowie Grenzverletzungen und völkerrechtswidrige Invasionen in seinen Nachbarländern lancieren.

Menschenleben haben keinen eigenen Eintrag in den Kodifizierungssystemen der NATO, mit denen Suzanne Treister uns vertraut macht. Macht uns das damit potenziell zu wertlos Unterworfenen – oder zum Gegenteil davon?

Zusätzlich verwendete Literatur

Migrazine (2019): Forensic Body. Interview mit Songül Sönmez, geführt von Ezgi Erol. Abrufbar [hier](#).

Suzanne Treister 2008:

NATO. The Military Codification System for the Ordering of Everything in the World.

black dog publishing, London.

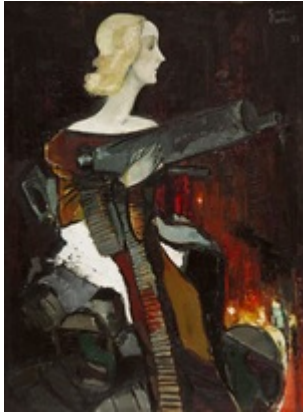
ISBN: 9-781-906-155-612.

207 Seiten. 40,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Die Kunst der Kriegsführung. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Wbndw>.

Schon lange auf Kriegskurs



Essay von Merle Weber

Die NATO rüstet seit Jahren für einen Krieg gegen Russland auf – auch mit tatkräftiger Unterstützung Deutschlands.

Essay von [Merle Weber](#)

In seiner Regierungserklärung zum Ukraine-Konflikt forderte der deutsche Kanzler eine „patriotische Mehrheit“ und „große nationale Kraftanstrengung“, um die Bundeswehr fit zu machen für einen Krieg gegen Russland. Seitdem hat der Bundestag per Grundgesetzänderung einen 100 Milliarden Kriegskredit beschlossen. In seiner Rede spricht Olaf Scholz immer wieder von einer „Zeitenwende“. Als hätte es die Ukraine-Krise 2014 nicht gegeben. Damals war es dem Westen trotz Putsch nicht gelungen, seine Ostexpansion vollständig durchzusetzen. Das Land ist seitdem zwar in Teilen, aber eben nicht vollständig, unter Einfluss des Westens. Der damals ausgebrochene Bürgerkrieg konnte zwar zeitweise eingefroren, aber nie aufgelöst werden. Die Ukraine ist seitdem ein geostrategisches Pulverfass. Vor diesem Hintergrund bereitet sich der NATO-Block seit bald zehn Jahren auf einen Krieg gegen Russland vor. Nicht 2022, sondern 2014 war die Zeitenwende.

Epochenwechsel – der NATO-Gipfel 2014

In der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels im Jahr 2014 sprechen die Mitgliedsstaaten von einem „Schlüsselmoment“ (NATO 2014) in der Geschichte der Organisation. Die NATO vollzog seither einen historischen Strategiewechsel: von der selbsternannten Weltpolizistin zurück zur

Großmachtkonfrontation. Das „stärkste und erfolgreichste Bündnis der Geschichte“ (NATO 2019) fühlt sich zwar immer noch bedroht von einem Großteil der Weltbevölkerung. Ganze Weltregionen erklärt es zu „Herausforderungen“: „die südliche Nachbarschaft, der Mittlere Osten und Nord Afrika“ (NATO 2014); doch zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges nennt das Bündnis auch Russland im Zuge seiner Analyse der Bedrohungslage. Russland stelle die „regelbasierte internationale Ordnung“ in Frage und fordere die „Euro-Atlantische Sicherheit“ (ebd.) heraus. Nachdem der Fokus der NATO nach Ende des Kalten Krieges *out-of-area*, also außerhalb des Bündnisgebiets, lag, sehen die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten seit 2014 die „größte Verantwortung“ der NATO wieder in der sogenannten Landes- und Bündnisverteidigung. Den historischen Kurswechsel begründen sie 2014 noch ausschließlich mit Russlands Verhalten in der Ukraine-Krise, auch wenn das in (mindestens) zweierlei Hinsicht nicht den Tatsachen entspricht.

Erstens schieben die NATO-Länder Russland die Schuld für die Krise in die Schuhe, die sie selbst mit drei Jahrzehnten ungebremster Ostexpansion herbeigeführt haben. Zweitens ist Russland dem NATO-Block schon länger ein Dorn im Auge; zum Beispiel 2008 im Kontext des Georgien-Krieges und ab 2011 im Syrien-Krieg. Die Spannungen im transatlantisch-russischen Verhältnis sind nicht 2014 vom Himmel gefallen. Durch die Beschlüsse auf dem Wales-Gipfel hat die NATO das Jahr 2014 allerdings tatsächlich zur Zeitenwende gemacht: Es ist das Jahr, in dem die NATO offiziell ihren Aufmarsch gegen Russland begann.

Die Militarisierung Osteuropas

Nachdem die NATO-Staaten 2014 Russland zur Herausforderung ihrer Sicherheit erklärt hatten, beschlossen sie als nächsten Schritt eine Debatte, um diese weitreichende Entscheidung in eine neue, gemeinsame Strategie im Umgang mit Russland zu gießen. Ein gemeinsamer langfristiger Plan für die Russlandpolitik fehlte noch. Dies hinderte das Bündnis allerdings nicht daran, noch im selben Jahr zahlreiche konkrete kurz- bis mittelfristige Maßnahmen gegen Moskau zu beschließen. Zentral war dabei die sogenannte *forward presence* (in etwa: Präsenz nach vorne), die erhöhte militärische Präsenz entlang der Grenzen des NATO-Einflussgebietes zu Russland. Mit dem 2014 beschlossenen *Readiness Action Plan* (RAP, Bereitschafts-Aktions-Plan)

unternahm das Bündnis in den folgenden zwei Jahren die ersten Schritte hin zur Militarisierung Osteuropas. Darüber hinaus kündigte die NATO auf besagtem Gipfel nicht weiter definierte Aktivitäten für den Schwarzmeerraum an. Vor allem mit Blick Richtung Russland schreiben die Regierungschefs in ihrer Gipfelerklärung, das transatlantische Bündnis brauche „fähige Streitkräfte in hoher Bereitschaft“, dazu wollen sie ihre „militärischen Fähigkeiten [...] stärken“ (NATO 2014). Mit dem *Defence Planning Package* (Verteidigungsplanungspaket) setzte der NATO-Block 2014 strategische Prioritäten für über die Staatsgrenzen hinweg zielgerichtete Vorbereitungen auf einen Krieg gegen Russland.

Der RAP hatte zwei ineinandergreifende Ziele: der Aufbau einer permanenten militärischen Präsenz und „bedeutende militärische Aktivitäten“ (ebd.) des NATO-Blocks in den Gebieten der Ostexpansion einerseits und das Aufstellen von Nachschubtruppen in hoher Bereitschaft andererseits. Die NATO beschloss diese Maßnahmen nicht nur, sondern setzte sie auch im Laufe von zwei Jahren tatsächlich um. Teil des Plans war ein „ehrgeiziges“ (NATO 2016) Übungsprogramm. Aufmärsche von mehreren zehntausend NATO-Soldaten rund um die russische Grenze hat das Bündnis seitdem zur neuen Normalität gemacht. Mit dem RAP begann die NATO außerdem den Aufbau einer „Kommando- und Kontrollpräsenz“ in ehemals sowjetischem Territorium beziehungsweise Einflussgebiet. Dazu zählen *NATO-Force Integration Units* (NATO-Truppen-Integrations-Einheiten) in acht osteuropäischen Staaten, das Hauptquartier *Multinational Corps Northeast* in Szczecin (Polen) und das Hauptquartier *Multinational Division South-East* in Bukarest (Rumänien). Im Konfliktfall sind diese Kräfte ausdrücklich zum Einsatz gegen Russland vorgesehen (NATO 2014). Zudem sind sie als „flexible und skalierbare“ Basis von NATO-Aktivitäten in der Region konzipiert. Mit ihnen hat die NATO den Grundstein für größere militärische Aktivitäten in der Region gelegt.

Teil des RAD war es auch, den NATO-Block zu befähigen, Truppenverbände „schnell und effektiv“ in Richtung russische Grenze zu verlegen. Im Rahmen des RAD begann die NATO, die Infrastruktur entlang der transatlantischen Nachschubrouten vorzubereiten, dort weiteres militärisches Gerät und Vorräte zu deponieren und Militärbasen ihre Funktion im Aufmarsch gegen Russland zuzuweisen. Darüber hinaus beinhaltet der RAD die „signifikante“ Verstärkung der *NATO Response Force* (NRF, Schnelle Eingreiftruppe), also der NATO-

Nachschubtruppen. Einerseits ganz einfach durch das Erhöhen ihrer Truppenstärke auf 40.000 Soldaten (dreimal so viel wie davor) und andererseits durch das Aufbauen der Unterstruktur *Very High Readiness Joint Task Force* (Gemeinsame Truppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft; im Deutschen oft Speerspitze). Die Speerspitze ist seit 2015 zertifiziert, in Manövern erprobt und in zwei bis drei Tagen weltweit einsetzbar. Sie dient dazu, die Bereitschaft der NRF und damit der NATO zu erhöhen. Auch der Ausbau der Stehenden NATO-Marineverbände war Teil des RAD und erhöhte die Bereitschaft des Bündnisses.

Darüber hinaus ermahnen sich die NATO-Staaten in der Gipfelerklärung von Wales gegenseitig, ihre nationalen Streitkräfte in „angebrachte Bereitschaft und Geschlossenheit“ (NATO 2014) zu bringen. Das Bündnis setzt nicht auf offizielle NATO-Truppen, sondern auf die nationalen Armeen seiner Mitglieds- und Partnerstaaten, die bei Bedarf in den Dienst des Bündnisses gestellt werden. Um die einzelnen Armeen des NATO-Blocks über die nationalen Standards und Befehlsketten eng zu verzahnen, beschloss das Bündnis 2014 zwei Formate: das Rahmennationenkonzept und die *Partnership Interoperability Initiative*. Das erste erlaubt es einzelnen NATO-Staaten, in militärischen Missionen die Führung zu übernehmen und sich Teile anderer Streitkräfte unterzuordnen, um deren Fähigkeiten, Soldaten oder Waffensystem zu nutzen. Das zweite führt 24 Partnerstaaten (die keine offiziellen NATO-Mitglieder sind) an die militärischen Standards des Bündnisses heran. Zu den inoffiziellen NATO-Truppen-Stellern gehört unter anderen die Ukraine.

Zwischen Krieg und Frieden

Zusätzlich zum RAD beschloss die NATO 2014 ihre sogenannte strategische Kommunikation, also ihre Propaganda-Kampagnen, auszuweiten. Darüber hinaus hat sie Cyberaktivitäten zu einem ihrer Kernaufgabenfelder erklärt und hybride Kriegsführung insgesamt zum Thema gemacht. Diese ist seitdem Teil der Kriegsszenarien, die die NATO-Soldaten in ihren Manövern proben. Die Verantwortlichen von Cyberangriffen sind gewöhnlich auch für Expert:innen kaum festzustellen. Trotzdem benennt die NATO in ihrer Gipfel-Erklärung Cyberattacken als legitimen Kriegseintrittsgrund des Bündnisses nach Artikel 5 der NATO-Verträge (Beistandsklausel). Damit öffnet sie sich Tür und Tor, wann

immer nötig, Kriegseintrittsgründe zu (er)finden. Außerdem hat die NATO nach dem Gipfel eine eigene Strategie der hybriden Kriegsführung entwickelt, die sie nach eigenen Angaben unter Abstimmung mit der EU umsetzt (NATO 2016). Mit dem Begriff der hybriden Kriegsführung verwischt die NATO die Grenze zwischen Krieg und Frieden. Aktionen ziviler, oder zumindest nicht-staatlicher Akteure beziehungsweise Handlungen unterhalb der Schwelle direkter militärischer Gewalt (Sabotage, mutmaßliche Cyberangriffe, Einflussnahme auf Protestbewegungen, Beeinflussung der öffentlichen Meinung eines anderen Staates und so weiter) definiert der NATO-Block zu Kriegshandlungen um. Nach dieser Definition wäre die Unterstützung der Maidan-Putschisten ein kriegerischer Akt unter anderem der USA und der BRD gegen die Ukraine.

All diese Fähigkeiten und Truppen aufzubauen und zu unterhalten kostet Milliarden. Dementsprechend haben die NATO-Staaten sich 2014 zum Ziel gesetzt, bis 2024 alle der NATO-Richtlinie zu entsprechen, nach der mindestens zwei Prozent des BIP in den Wehretat fließen sollen. Dem sogenannten Zwei-Prozent-Ziel wurde in Wales noch das *Defence Investment Pledge* (Verteidigungsinvestitionsversprechen) hinzugefügt: 20 Prozent des Wehretats sollen in die Erforschung und Entwicklung neuer militärischer Fähigkeiten, also in die Aufrüstung, fließen. Dabei sind die Bündnispartner in der Gipfel-Erklärung angehalten, ihre Aufrüstungsprogramme so zu gestalten, dass die nationalen Armeen bei Bedarf ohne Probleme zu einer geeint handlungsfähigen und gut ausgerüsteten NATO-Streitkraft verschmelzen können.

2016 bis 2022 – logische Schritte auf einem Irrweg

Auf dem folgenden Gipfel im Jahr 2016 in Warschau, bekräftigte das Bündnis den Kurswechsel von Wales und verschärfte ihn. Die Schwarzmeerregion, der Ostseeraum, der Nordatlantik und das Mittelmeer rücken seitdem in den Fokus der Überlegungen transatlantischer Geopolitiker:innen und Militärstrateg:innen. Aufbauend auf dem RAD beschloss das Bündnis in Warschau weitere Maßnahmen, um sich gegen Russland in Stellung zu bringen. Es verfolgt dazu erklärtermaßen einen „breiten Ansatz“ der sich auf

„alle Werkzeuge der NATO“ (NATO 2016) stützt. Die Werkzeuge der NATO reichen von sogenannter strategischer Kommunikation bis hin zu atomaren Erstschlägen. Die NATO-Staaten schreiben in ihrer Gipfel-Erklärung, sie werden „schwerere und high-end Streitkräfte und Fähigkeiten bereitstellen, genauso wie mehr Streitkräfte höherer Bereitschaft“ (ebd.). Das seit 2014 laufende Manöverprogramm und die *forward presence* tragen wie vorgesehen zur erhöhten militärischen Handlungsfähigkeit des NATO-Blocks bei. Mit dem damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko einigte sich die NATO im Zuge des Gipfels 2016 auf ein *comprehensive assistance package* (Unterstützungspaket) der NATO für die Ukraine – mit dem Ziel, den ukrainischen Sicherheitssektor im Sinne der NATO zu reformieren und auszubauen. Damit integriert das Militärbündnis die ukrainische Armee weiter in die NATO – wohl gemerkt alles ohne offizielle NATO-Mitgliedschaft des Landes.

In der Warschau-Gipfel-Erklärung sprechen die NATO-Staaten unter dem Schlagwort Resilienz erstmals auch von ziviler Bereitschaft. Der Begriff Resilienz stammt ursprünglich aus der Psychologie und meint die Widerstandsfähigkeit eines Individuums gegenüber Krisen. Die NATO überträgt dieses Konzept im Kontext der hybriden Kriegsführung seit 2016 offiziell auf ganze Gesellschaften, macht das Konzept zum Teil seiner militärischen Übungen und verpflichtet seine Mitglieder, ihre „zivile Bereitschaft“ zu erhöhen. Damit weichen sie die Grenze zwischen Krieg und Frieden weiter auf und richten das zivile Leben zunehmend auf Großmachtkonfrontation und Krieg aus. Die Unterstützung der Armeen durch „zivile Mittel“ ist für die NATO ausdrücklich Teil dieser „zivilen Bereitschaft“ (ebd.). Im Juni 2016 beschließen die NATO-Verteidigungsminister die *Resilienz Richtlinien*.

Aus der *forward presence* wurde zwischen 2016 und 2017 die *enhanced forward presence* (verstärkte Präsenz nach vorne). Seitdem sind insgesamt vier NATO-Bataillone mit einer „realisierbaren Verstärkungsstrategie“ in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert. Mit dem nächsten NATO-Gipfel (2018) baute die NATO ihre Bereitschaft und ihre Nachschubtruppen noch einmal weiter aus. Zum einen beschloss das Bündnis, in der BRD ein NATO-Kommando aufzubauen, das seine „militärische Mobilität“ (NATO 2018) durch Europa Richtung russische Grenze – also seine Fähigkeit, schnell gegen

Russland mobil zu machen – verbessern soll. Als Realisierung des 2016 angekündigten Aufbaus von noch mehr Streitkräften in höherer Bereitschaft beschloss die NATO 2018 die *Readiness Initiative* (Bereitschaftsinitiative). Bis 2020 sollen die Mitgliedsstaaten dem Bündnis insgesamt 30 Bataillone (ca. 30.000 Soldaten), 30 Flugzeugstaffeln und 30 größere Kampfschiffe in einer Reaktionsfähigkeit von 30 Tagen zu Verfügung stellen.

Nächster Meilenstein der Kriegsvorbereitungen gegen Russland war das Großmanöver *Trident Juncture* 2018 in Norwegen. Das zweitgrößte Manöver seit Ende des Kalten Krieges gilt als der erste große Probelauf der 2014 ins Leben gerufenen NATO-Speerspitze. Insgesamt zwischen 40.000 und 50.000 Soldaten mit 10.000 Landfahrzeugen aller Art, mehr als 130 Militärflugzeuge und 70 Kriegsschiffe waren beteiligt.

2020 folgte mit *Defender-Europe 20* dann gleich das nächste Großmanöver des NATO-Blocks in Osteuropa mit annähernd 40.000 Soldaten. Dabei probte die USA mit Unterstützung der europäischen NATO-Staaten das Verlegen einer Division, also 20.000 Soldaten, über den Atlantik nach Osteuropa. Es sollte als Testlauf dessen dienen, was die NATO in den sechs Jahren zuvor an militärischer Infrastruktur gegen Russland aufgebaut hatte. Aufgrund der Corona-Krise konnten sie das Manöver allerdings nur in kleinerem Umfang als geplant umsetzen. Räumlicher Schwerpunkt war die Ostseeregion und die transatlantischen Nachschubrouten dahin. Nur ein Jahr später probten die NATO-Staaten mit *Defender-Europe 21* dann erneut den Aufmarsch gegen Russland, diesmal mit einem Fokus auf die Schwarzmeerregion und mit rund 30.000 Soldaten.

Auf dem Gipfel 2021 beschlossen die Regierungschefs des NATO-Blocks, im Laufe des kommenden Jahres ein neues strategisches Konzept für das Bündnis zu erarbeiten. Das zurzeit gültige strategische Konzept stammt aus dem Jahr 2010 und ist damit noch Teil der Phase der NATO, die von Militärinterventionen in der islamischen Welt geprägt war. Beim Erstellen der neuen Strategie wollen die NATO-Staaten sich auf das Papier *NATO 2030: United for a new Era* (NATO 2030: Geeint für eine neue Ära) orientieren. Die NATO macht damit Großmachtkonfrontation nachhaltig zu ihrem Programm.

Die BRD – Drehscheibe der NATO

Der Kurswechsel zurück zur Großmachtkonfrontation findet sich in zentralen deutschen sicherheitspolitischen Papieren wieder. Am jenem Papier, dass die NATO ihrer neuen Strategie zugrunde legt, war unter anderem der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière federführend beteiligt (Wagner 2020). Und wie bei der NATO steht dieser Kurswechsel auch in Deutschland nicht nur auf dem Papier. Die Bundesrepublik beteiligt sich tatkräftig an den Kriegsvorbereitungen: Das von der NATO ausdrücklich gelobte Konzept der Rahmennation (führende Nation in multinationalen Missionen) beispielsweise, geht auf eine deutsche Initiative aus dem Jahr 2013 zurück. Und zwar ganz im Sinne der NATO, denn: „eine stärkere europäische Verteidigung wird zu einer stärkeren NATO beitragen“ (2014, Wales Declaration on the Transatlantic Bond). Darüber hinaus ist Deutschland seit 2017 eine der vier Rahmennationen der *enhanced forward presence*. Deutsche Soldaten sind seitdem permanent in Litauen stationiert und führen dort ein multinationales NATO-Bataillon. Die BRD steht der NATO auch als eine der sieben Rahmennationen zur Verfügung, die sich die Verantwortung für die Speerspitze teilen. Während ihres großen Tests, dem Manöver *Trident Juncture 2018*, stand die Speerspitze unter deutscher Führung. Die Bundeswehr stellte mit 10.000 Soldaten ungefähr ein Viertel der gesamten Manöver-Truppen. Außerdem nutzte die deutsche Armee den Anlass, um das Verlegen deutscher Panzerverbände über Landesgrenzen und die Ostsee hinweg gleich mit zu trainieren.

Als Teil der NATO-Kommandostruktur-Reform hat Deutschland gleich zwei NATO-Kommandos aufgebaut: Das *Baltic Maritime Component Command* (BMCC) in Rostock und das *Joint Support and Enabling Command* (JSEC) in Ulm. Das BMCC ist die Schaltzentrale der NATO für die Ostseeregion, der im Konflikt mit Russland eine militärstrategische Schlüsselrolle zukommt, unter anderem als Zugangsrouten der USA nach Europa. Die BRD zementiert damit ihre Rolle als Regionalmacht in einer der Schlüsselregionen im Großmachtkonflikt der NATO mit Russland. Auch das JSEC, oft Logistikkommando genannt, ist ein sicherheits- und außenpolitischer Erfolg Deutschlands. Die BRD positioniert sich für den NATO-Aufmarsch gegen Russland gezielt als „strategische Drehscheibe“ (Bundesministerium der Verteidigung 2018) im Herzen Europas. Damit hat sich Deutschlands Rolle im Vergleich zur letzten Blockkonfrontation gewandelt. Damals war Deutschland

noch geteilter Frontstaat. Nach drei Jahrzehnten Ostexpansion teilt die Frontlinie zwischen dem NATO-Block und Russland heute unter anderem die Ukraine. Deutschland ist heute „Transitland“, „für die Verlegung von Kräften an die Grenzen des Bündnisgebietes“ (ebd.). Die BRD setzt darauf, diese veränderten geopolitischen Gegebenheiten zu ihrem Nutzen auszuspielen. Das Bundesministerium der Verteidigung sieht gar die „Handlungsfähigkeit des NATO-Bündnisses und der EU“ (ebd.) in Europa in deutscher Hand. Mit dem Aufbau des JSEC ist es ihr gelungen, ihren Anspruch auf die Drehscheiben-Funktion zu untermauern.

In diesem Kontext steht auch der Bundeswehr-Bahn-Deal aus dem Jahr 2019. Das Ministerium der Verteidigung hatte mit Blick auf die deutsche Übernahme der NATO-Speerspitze einen Vertrag mit der Deutschen Bahn abgeschlossen. Die grenzüberschreitende militärische Nutzung des zivilen Bahnnetzes (zwei Mal am Tag in beide Richtungen) ließ sich Berlin 100 Millionen Euro kosten (Haydt 2019). Wieder in ihrer Funktion als Drehscheibe unterstützen deutsche Soldaten ihre US-amerikanischen Kamerad:innen während des Großmanövers *Defender-Europe 2020* bei ihrem Aufmarsch gegen Russland. Im Rahmen der Kriegsübung fungierte Deutschland als *Host Nation* (Gastgeber Nation) für die durchmarschierende US-Armee. Der deutsche Staat stellte den USA für ihre Truppentransporte damals die zivile deutsche Infrastruktur (Häfen, Flughäfen, Straßen und Schienen) zur Verfügung (Bundesregierung 2019).

Den Politikwechsel zurück zur Großmachtkonfrontation hat die Bundesregierung 2016 in das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, und damit im grundlegenden sicherheitspolitischen Papier der BRD, festgeschrieben. Wie die NATO setzt auch die BRD die Rückkehr zur Großmachtkonfrontation in systematischen Um- und Aufrüstungsmaßnahmen um, grundlegend formuliert 2018 in der Konzeption und dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr. Denn der Krieg gegen die unterdrückten Völker der Welt stellt die Bundeswehr vor andere Herausforderungen als ein Krieg gegen die Atommacht Russland, die über eine eigene Rüstungsindustrie, U-Boote und vieles mehr verfügt. Teil des Programms sind zahlreiche Rüstungsvorhaben, beispielsweise die neuen Korvetten oder die Mehrzweckkampfschiffe. Dabei konzentriert sich das Verteidigungsministerium nach eigenen Angaben darauf, die Bundeswehr für die erneute Übernahme der NATO-Speerspitze im Jahr 2023 fit zu machen.

Um dieses Militarisierungsprojekt durchführen zu können, erhöht die Bundesregierung seit Jahren kontinuierlich den Wehretat. Die Bundeswehr spricht zufrieden von einer erfolgreich umgesetzten *Trendwende Finanzen*, und das schon 2015, also lange vor Scholz' 100 Milliarden Kriegskredit. 2022 gipfelte dieses längst begonnene Umrüstungsprogramm für einen Krieg gegen Russland dann in der zweiten historischen Neuausrichtung der Bundeswehr: In Vorbereitung auf einen Krieg gegen Russland organisiert Deutschland seine Armee um. In diesem Kontext steht auch die zunehmend aufkeimende Debatte um das Reaktivieren der Wehrpflicht. Diese war im Zuge der damaligen Orientierung auf militärische Interventionen in der Peripherie ausgesetzt worden. Deutschland sah sich damals in der Rolle, mit Spezialkräften und gut ausgebildeten Berufssoldaten andere Armeen zu „ertüchtigen“, Kriege im deutschen Interesse zu führen. Den Krieg gegen Russland müssten die Deutschen wohl wieder selbst kämpfen.

Deutsches Machtkalkül

Hinter dem Kriegskurs der Bundesrepublik nur die NATO – und damit die USA – zu sehen, greift zu kurz. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wird nicht in Washington geschrieben. Wenn das der Fall wäre, hätten die USA nicht mehrere Jahre zu Druck und Sanktionen greifen müssen, in ihrem Versuch Berlin dazu zu bringen, Nord Stream II aufzugeben. Dass Deutschland nach zwei verlorenen Weltkriegen vor allem militärisch von den USA abhängig ist, lässt sich nicht von der Hand weisen. Doch Abhängigkeit und Gehorsam sind zwar verwandt, aber eben nicht dasselbe. Die neu angeschafften Panzer, Kriegsschiffe und die insgesamt gestiegene militärische Bereitschaft der Bundeswehr und in der deutschen Zivilgesellschaft lassen sich auch für andere Projekte nutzen. Die Kommandos in Ulm und Rostock beispielsweise will Deutschland bei Bedarf auch für EU- oder andere Militärmissionen nutzen. Auf der Basis der Vormachtstellung in EU-Europa, dem erneuten Zugriff auf die Ostgebiete durch die Ostexpansion und ein umfassendes Aufrüstungsprogramm, versuchen die deutschen Eliten, endlich die Kapitulation von 1945 abzuschütteln. Strategische Autonomie und Souveränität sind nicht zufällig Schlagworte deutscher Sicherheitspolitik geworden. Es wird höchste Zeit, den deutschen Kriegstreibern auf die Finger zu schauen.

Verwendete Quellen

NATO Press Release 05.09.2014: The Wales Declaration on the Transatlantic Bond. NATO Press Release 05.09.2014: The Wales Summit Declaration. NATO Press Release 09.07.2016: The Warsaw Summit Communiqué. NATO Press Release 11.07.2018: The Brussels Summit Declaration. NATO Press Release 04.12.2019: The London Declaration. Die Bundesregierung 13.07.2016: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Bundesministerium der Verteidigung 20.07.2018: Konzeption der Bundeswehr. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage von Dr. Alexander Neu in Drucksache 19/15716 vom 06.12.2019. Claudia Haydt 07.01.2019: [Bahn frei für die Bundeswehr](#). Der Rahmenfrachtvertrag für internationalen Schienentransport zwischen Bahn und Bundeswehr. IMI e.V. Jürgen Wagner 03.12.2020: [NATO 2030](#). Die "Hirntot"-Gruppe legt ihren Bericht zur neuen NATO-Strategie vor. IMI e.V. Bild: Madonna with Machine Gun. Creator: Kārlis Padeģs. Date: 1932. Institution: Latvijas Nacionālais mākslas muzejs. Provider: Europeana 280. Providing Country: Latvia. PD for Public Domain Mark.

Zitathinweis: Merle Weber: Schon lange auf Kriegskurs. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/ToJix>.

Zivilklauseln, oder die Frage: Krieg ist Frieden?



Thomas Nielebock, Simon Meisch, Volker Harms (Hg.)

Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium

Hochschulen zum Frieden verpflichtet

Thomas Nielebock, Simon Meisch und Volker Harms debattieren in ihrem Sammelband die Einführung der Zivilklausel an deutschen Universitäten und Fachhochschulen.

Rezensiert von [Christoph Gollasch](#)

„Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium“ war bereits Gegenstand heftiger Debatten. Das Sammelwerk beschloss eine Ringvorlesung, welche im Wintersemester 2011/12 an der Universität Tübingen stattfand. Diese hatte im Vorjahr der Präambel ihrer Grundordnung hinzugefügt, dass „Lehre, Forschung und Studium [...] friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen“ solle.

Die materielle Dimension

Heute haben 15 der 324 deutschen Universitäten und Fachhochschulen eine Zivil- oder Friedensklausel, wovon zehn zwischen 2000 und 2013 verabschiedet wurden (Dölling/Nieke 2013, S. 39 f.). Dies steht im Zusammenhang mit der zunehmenden Drittmittelfinanzierung von Forschungsprojekten. Die Klauseln übernehmen dabei zwei Funktionen: Im Allgemeinen minimieren sie die Komplexität im akademischen Ausscheidungskampf, indem gewisse Fördertröge ausgeschlossen werden.

Konkret sollen sie sicherstellen, dass kein Cent der im Haushaltsplan 2013 des Verteidigungsministerium insgesamt 273 Millionen für Auftragsforschung vorgesehenen Euro angezapft wird – wobei auch jene zehn Millionen US-Dollar eingeschlossen sind, die – wie im so genannten NSA-Skandal bekannt wurde – seit 2000 aus den USA an mindestens 22 deutsche Hochschulen und Forschungsinstitute für Rüstungsforschung geflossen sind. (Vgl. ebd., S. 42)

Da die Herausgeber an der Chronologie der Ringvorlesung festhalten, werden zuerst die normativen Grundlagen, dann der Status Quo, der sicherheitspolitische Kontext und schließlich die Herausforderungen für die Disziplin erörtert. Einige Beispiele implementierter Zivilklauseln und ein Fazit von Nielebock runden den Band ab. Das Ende vorweggenommen: Der Tübinger Politologe wünscht sich eine gemäßigte Position, um einen „Diskurs-Rahmen zu etablieren, der es erlaubt, strittige Fälle zu bewerten“ (S. 338). Dafür sollen Kommissionen, in der alle Statusgruppen vertreten sind, Transparenz und Selbsterklärungen der Forschenden die institutionellen Voraussetzungen schaffen: Weiterbildungs-, Sonderförderprogramme und Ausfallmittel für jene, die Drittmittel ausschlagen, welche nicht-zivilen Zwecken dienen.

So vielfältig und sinnvoll die Vorschläge sind, so unwahrscheinlich ist ihre Umsetzung. Schließlich zeichnen sich deutsche Universitäten heute als top-down-Institutionen aus, in denen studentische Partizipation und eine wirkmächtige Repräsentation von nicht-akademischen Beschäftigten nicht vorgesehen ist, wie mit Hendrik Burmeister bezeichnenderweise ein Student herausstellt. Neben dieser institutionellen Ebene sorgen neue Finanzierungsmodelle dafür, dass das Akademische sich immer marktförmiger gestaltet. Im Rahmen von „Exzellenz-“ und „Zukunftsinitiativen“ bedeutet dies, „anwendungsorientiert“ zu forschen. In den Beiträgen der Tübinger Wissenschaftler wird denn auch „Praktikabilität“ stets hervorgehoben, stehen sie doch im Zusammenhang mit dem eigenen Drittmittelprojekt namens „Research – Relevance – Responsibility“. Trotz der beschriebenen Ökonomisierung der Bildung findet sich kein Beitrag, der eben diese thematisiert. Im Gegenteil stellen die Herausgeber klar, dass dies nicht der richtige Ort sei, „um die Sinnhaftigkeit einer durch Drittmittel finanzierten Wissenschaft zu diskutieren“ (S. 14). Die Materialität der Universität, ihre Reproduktion des Ewiggleichen einerseits und ihr Potential andererseits, Gesellschaft zu emanzipieren – diese beiden Seiten müssen von Leser*innen

selbstständig erkannt werden. Ein Buch also, das durchaus gegen den Strich gelesen werden sollte.

Zart wäre einzig das Größte

Nicht die Fragen, warum jemand hungern muss in Zeiten des Überflusses, warum trotz der Ressourcen dafür, ein friedliches Leben einzurichten, Kriege geführt werden, stehen im Fokus. Stattdessen wird das schöne Leben der Zukunft in die Gegenwart projiziert, indem die Lesenden in real existierende Debatten eingeführt werden: Welche Institutionen existieren, welche organisatorischen Probleme können vorgefunden werden und welche Widersprüche treten zwischen normativen Vorstellungen und ihrer Umsetzung auf? Damit gewinnt der oder die Leser*in einen gelungen Einblick in die Konzepte der „Responsibility to Protect“ (Harald Müller) und des „gerechten Kriegs“ (Andreas Hasenclever), ohne dass aber deren Verzahnung mit der Debatte um Friedens- und Zivilklauseln explizit gemacht würde. Der Zusammenhang ist jedoch klar: Beide Konzepte florieren im politischen wie im wissenschaftlichen Diskurs.

Neben Regina Ammicht Quinns und Michael Nagenborgs „ethische[n] Perspektiven auf Fragen ziviler Sicherheit und auf die Sicherheitsforschung in Deutschland“ (S. 255) verdient der Beitrag von Sabine Jaberg, Dozentin an der Führungsakademie der Bundeswehr, besondere Aufmerksamkeit. Sorgfältig herausgearbeitet zeigt sie anhand der Bundeswehr die Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit auf. Die Realität einer „Armee im Einsatz“ führt sie zur grundlegenden Frage, wie es aktuell um das grundgesetzliche Friedensgebot bestellt sei. Obgleich das Grundgesetz keine eindeutige Friedensdefinition vorgebe, wirke der gesetzliche Friedensgehalt nur auf den ersten Blick diffus:

„Unabhängig davon, wie eng oder wie weit Frieden verstanden wird, darf er nur mit ganz bestimmten Mitteln verfolgt werden. Dort, wo die Verfassung den Einsatz von Streitkräften nicht vorsieht, bleibt Politik im Dienste des Friedens auf zivile Mittel beschränkt“ (S. 180).

Wie die Autorin durch eine Inhaltsanalyse des Weißbuchs des Bundesverteidigungsministeriums verdeutlicht, sieht die Politik das Militär

längst als eines von vielen Instrumenten einer umfassend angelegten und vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Damit beschreibt militärische Gewalt nicht länger den Ausnahme-, sondern den ordnungspolitischen Regelfall. Mit „präventiver Selbstverteidigung“, „antizipatorischer Nothilfe für Bündnispartner“ oder „responsibility to protect“ bedienen sich Militärstrateg*innen jener Konzepte, die ihnen wissenschaftlich aufbereitet wurden.

Eine Verschiebung des Denk- und Sagbaren ist die notwendige Konsequenz. Laut Jaberg ist im Rahmen von Militärbündnissen bereits mit den Tabus des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs und der militärischen Durchsetzung partikularer Interessen gebrochen worden – durch die Gewährleistung von Überflugsrechten und die personelle Entlastung für die Interventionsparteien des Irakkriegs, wie auch durch Missionen zur Sicherstellung der Energieversorgung und Freiheit von See- und Handelswegen: „Militärisches Engagement mutiert damit zum Prestigeobjekt. Gleichzeitig fungiert es als konvertible Währung, mit der auf dem Markt internationaler Politik bezahlt wird“ (S. 214). Das Größte, ein universeller Friedensbegriff, wurde Einzelinteressen untergeordnet.

Ein Beitrag zum Frieden?

Die Entgrenzung der Friedens-, Kriegs-, Sicherheits- und Verteidigungsbegriffe stellt somit die Grundlage für die Arbeitsteilung von Universität und Militär dar – weswegen sich die so gut wie immer studentischen Aktivist*innen nicht mehr mit einer Friedensklausel zufriedengeben und eine Zivilklausel fordern. Doch ist die Entgrenzung der Universität eigen? Die im Sammelband zahlreich formulierten Versuche, die „ureigenste Aufgabe von Wissenschaft und Forschung“ als „Kultivierung von Mensch und Gesellschaft“ oder als „Orientierung [...] an Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit“ (S. 325) auszumachen, würde einer genealogischen Kritik wohl kaum standhalten. Aussagen wie „[e]rst seit dem Zweiten Weltkrieg wurde Wissenschaft in großem Stil und systematisch für den Krieg eingesetzt“ (S. 113) erscheinen nicht nur vor dem Hintergrund von Sozialdarwinismus, eurozentrischer „Rassentheorie“ und nationalsozialistischer Eugenik, sondern auch der technischen Umsetzung von Massenvernichtung als Affront.

Die bildungstheoretische Dialektik der Universität besteht in dem Spannungsfeld von „Aufklärung und Verdinglichung“ (Schäfer 1988). Die Institution Universität umschließt jene Bildung, die das Potential zur subjektiven Automatisierung gegen die Gesellschaft – das heißt zur individuellen Emanzipation von einer angeblichen Natürlichkeit – hat. Und doch betreibt sie regelmäßig die Automatisierung für die Gesellschaft, das heißt die Entfaltung individueller Fähigkeiten für die Reproduktion der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse. Die Verzahnung von Bildung und Realpolitik ist dafür grundlegend, was gegen die Erzählung von den umtriebigen „Gruppierungen aus dem linken und linksextremen Umfeld“ (Dölling/Nieke 2013, S. 44) in Stellung gebracht werden müsste.

Dem Sammelwerk gelingt das allerdings kaum. Verschiedene Beiträge bieten differenzierte Einleitungen in inner-universitäre Diskurse, in grundlegende Begrifflichkeiten wie „dual use“ (die Problematik der Nutzung von Grundlagenforschung für militärische wie zivile Zwecke). Hierfür sind die Beiträge von Simon Meisch und Thomas Diez beispielhaft. Während erster die kursierenden Friedens- und Verantwortungsbegriffe auseinanderdividiert, behandelt zweiter den Wandel des Sicherheitsbegriffs. So wird zum Beispiel Frieden nicht mehr allein als Abwesenheit von physischer Gewalt, sondern wesentlich ganzheitlicher gefasst. Diese Ausdifferenzierung ist angemessen und bedeutsam wie der Beitrag von Erhard Denninger, in dem er die Vereinbarkeit von Zivilklauseln mit dem Prinzip der Wissenschaftsfreiheit herausstellt. Um die Thematik hinreichend zu begreifen, hätte es jedoch mindestens eines Beitrags bedurft, der den Gesellschaftszusammenhang ergründet. Schließlich ist – vor dem Hintergrund von materieller Abhängigkeit und verfolgten Partikularinteressen – das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit zwar unerreichbar, als Idealtypus jedoch wegweisend. Genauso verhält es sich mit dem universellen Frieden, der als mögliches Ideal stets anleitend für alle partikularen Friedenskonzepte sein kann, um widersprüchliche Praxen und Argumente aufzudecken.

Gestalten statt Verwalten

„Krieg ist Frieden“ lässt die Partei in George Orwells „1984“ verlauten. Die drei Großmächte führen gegeneinander an der Peripherie Krieg. Die Bevölkerung ist davon nicht direkt betroffen, doch Einschränkungen und Mangel können so

gerechtfertigt werden. Was eigentlich die unnötige Ausnahme sein sollte, ist die Regel. Ähnlich verhält es sich an den Universitäten. Die Idee des schönen Lebens für alle wird als utopisch gebrandmarkt und ins Reich der Fantasie verbannt. Und so bleibt die Frage bestehen, ob nicht hinter Sätzen wie „[d]er Sinn einer Friedens- oder Zivilklausel ist nicht von selbst gegeben, sondern muss erst an der jeweiligen Hochschule diskursiv entfaltet werden“ (S. 13) eine bestimmte Ideologie steckt. Denn die Verordnung von Meinungspluralismus kann ein Mittel dazu sein, Vernunft zu begraben. Davon zeugt das Beispiel Prof. Dr. Joachim Krause, welcher hinter der möglichen Einführung einer Zivilklausel an der Universität Kiel eine linksextremistische Verschwörung witterte, die er implizit mit dem Antisemitismus der Nationalsozialisten gleichsetzte (vgl. Leaky 2013). Auch wenn sich das Sammelwerk solcher Dummheit verwehrt – vor dem Hintergrund der Berufung von Wolfgang Ischinger, dem Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, zum Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen bewegt sich das Buch zwischen Scheindebatte und kritischer Analyse. Dessen Engagement genauso wie diverse Grauzonen mit dem Beutelsbacher Prinzip der „Pluralität bei Veranstaltungen“ (S. 341) zu rechtfertigen, kann dabei nicht überzeugen. Es ginge doch vielmehr darum, das Mögliche zu gestalten anstatt das Reale zu verwalten.

Zusätzlich verwendete Literatur

Dölling, Stefan/ Nieke, Sebastian (2013): Akademischer Zündstoff, In: ADLAS #4, S. 31-35
Leaky (2013): Politikwissenschaftler Krause, Zivilklauseln und der Nationalsozialismus, Online [hier](#)
Schäfer, Alfred (1988): Aufklärung und Verdinglichung. Reflexion zum historisch-systematischen Problemgehalt der Bildungstheorie. Athenäum, Frankfurt/Main

Thomas Nielebock, Simon Meisch, Volker Harms (Hg.) 2012:
Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet.

Nomos, Baden-Baden.

ISBN: 978-3-8329-7551-7.

344 Seiten. 59,00 Euro.

Zitathinweis: Christoph Gollasch: Zivilklauseln, oder die Frage: Krieg ist Frieden? Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/HZNQ6>.

Dressur für den Krieg



Cal Brunker (Regie)

Paw Patrol

Der Mighty Kinofilm

Der Paw-Patrol-Hype endet nicht. Der zweite Kinofilm hält dem neoliberalen Paradigma die Treue und betreibt – durchaus raffiniert – eine Militarisierung über die Kinderzimmer.

Rezensiert von [Wolfgang M. Schmitt](#)

Über die neoliberale Ideologie in „Paw Patrol“ habe ich bereits in einer [früheren Filmanalyse](#) gesprochen; im zweiten Film „Paw Patrol – Der Mighty Kinofilm“ werden die Hunde nun – wer hätte es gedacht – zu Superhelden. Hollywood weiß nichts anderes mehr zu erzählen als Superheldenfilme, also muss auch aus der Paw-Patrol-Truppe eine Superheldentruppe werden.

Aber bevor wir näher ins Detail gehen, müssen wir einen Schritt zurücktreten und darüber nachdenken, was das Besondere an Filmen für Kinder ist, beziehungsweise ob es überhaupt so etwas wie Kinderfilme gibt? Der amerikanische Medienwissenschaftler Neil Postman würde sagen: eigentlich nicht. Es gibt zwar Kinderbücher, weil man sich das Lesen selbst erst einmal peu à peu erschließen muss, um später auch kompliziertere Texte zu verstehen. Bei Bildern ist das laut Postman jedoch völlig anders. Dabei bezieht er sich mit seiner Kritik in „Das Verschwinden der Kindheit“ besonders auf das Fernsehen, aber man kann das natürlich auch auf das Kino erweitern. An einer Stelle schreibt er sehr eindrücklich, dass wir es beim Fernsehen nicht mehr mit einer Informationshierarchie zu tun haben. Er sagt: „Vom Fernsehen jedoch wird dieser Informationshierarchie die Grundlage entzogen.“ Das heißt, alle Bilder können von Kindern wie von Erwachsenen gesehen werden. Wir haben es also nicht mit einem verschlossenen Werk zu tun. Postman schreibt: „Entscheidend ist, daß das Fernsehen Informationen in einer Form präsentiert,

die unterschiedlos jedem zugänglich ist, und das bedeutet, das Fernsehen braucht nicht zwischen den Kategorien ‚Kind‘ und ‚Erwachsener‘ zu unterscheiden.“

Nun gibt es zwar durchaus Kinderprogramme, aber wie verhält es sich bei Paw Patrol? Die Serie wie die Kinofilme richten sich ja dezidiert an Kinder und nicht an die Eltern – Letztere müssen es nur ertragen. Es ist nicht wie in den Animationsfilmen aus dem Hause Pixar, wo man jung und alt bedienen will. Die Hunde und ihre Mitstreiter sind putzig gezeichnet, es gibt Stimmen für Kinderohren und Pointen für Kindergemüter. Die ganze Überdrehtheit ist dabei die Summe des dominierenden und enervierenden Kinderfernsehens, das man so kennt oder auch nicht kennt. Das Süßliche, das die Kulturindustrie produziert, deckt sich mit dem Zucker, den die Zuckerindustrie produziert.

Und dennoch: „Paw Patrol – Der Mighty Kinofilm“ ist ein Erwachsenenfilm für Kinder. Hier wird keine kindliche Welt erschlossen, sondern die Kleinen werden auf die Welt der Großen vorbereitet. Die Narrative der Großen-Welt werden bedient, die Spannungsbögen der Großen-Welt werden etabliert und die Kinder können natürlich alles nachvollziehen, weil es sich um Bilder und eine recht simple Dialogführung handelt. Sagen wir es also gleich: Wir haben es hier mit einer Fortsetzung der elenden Blockbuster-Produktion der Gegenwart zu tun. Aber es handelt sich auch um die ideologische Vorbereitung auf den Ernstfall.

Worum geht es? Das Böse bedroht Adventure City; dieses Mal in Gestalt der finsternen Wissenschaftlerin Victoria Vance. Diese will mit einem Magneten einen Meteoriten herlocken und damit die Stadt in Schutt und Asche legen, was die Paw-Patrol-Hunde natürlich verhindern wollen. Zunächst haben die Hunde aber bereits durch einen anderen Meteoriten Superkräfte erhalten. Jedes Hündchen besitzt nun eine eigene Superkraft und kann sich somit nicht nur Victoria Vance in den Weg stellen, sondern auch dem bösen Ex-Bürgermeister Besserwisser. Außerdem gibt es neben der schon etablierten Paw Patrol nun noch eine Mini Paw Patrol aus Welpen.

Superhunde

Wie Tiere und Krieg zusammenpassen, das erleben wir in den sozialen Medien, wo immer stärker darauf gesetzt wird, dass man rührende Geschichten aus Kriegen berichtet, in denen Tiere eine Rolle oder sogar die Hauptrolle spielen. Es ist ja alles so süß. Und diese Welpen werden, wie wir im Laufe des Filmes sehen, auf einer Militärstation im offenen Meer einem Wehrdienst unterzogen und sind danach gut ausgebildete Kindersoldaten, die jedoch nicht im Namen des Staates, sondern für die private Söldnertruppe namens Paw Patrol agieren. Das neoliberale Paradigma der Serie und des ersten Kinofilms wird hier nicht verlassen, sondern erweitert: Haben die Hunde in der Serie vor allem ein privates Unternehmen, das staatliche Aufgaben im Inland übernimmt wie private Feuerwehr, Polizei, Ordnungsamt, etc., ist die Privatisierung nun fortgeschritten. Auch das Gewaltmonopol auf internationaler Ebene wird zu einem Gewaltmarkt. Die Hunde greifen nun hochgerüstet auf dem Feld des Krieges ein. Damit treten sie in die Fußstapfen der Marvel-Superhelden, der Toretos, der Expendables; all das sind dynamische und effiziente Eingreiftruppen, die zur Not den Weltfrieden wiederherstellen können. Einmal mehr zeigt sich, dass Paw Patrol nicht nur primitiv gezeichnet und entsetzlich nervig ist; viel schlimmer ist, dass den Kindern die Kindheit geraubt wird, indem man sie mit dem, was gern Härte des Lebens genannt wird, konfrontiert und von ihnen verlangt, dass sie sich abhärten. Sie sollen früh bereit sein, militärisch einzugreifen, wann immer es erforderlich ist.

Der erste Eindruck täuscht: Wir haben es an keiner Stelle mit einem Kinderfilm zu tun. Dieser nämlich würde das Reich der Fantasie öffnen, würde etwas erzählen, was Kinderaugen noch sehen können, was Erwachsenen aber allzu oft versperrt bleibt; beispielsweise eine Welt, wie die von Pu der Bär, die jenseits der Herrschaftslogik, jenseits von Staatsräson und Militarismus angelegt ist. „Paw Patrol – Der Mighty Kinofilm“ geht den entgegengesetzten Weg: Man verkauft das Militärische als putzig, niedlich und bunt. Ideologisch wird früh eingehämmert, dass man stets auf der Seite der Guten steht. Schlussendlich heißt es dann auch: Wir beschützen Adventure City, und die Guten, und kein Einsatz – so wird immer wieder betont – ist zu groß, selbst für die kleinste Pfote nicht. Auch die kann immer zeigen, was sie drauf hat. Es ist also eine Rekrutierung auf allen Ebenen. Mit Superkräften ausgestattet dürfen alle über sich hinauswachsen, was in der Superheldenlogik bedeutet:

Sie dürfen sich heroisch verhalten. Gegenseitig rufen sich die Hunde dann, wie wir das aus dem Marvel-Universum kennen, zu: Wir glauben an dich! Ich werde euch nicht enttäuschen! Und auch die Hündin Liberty bekommt schlussendlich eine Superkraft, lange hatte sie darauf gewartet. Sie bekommt einen dehnbaren Körper und kommentiert das mit den Worten: „Ich wollte schon immer flexibler sein.“ Das Credo des Neoliberalismus schlechthin.

Die kleinen Zuschauer werden hier zu Pawlowschen Hunden abgerichtet. Sie sollen lernen, was die sogenannte Erwachsenenwelt von ihnen erwartet. Die globale Aufrüstung trifft auf ein global erfolgreiches Franchise. Die Stumpfe und Rohe der Wirklichkeit wird hier in eine stumpfe und rohe Geschichte gegossen. Schließlich hätte man ja einmal keinen Superheldenfilm drehen können. Man hätte ja einmal irgendetwas anderes erzählen können. Aber nein, es gibt nur noch Weltbedrohungsszenarien und man braucht Helden, um uns vor der Bedrohung zu schützen. Man braucht Helden, die zu allem bereit sind.

Eindimensionale Zuschauer

Das Kino rekrutiert hier auch seine Zuschauer der Zukunft; also richtet sie auf das ab, was das erwachsene Publikum schon die ganze Zeit erwartet, nämlich einen Superheldenfilm nach dem nächsten. Und wenn wir über Hunde sprechen, liegt es selbstverständlich nahe, über Konditionierung und das berühmte Experiment des russischen Mediziners und Physiologen Iwan Pawlow zu reden. Wenn man dem Hund Futter zeigt, dann ist dies ein unmittelbarer Reiz und die Speichelproduktion beginnt. Wenn man eine Glocke läutet, passiert hingegen erst einmal nichts. Bringt man die beiden Reize aber in einen zeitlich engen Zusammenhang, läutet man erst eine Glocke und danach gibt es immer Futter, wird es bei dem Hund irgendwann soweit sein, dass, wenn man die Glocke schlägt, bei dem Hund sofort die Speichelproduktion einsetzt.

Wie verläuft nun die Kino-Konditionierung? Gewisse Figuren oder Narrative wie ästhetische Versatzstücke haben sich als gut und richtig eingepägt. Sie werden einem eingehämmert und wir werden auf diese konditioniert. Der kleinste Hund, so lernen wir früh in diesem Film, ist immer der größte Held. Und wir können das dann auf alle weiteren Filme, die kommen werden,

übertragen, sodass wir immer schon wissen, ah ja, so verläuft das also, so muss es sein. Schurken sehen wie Schurken aus und wenn die Welt bedroht ist, dann schlagen die Macher bei uns sofort die Glocke und wir sagen, die Welt muss gerettet werden. Was immer auch kommt, sie muss gerettet werden. Wir stellen keine anderen Fragen mehr. Wir rennen zum Fressnapf.

Gilt das nicht auch für politische Schlagworte? Ja sagt Herbert Marcuse in seinem Buch „Der eindimensionale Mensch“ von 1964 und in gewisser Weise ist dieser Titel ideal für Paw Patrol. Denn hier werden eindimensionale Menschen herangebildet. Marcuse schreibt:

„In diesem behavioristischen Universum tendieren Wörter und Begriffe dazu, zusammenzufallen oder viel mehr der Begriff wird tendenziell durch das Wort absorbiert. Jener hat keinen anderen Inhalt als den, den das Wort im öffentlichen und genormten Gebrauch hat, und das Wort soll nichts über das öffentliche und genormte Verhalten (Reaktion) hinaus bewirken. Das Wort wird zum Cliché und beherrscht als Cliché die gesprochene oder geschriebene Sprache; die Kommunikation beugt so einer wirklichen Entwicklung des Sinnes vor.“

Das ist sehr abstrakt formuliert. Was ist damit gemeint? Nun, es gibt ja ganz viele Hochwertwörter im Diskurs, die immer so gebraucht werden und alle nicken sofort und sagen: Ja ja, so ist es wohl. Da wird im Prinzip auch so eine Glocke geschlagen und sofort wissen alle Bescheid. Damit ist dann aber auch gesetzt, was wir unter den Worten zu verstehen haben. Marcuse schreibt weiter:

„An den Knotenpunkten des Universums der öffentlichen Sprache treten Sätze auf, die sich selbst bestätigen, die analytisch sind und gleich magisch rituellen Formen funktionieren. Indem sie dem Geiste des Empfängers immer wieder eingehämmert werden, bringen sie die Wirkung hervor, ihn einzuschließen in den von der Formel verordneten Umkreis von Bedingungen.“

Und diese Einschließung ist jetzt interessant, er sagt:

„Substantive wie ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘, ‚Demokratie‘ und ‚Frieden‘ implizieren, analytisch, eine bestimmte Reihe von Attributen, die immer dann auftreten, wenn das Substantiv ausgesprochen oder geschrieben wird. [...] Der ritualisierte Begriff wird gegen Widerspruch immunisiert.“

Das führt dazu, dass das Aufrufen dieser Begriffe wie das Erklingen der Glocke bei Pawlow wirkt.

„Damit wird die Tatsache, dass die herrschende Art der Freiheit Knechtschaft ist und die herrschende Art der Gleichheit von außen auferlegte Ungleichheit durch die abgeschlossene Definition dieser Begriffe im Sinne der Mächte, die das jeweilige Universum der Rede modeln, daran gehindert, Ausdruck zu finden.“

Und das führt im Extrem eigentlich in eine Orwellsche Sprache, wenn Krieg dann Frieden ist und Frieden Krieg.

Wenn wir jetzt zum Paw-Patrol-Film zurückkehren und uns noch einmal überlegen, was wir für ein Ausgangsszenario haben: Es gibt eine Bedrohung, es gibt die Hunde und die Welpen und alle kämpfen gemeinsam mit schwerem militärischem Gerät. Dann sehen wir auch hier, dass wir in ein Bedrohungsszenario eingeschlossen werden, bei dem wir nur noch sagen müssen: Ja, ihr müsst für die Freiheit kämpfen, denn ihr beschützt ja die Guten. Der Rahmen selbst wird dabei nicht mehr in Frage gestellt. Pu der Bär würde beispielsweise fragen: Warum müssen wir überhaupt kämpfen? Warum muss man überhaupt andere beherrschen? Weshalb können wir nicht lieber spielen oder schlafen? Das wären kindliche Fragen, die eigentlich auch Erwachsenen gut täten. Aber diese Fragen stellen sich nicht in diesem Film. Die Hunde stellen sie nicht. Aber auch die Macher mit ihrer hündischen Ideologie stellen sie nicht. Es reicht Freiheit zu rufen und sofort sind alle bereit diese zu verteidigen, anstatt in Frage zu stellen, ob dies, was da verteidigt wird, wirklich Freiheit bedeutet. Paw Patrol verbietet Kindern ihre Lieblingsfrage: Warum? Und sie stellen sie zurecht. Aber dieser Film sagt einfach nur: Darum! Darum müsst ihr kämpfen, darum müssen Filme so sein und darum seid ihr gefangen in der Blockbuster-Logik. Paw Patrol will dass die Kinder nur schauen, aber nicht sehen.

Diese Besprechung erschien zuerst am 1. Oktober 2023 auf dem Youtube-Kanal „Die Filmanalyse“ von Wolfgang M. Schmitt: [Link](#)

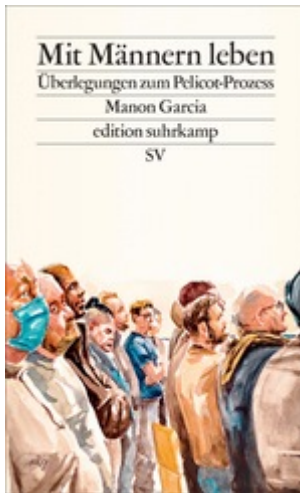
Zusätzlich verwendete Literatur

Herbert Marcuse [1967] 2014: Der eindimensionale Mensch. Zu Klampen Verlag, Lüneburg. Neil Postman 1983: Das Verschwinden der Kindheit. S. Fischer, Frankfurt am Main.

Cal Brunker (Regie) 2023:
Paw Patrol. Der Mighty Kinofilm.

Zitathinweis: Wolfgang M. Schmitt: Dressur für den Krieg. Erschienen in: .
URL: <https://kritisch-lesen.de/s/TcW7U>.

Die Struktur des Unaussprechliche



Manon Garcia

Mit Männern leben

Überlegungen zum Pelicot-Prozess

Am Fall Gisèle Pelicot zeigt Manon Garcia, dass sexualisierte Gewalt kein Ausbruch des Monströsen, sondern Ausdruck „normaler“ Männlichkeitsstrukturen ist.

Rezensiert von [Mara Luise Günzel](#)

Wie schreibt man über das Unaussprechliche? Im Jahr 2025 wurden wir mit einem der größten Fälle von systematisierter sexualisierter Gewalt in der jüngeren Geschichte konfrontiert: Von 2011 bis 2020, über neun Jahre hinweg, wurde Gisèle Pelicot wieder und wieder von ihrem Mann mit einem Medikament für Angststörungen in Ohnmacht versetzt und von ihm, sowie 51 weiteren identifizierten und 24 unidentifizierten Männern vergewaltigt. Nachdem Dominique Pelicot Ende 2020 beim Versuch, einer Frau in einem Supermarkt unter ihren Rock zu filmen, verhaftet wurde, fand die Polizei bei der Untersuchung seines Laptops ein USB-Stick mit 20.000 Bildern und Videos von den Vergewaltigungen seiner Frau. Nach drei Verhaftungswellen wurde den 51 identifizierten Vergewaltigern von September bis Ende Dezember 2024 in Avignon, Frankreich, der Prozess gemacht. Diesem halbjährigen Gerichtsprozess wohnte die damals noch als Professorin für angewandte Philosophie an der Freien Universität Berlin agierende Manon Garcia bei. Ihre Eindrücke und Gedanken beschrieb sie im Buch „Mit Männern leben“, das im Suhrkamp Verlag erschien.

Normale Männer

Garcia versucht sich dabei nicht an einer bloßen Prozessbeschreibung, sondern an einer Analyse der zugrunde liegenden Konzepten und Strukturen. Zentral für die Philosophin ist vor allem die Frage nach Männlichkeit, die darin zutage tritt, sowie die Pathologie der Grausamkeiten der beteiligten Männer. Ausgehend von Hannah Arendts Darstellung von Adolf Eichmann als „Hanswurst“ zieht Garcia Arendts Konzept von der Systemimmanenz des Schreckens heran. Es widerspricht der These, dass die unmenschlichsten Verbrechen nur von Monstern begangen werden können. Diesen Faden webt sie weiter, indem sie ihn mit dem Konzept der Hegemonialen Männlichkeit verbindet, welches die Soziologin Reawyn Connell in ihrem Buch „Masculinities“ entwickelt. Connell beschreibt darin die Idee, dass Männlichkeit systematisch als Unterdrückungssystem – gegenüber anderen, weniger maskulinen Männern, vor allem aber gegenüber Frauen – strukturiert ist. Selbst die Männer, die nicht unbedingt dem Bild eines hypermaskulinen Mannes entsprechen, profitieren demnach von diesem System. Männlichkeit als soziale Kategorie ergibt sich aus der Abwertung von Frauen. Wichtiger Bestandteil dieser Abwertung ist die Unterwerfung durch sexualisierte Gewalt, wie beispielsweise in Mazan, dem kleinen französischen Ort, in dem Dominique Pelicot seine Frau (und mutmaßlich auch seine Tochter) vergewaltigte und von über 70 anderen Männern vergewaltigen ließ. Diese Unterwerfung begründete er im Prozess mit einem Kink, einer besonderen sexuellen Praxis. Nach innen hingegen, seinen Mitvergewaltigern gegenüber, betitelte er seine Frau mit obszönen, misogynen Begriffen, die ihre Unterwürfigkeit ausdrücken sollten. Eine Unterwerfung, die sie ihm im wachen Zustand nicht geben wollte. Die sexualisierte Gewalt wird, so die Philosophin, von dem Täter fast als Rache dafür benutzt. Sie ist integraler Bestandteil des Abwertungskomplexes, aus dem sich Männlichkeit speist. Das rückt den Fall Pelicot in eine Reihe mit Milliarden anderer Vergewaltigungsfälle, die Tag für Tag stattfinden. Und wie in den meisten Fällen geht die Gewalt von Menschen aus dem familiären Umfeld aus, das gilt sowohl für Vergewaltigungen an Erwachsenen als auch für sexualisierte Gewalt an Minderjährigen.

Normale Gewalt

Garcia zieht dabei berechtigterweise Parallelen zu den vielen Orten, an denen Gewalt und Unterwerfung von Frauen stattfindet. Sie macht deutlich, nicht nur Orte, an denen Frauen strukturell unter Drogen gesetzt und vergewaltigt werden, sind die Orte des Patriarchats. Sie sind überall. Diese Gewalt finden auch statt, wie Garcia beschreibt, wenn Frauen günstiger oder gar umsonst in Nachtclubs gelassen werden oder von Barkeepern zuerst bedient werden, um als „Lockmittel“ für zahlende Männer zu dienen. Sie werden wieder zu Objekten gemacht, die leichte Beute für Männer auf der Suche nach schnellem Sex seien sollen. Garcia zieht den – für das Verständnis von Gewalt an Frauen notwendigen – Schluss, das Patriarchat nicht als einen einfachen Frauenhass von individuellen Männern an individuellen Frauen zu verstehen, sondern als ein verstricktes Netz an sozialen Beziehungen und Bedingungen, in dem wir uns alle bewegen und in dem „Frauen Spuren ihres eigenen Alltags sehen“ (S. 183). Mit dieser Perspektive bietet sie einen erfrischenden Gegenentwurf zum aktuellen Diskurs, der Gewalt gegen Frauen gerne als Produkt von isolierten und abgehängten Individuen rahmt, wie es Feuilletonist:innen dies und jenseits des Atlantiks gerne sehen wollen. Garcia begreift Männlichkeit als Struktur, deren Grundlage die Abwertung und Unterwerfung von Frauen ist. Damit werden die Vergewaltigungen von Mazan nicht als bedauerlichen Einzelfall sichtbar, sondern als das absehbare Produkt eines Systems, in dem wir uns alle bewegen und dessen Horror wir wie die Luft atmen.

Von Garcia wird das sehr defensiv diskutiert, ebenso wie die Nebenstränge in ihrer Beobachtung, etwa die Rollen des Gerichts und der Öffentlichkeit, der mutmaßliche Inzest an der Tochter des Paares oder die Frage nach der Pathologie der Täter. Sie macht keine großen Behauptungen, tastet sich vorsichtig durch die Aussagen der Vergewaltigten und durch die Berichterstattung über den Prozess. Damit gehen die Analysen leider nicht dem Problem oder den dahinter liegenden Strukturen auf den Grund. Sie bleiben meist an der Oberfläche, weshalb dieses Buch eher eine – gute – Einführung in einem Meer an anderen guten feministischen Einführungen bleibt. Garcia schreibt mit der ewig nachdenklich-distanzierten Maske einer Philosophin, sodass ich mich beim Lesen manchmal laut Fragen musste: „Bist du nicht wütend auf all das?“ Die Maske nimmt sie gegen Ende des Buches endlich ab und es erscheint das Gesicht einer Frau, die von den Dingen, welche sie in Mazan gesehen hat, genauso verstört und wütend ist, wie ich es

war. Vielleicht ist es nun an uns Leser!innen, mit ihr wütend zu werden. Es ist an uns, uns gegen sexualisierte Gewalt und Ausbeutung zu organisieren, damit wir endlich mit Männern leben können.

Manon Garcia 2025:

Mit Männern leben. Überlegungen zum Pelicot-Prozess.

Suhrkamp.

ISBN: 978-3-518-00130-1.

195 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Mara Luise Günzel: Die Struktur des Unausprechliche.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/L64ia>.

Wohnen in Zeiten der Krise



nous - konfrontative Literatur

Welches Zuhause

Erzählungen

Literatur muss konfrontieren: Der Erzählband findet eine dringend notwendige Sprache gegen die Verteilungskämpfe um verknappten Wohnraum.

Rezensiert von [Lena Hezel](#)

Acht Personen in drei Zimmern, seit über zehn Jahren. Keine Chancen auf dem Wohnungsmarkt der süddeutschen Kleinstadt. Keine Privatsphäre, keine Ruhe um zu Lernen, Schulaufgaben zu erledigen oder um ungestört mit der besten Freundin zu telefonieren. Einen Wohnberechtigungsschein beantragen, jeden Tag die Immobilien-Apps checken, immer wieder dieselben Anfragen verschicken, keine Antwort. Oder die ewig gleiche Leier: zu viele Personen, die Miete kommt vom Jobcenter, wie lange sind Sie schon in Deutschland? Und natürlich, Nein, wir haben die Wohnung anderweitig vergeben. Das sind Erfahrungen, die mir in meinem Alltag begegnen, als Sozialarbeiterin, in dem ich geflüchtete junge Frauen begleite. Aber wir alle können Geschichten wie diese erzählen, über Wohnungsnot, prekäre Wohnverhältnisse, steigende Mieten, existenzielle Sorgen und Ängste, häufig verkörpert in einem Stapel gelber Briefe. Das Literaturkollektiv nous greift diese Realität mit seinem Erzählband „Welches Zuhause“ auf.

Schimmel und Wut auf die Verhältnisse

Zehn Erzählungen, zehn unterschiedliche Zugänge – und doch verbindende Elemente. Schimmel zum Beispiel. Seine grauen Schatten und schwarzen

Sporen, die sich über weiße Tapeten ausbreiten, kommen in mehreren Erzählungen vor. Im Zimmer von Volkan beispielsweise, welches er sich mit seinen jüngeren Brüdern teilen muss. Mesut Bayraktars Text handelt von Enge und vom eingesperrt sein, von sich zuspitzenden (Wohn-)Verhältnissen während der Corona-Pandemie. Sein Protagonist verlässt unerlaubt den durch die Polizei abgeriegelten Wohnblock, um sich in einem verlassenen Wohncontainer mit seiner Freundin zu treffen und für ein paar Stunden davon zu träumen, dass es eines Tages besser werden könnte. Eine Hoffnung, die ihm sein Vater, ein ehemaliger Gastarbeiter, mit auf den Weg gibt und an der er zweifelt, sobald er mit seinen Gedanken allein ist. Schimmel findet sich auch im winzigen Badezimmer der Einzimmerwohnung von Alina Essbergers Ich-Erzählerin. Sie berichtet von der Isolation und Anonymität eines großen Wohnblocks: bei den meisten anderen Wohnungen weiß sie nicht, „ob sie bewohnt sind, und auch nicht, wie die Personen aussehen, nur wie sie beim Wohnen klingen“ (S. 30). Da wäre beispielweise das Paar aus der Nachbarwohnung; beide trinken häufig große Mengen Alkohol, dann hört man Schreie, Beschimpfungen, Poltern. In regelmäßigen Abständen kommt die Polizei, die einen Wohnungsverweis aussprechen könnte, „aber das wäre viel Papierkram gewesen, und am Ende würde sie ja eh wieder zu ihm in diese von Zigarettenrauch vergilbte Wohnung zurückgehen“ (S. 32). Oder der Nachbar, der glaubt, seine Wohnung sei von kleinen Lichtwesen bevölkert, die er nachts versucht mit einem Besen zu zerdrücken. Die Fenster sind mit Plastiktüten verdunkelt, um kein Sonnenlicht hereinzulassen. Die Personen in ihren Einzimmerwohnungen verkörpern Sucht, Einsamkeit, Gewalterfahrungen, psychische Erkrankungen und Angst und bleiben damit allein hinter verschlossenen Türen – bis es zu einem kurzen Moment des Zusammenhalts und der Solidarität kommt, als im Hausflur ein Feuer ausbricht und sich die Türen kurzzeitig öffnen. In der Wohngruppe, in der Rici und Marvin leben, „riecht ´s überall wie schimmliges Brot“ (S. 65), seitdem das Dach undicht ist. Der Text von Michaela Parosanu erzählt von Jugendlichen, die nicht zuhause aufwachsen können; von Auseinandersetzungen und Streits, von Verzweiflung, Heimweh und Gefühlen, die sie größtenteils mit sich selbst ausmachen. Bis ihnen Bruno, der Hund einer Betreuerin, entkommt: „Ich muss Bruno finden. Vielleicht ist er tot. Ich habe gelernt, immer mit dem Schlimmsten zu rechnen. Wie damals, als ich noch bei Mama gewohnt hab“ (S. 70). Die zwei Jugendlichen machen sich auf eine nächtliche Suche und finden Bruno schließlich schwer verletzt,

angefahren, an einer Straße. Die Sorge um den geliebten Hund und der Versuch ihn zu retten, bringt sie näher zusammen und viele tiefe Gefühle an die Oberfläche. Alle Erzählungen verbindet eine tiefe Verzweiflung – mal deutlicher spürbar, mal verborgen zwischen den Zeilen. Sie äußert sich in Wut gegen die Verhältnisse, in Angstzuständen, die versucht werden zu betäuben, in einer vermeintlichen Ordnung – etwa, wenn die gelben Briefe fein säuberlich aufgestapelt werden – in Aggression und Angriff oder in Resignation. Die Erzählungen handeln vom schmalen Grat, der entscheidet, in welcher Welt man lebt: auf der Straße, in einem sicheren Zuhause oder im Gästezimmer eines Freundes? Wer Glück hat, verfügt über Sicherungssysteme, hat Ressourcen und Kontakte, die ihn oder sie in der einen Welt halten; oft nur einen kleinen Schritt davon entfernt, alles zu verlieren. Eine*r von jenen zu werden, die als „nicht wohnfähig“ (S. 26) eingestuft werden, die unsichtbar werden in den Parks und Unterführungen. Jede*r von uns kennt Orte und Geschichten wie diese.

Konfrontative Literatur

Es ist unbedingt notwendig, diese Geschichten zu erzählen, weil „Wohnen ein radikal politisches Verhältnis“ und „Ausdruck sozialer Gewalt“ (S. 5) ist. Die zehn Autor*innen des Erzählbands nehmen sich damit kein neues Thema klassenbewusster Literatur vor, wie sie selbst schreiben, aber sie werfen Schlaglichter auf eine sich zuspitzende Krise. Die Perspektiven, die dabei beleuchtet werden, sind die der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Denn sie sind es, die am stärksten unter der Profitlogik des Kapitalismus leiden und unter diesen „Umstände[n], die gesellschaftlich gemacht und politisch gewollt sind“ (S. 5) gegeneinander aufgebracht und ausgespielt werden. Wenn wir mit 30 anderen in der Schlange für eine Wohnungsbesichtigung stehen, wird die Person neben uns zur Konkurrenz, zum Gegner im Verteilungskampf um verknappten Wohnraum – nicht der Immobilienkapitalist, der sich an unserer Not bereichert. Deswegen brauchen wir konfrontative Literatur, schreibt das Literaturkollektiv passenderweise im Vorwort, die diese Widersprüche thematisiert, in Worte fasst, eine Sprache dafür findet. Denn sie überträgt Zahlen, Fakten, Statistiken in die Realität der Menschen: „Sie besteht aus leidenden Körpern, aus verdrängten Gefühlen, aus wütenden Gedanken, aus schambesetzten Gesten, aus einem verweigerten Leben, aus Klassenkämpfen im Alltag“ (S. 7). Darin liegt die Macht der Einzelnen zu erkennen, dass sie

nicht allein sind in ihrer Unterdrückung, „[d]ann entfaltet das Schreiben einen literarischen Sinn. Es bekommt Zähne“ (S. 5). Den Autor*innen gelingt es mit diesem Erzählband und den klugen einführenden Worten zu zeigen, wie eine konfrontative Literatur aussehen kann, die sich der sozialen Gewalt, die uns alle umgibt, entgegenstellt.

nous - konfrontative Literatur 2025:

Welches Zuhause. Erzählungen. Herausgegeben von: nous - konfrontative Literatur.

edition assemblage.

ISBN: 978-3-96042-204-4 / 2-140.

112 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Lena Hezel: Wohnen in Zeiten der Krise. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/BrNwG>.

Antifa – Ein Zwischenstand



Immergrün Verlag (Hg.)

bis alle frei sind

Antifa-Debatten 2015–2025

Der umfangreichen Sammelband vereint zahlreiche Beiträge des autonomen Antifaschismus und bietet Anlass zum Überdenken und Weiterentwickeln.

Rezensiert von [Jonathan Eibisch](#)

In liberalen und linken Kreisen wurde in den letzten Jahren ausgiebig darüber diskutiert, welche Akteure warum und zu welchem Grad zurecht als faschistisch bezeichnet werden können. Zu groß war die Angst vor einem unredlichen und stets hinkenden Vergleich mit dem historischen Faschismus, gegebenenfalls vor einer Relativierung der Singularität der Shoah. Mit der Wiederwahl von Donald Trump und dem sukzessiven wie planvollen Umbau des US-amerikanischen Staates zur Autokratie scheint sich diese Debatte erübrigt zu haben. Vieles spricht dafür, dass es weltweit einen aufstrebenden Faschismus gibt – und dieser auch als solcher benannt werden sollte. Schauen wir in die USA kann dies in Hinblick auf die Selbstinszenierung des Präsidenten, seine aufgestachelten Anhänger*innen, pseudo-staatliche Milizen, die Verrohung und fortschreitende Mythologisierung des politischen Diskurses, sowie für die imperiale Außenpolitik festgestellt werden. Der neue Faschismus erscheint dabei als ein Bündnis zwischen Rechtspopulismus, autoritärem Konservatismus und explizitem Neofaschismus, die gemeinsam an der gesellschaftlichen Rückwärtsentwicklung arbeiten.

So wie der zeitgenössische Faschismus zu seinen historischen Vorläufern durch die veränderte Gesellschaftsform Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufweist, verändert sich auch das Verständnis davon, was *Antifaschismus* ist.

Beide Begriffe sind hochgradig aufgeladen und umstritten. Umso wichtiger ist es, sich einen Überblick durch jene zu verschaffen, für die Antifaschismus nicht nur ein Lippenbekenntnis oder bloßer Kampfbegriff ist, sondern ein Bündel von Praktiken, eine Einstellung und Lebensweise. Dankenswerterweise hat es sich ein Kollektiv aus vier, seit langem aktive Antifaschist*innen zur Aufgabe gemacht, über das letzte Jahrzehnt der „Antifa-Debatten“ zu reflektieren. Ihre Sammelband stellt einen Zwischenstand dar, von dem als Ausgangspunkt neue Wege in härter werdenden Zeiten beschritten werden können. Anders als etwa der Film „ANTIFA – Schulter an Schulter, wo der Staat versagte“ (2024) wird darin nicht ein romantisierendes Narrativ von einer im Grunde genommen zum Erliegen gekommenen sozialen Bewegung aus den 1980er und 1990er Jahren vermittelt. Vielmehr versammeln die Herausgebenden wichtige, bislang verstreut erschienene Beiträge, nach denen Interessierte sonst lange suchen müssten.

Antifaschistische Themen und Publikationen

Der erste Band „Straßenterror, Rassismus und Staatsfaschisierung“ umfasst ältere Texte aus den Jahren 2015 bis 2019, der Zweite Texte bis 2025. Die Bände sind nach den Kategorien „Straßenterror“, „Geschichtliches“, „Staatlicher Rassismus“, „Staatsfaschisierung“, „Faschisierung“, „Stand antifaschistischer Bewegung“, „Antifaschistische Strategiedebatten“ und abschließend Texte „über die und aus den Jahre(n) 1929 – 1937“ gegliedert. Die Abschnitte werden von den Herausgebenden jeweils fokussiert und kenntnisreich eingeleitet, beispielsweise wenn es unter „Antifa und Geschlechterverhältnisse“ um J. Domhöver als Paradebeispiel für eine reaktionäre Männlichkeit geht, die nicht zufällig antifaschistische Ansprüche untergräbt. In Bezug auf den „Stand antifaschistischer Bewegungen“ begleiten die Herausgebenden solidarisch, aber immer kritisch, Kampagnen wie „Nationalismus ist keine Alternative“ ab 2016, weisen auf die Entstehung von Migrantifa-Gruppen in Anschluss an den Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 hin und wissen um die Problematik der anhaltenden Erfahrungsunterschiede zwischen west- und ostdeutschen Antifas. Zeitgeschichtlich erinnert werden muss zudem daran, dass die schrittweise Aufklärung des neonazistischen Terrorismus des NSU ebenfalls im

Wesentlichen ein Ergebnis von Angehörigen sowie Antifaschist*innen und Antirassist*innen war. (Beate Zschäpe und nur vier Helfer wurden erst am 11. Juli 2018 in München verurteilt; das Tribunal „NSU-Komplex auflösen“ konnte erst 2022 stattfinden.)

Die zusammengestellten Beiträge stammen insbesondere aus dem *Antifaschistisches Infoblatt* und dem *Autonomes Blättchen*, aus den Zeitungen *Lotta*, *analyse und kritik* oder *ZAG – antirassistische Zeitung*. Darüber hinaus von *de.indymedia.org*, Initiativen wie *Rassismus tötet*, der *Informationsstelle Militarisierung* sowie historischen Quellen – insbesondere von Anarcho-Syndikalist*innen und der Zeitung *Linkskurve*. Ihre bedachte Auswahl verdeutlicht, dass Faschismus nicht wie im bürgerlichen Verständnis als „von außen“ kommend betrachtet wird, sondern als Produkt krisenhafter staatlich-kapitalistischer Verhältnisse begriffen werden muss. Anders als die Rhetorik mancher in die Jahre gekommener Punkbands suggeriert, werden die Debatten um Antifaschismus durch feministische und antirassistische Perspektiven substanziell ergänzt und unterfüttert. Somit zeigt sich im abgebildeten Jahrzehnt des Antifaschismus auch eine emanzipatorische Reflexion und inhaltliche Erneuerung etwa gegenüber den 1990er Jahren, die bisweilen als „Baseballschlägerjahre“ mystifiziert werden. Die Kontinuitäten zu diesen sollten nicht überraschen, insofern die Kinder der Neonazis aus jenen Jahren, nun den Antifaschist*innen der jüngeren Generation gegenüberstanden.

Ein Jahrzehnt Antifa voller bewegender Ereignisse

Die Rückschau auf die Debatten mit dem Jahr 2015 einsetzen zu lassen, ist nicht zufällig gewählt, spricht man doch vom „Sommer der Migration“, in dem insbesondere Menschen, die vor dem Krieg in Syrien flüchteten, in der BRD aufgenommen wurden. Es war das Jahr, in dem sich Pegida in Dresden formierte und landesweit hunderte Geflüchtetenunterkünfte angegriffen wurden. An vielen Orten wurden Persons of Color angefeindet und es bildeten sich neue rechtsterroristische Gruppierungen. Schließlich verhalfen der sich ausbreitende Rassismus, das zunehmende verschwörungsmythologische Denken und die Mentalität der aggressiven Besitzstandswahrung der AfD zu

einem bislang ungebremsten Siegeszug. Ungeachtet zahlreicher medialer Zuschreibungen war der Aufstieg der AfD nie ein vornehmlich ostdeutsches Phänomen. Ein weiterer neuartiger Akteur dieser Zeit ist die 2014 gegründete Identitäre Bewegung, die sich als aktionistische Pseudo-APO von extrem rechts inszenierte und die Debatten um den Wiederaufstieg des Faschismus mitprägte.

Der Sammelband erinnert an Ereignisse, die aufgrund ihrer Unbequemlichkeit und dem Fluss der Zeit im gesellschaftlichen Bewusstsein rasch verblasen: An die faschistischen Ausschreitungen in Heidenau 2015, die rassistische Mobilisierung in Kandel und in Chemnitz 2018. Die Bundesregierung reagiert mit einem systematischen Abbau des Asylrechts, nimmt Nicht-Staatsbürger*innen die Bewegungsfreiheit und Würde und hetzt latent oder offen gegen sie. Die grundlegende Verschiebung innerhalb der nationalstaatlichen Programmatik stellt eine bittere Lektion darin dar: Anhaltende direkte Aktionen von militanten Neonazis und rassistisch motivierte Wutbürger*innen zeigen ihre Wirkung – auch wenn dies in den bürgerlichen Medien systematisch verschwiegen wird. Während der autonome Antifaschismus dagegen fortwährend und zunehmend stigmatisiert und kriminalisiert wird, und sein handzahmes Pendant – das zivilgesellschaftliche Engagement – häufig als Feigenblatt sowie der Gewissensberuhigung dient. Dies zeigte sich im Verfahren gegen die sogenannte „Antifa-Ost“, die Konstruktion des „Budapest-Komplexes“ mit der rechtswidrigen Verschleppung von Maja T. nach Ungarn oder dem Leipziger Kessel vom 3. Juni 2023. Dabei zielt Repression bekanntermaßen nicht nur auf diejenigen ab, denen Straftaten zur Last gelegt werden, sondern lähmt das politische Umfeld, betrifft Angehörige, Freund*innen und letztendlich die gesellschaftliche Linke insgesamt.

Angesichts dessen, was uns aufgrund der weltweiten Zuspitzung von multiplen gesellschaftlichen Krisen noch bevorsteht, stellen die Debatten in den beiden Bänden zum vergangenen Jahrzehnt eine Wertschätzung des meist ungesehenen und anonymen Engagements hunderter Antifaschist*innen dar. Die Neuformierung des Faschismus im 21. Jahrhunderts sollte Anlass zum Überdenken und Weiterentwickeln dessen geben, was ein zeitgenössischer Antifaschismus sein kann. Dafür bieten die rund 790 Textseiten der beiden Bände einen umfangreichen Fundus.

Immergrün Verlag (Hg.) 2025:
bis alle frei sind. Antifa-Debatten 2015–2025.
Immergrün.
ISBN: 978-3910281196.
860 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Jonathan Eibisch : Antifa – Ein Zwischenstand. Erschienen in: .
URL: <https://kritisch-lesen.de/s/28MJo>.

Wettbewerb der Statussymbole



Hanno Sauer

Klasse

Die Entstehung von Oben und Unten

Die vermeintliche Klassenanalyse befasst sich lieber mit Status und Habitus – und läuft auf eine Naturalisierung der Verhältnisse hinaus.

Rezensiert von [Max Edmunds](#)

In seiner eigenen Gegenwart schrieb Max Adler, Politiker und wichtiger Sozialtheoretiker der II. Internationale, schon 1914 sei der Punkt eingetreten, da die „Entwicklung der modernen Technik bereits die reale Möglichkeit einer genügenden und sogar reichlichen Bedürfnisbefriedigung der Gesamtheit gestattet“ (Adler 1914, S. 26). Die Marx'sche Gesellschaftstheorie sei deshalb weniger eine revolutionäre Theorie, eine Theorie des Klassenkampfes, als vielmehr eine „Naturwissenschaft des sozialen Seins“ (ebd., S. 18), eine Technik des Sozialen, deren Nutzen im Prinzip jeder*m einleuchten müsste. Wenn die Möglichkeit einer „reichlichen Bedürfnisbefriedigung“ für alle besteht, wer sollte dann letztlich ein Interesse daran haben, dass diese Möglichkeit nicht Realität wird?

Es ist nicht abwegig zu behaupten, dass Hanno Sauer in „Klasse. Die Entstehung von Oben und Unten“ davon ausgeht, dass sich inzwischen realisiert hat, was für Max Adler noch als ein Projekt erschien. In den „reicheren und politisch stabileren Gesellschaften“ (S. 263f.) – gemeint sind die Zentren des kapitalistischen Weltsystems, die (westlichen) Industrienationen – gäbe es, so Sauer, materielle Not im Grunde nicht mehr,

dort sei „längst jeder reich“ (S. 180f.). Und dennoch sind diese Gesellschaften weiterhin Klassengesellschaften. Wie ist das zu erklären?

Klasse und Status

„Klasse ist sozial konstruierte Knappheit.“ (S. 10) Diese präzise und scheinbar einleuchtend daher kommende Definition, mit der Sauers Buch gleich zu Beginn aufwartet, weist auf den zweiten Blick eine wichtige Leerstelle auf. Knappheit von was? Die Frage ist Programm. Politisch stabile und ökonomisch prosperierende Industrienationen, die im Laufe der Moderne unermessliche Reichtümer angehäuft und Wohlstand in zuvor ungekanntem Ausmaß produziert haben, stünden, folgt man Sauer, quasi permanent vor der Frage, was überhaupt noch knapp sein könnte. Klar ist für Sauer, was alles nicht knapp ist, und zwar in erster Linie: Geld. Schon eine „15-Stunden-Woche“ würde, so Sauer, „nach allen realistischen Kriterien beurteilt“ (S. 182) – das heißt: im historischen und globalen Vergleich – zu einem Leben ohne (materielle) Not ausreichen.

Klassenhierarchien könnten, das ist Sauers Diagnose, ihr Fundament in substantieller materieller Ungleichheit längst verloren haben und sind deshalb „intrinsisch instabil“ (S. 62). Oder müssten es eigentlich sein. Paradoxerweise stellt sich aber, betrachtet man die Historie westlicher Gesellschaften, ein ganz anderes Bild ein. Da zeigt sich, auch für Sauer, dass Klassenverhältnisse „extrem hartnäckig“ (S. 214), mithin alles andere als instabil sind.

Für Sauer gilt es also – im Rahmen seines Klassenbegriffs – zu erklären, wieso Klassenverhältnisse nicht verschwinden, wenn die ihnen (scheinbar) zugrundeliegende materielle Knappheit aufgehoben ist. Er folgert, dass Klassenhierarchien ihr Fundament in etwas haben müssen, das per se knapp ist. Eine solche Ressource ist „Status“, und Klassenhierarchien sind daher, so Sauer, das Ergebnis von „Statuswettbewerben“ (S. 32).

Zwei Mechanismen von Status sind dabei entscheidend. Erstens, dass man Status, also „soziales Prestige und Anerkennung“ (S. 263) erwirbt, indem man sich vor anderen auszeichnet – egal wodurch. Mein Status, mein Prestige, bemisst sich also beispielsweise nicht nach der Höhe meines Vermögens oder meinem Bildungsstand, sondern nur danach, wie sehr ich mich durch mein

Vermögen oder meine Bildung vor anderen auszeichnen, oder, allgemeiner gesprochen, von ihnen unterscheiden kann. Status ist ein Distinktionsphänomen.

Zweitens, dass Status auf den Zuschreibungen anderer beruht. Der Status einer Person hängt also nicht davon ab, was eine Person tatsächlich hat oder kann, wieviel Geld sie besitzt oder wie gebildet sie im Vergleich zu anderen ist, sondern allein davon, welche Fähigkeiten und Kompetenzen – in Sauers Diktion: welche „internen Qualitäten“ (S. 37) – ihr andere zuschreiben. Um Status zu gewinnen, muss man also die Zuschreibungen anderer erfolgreich moderieren. Statusgewinne erfordern aktives „Reputationsmanagement“ (S. 133).

Klasse und Lebensstil

Die Grundidee dahinter ist simpel und lässt sich leicht an einem Beispiel demonstrieren: Durch ein teures Auto kann man den eigenen sozialen Status positiv beeinflussen, weil man als Fahrer*in eines solchen Autos von anderen als reich und (finanziell) erfolgreich wahrgenommen wird. Das passiert, so Sauer, weil es schwierig ist, ein teures Auto zu besitzen, ohne das, was es signalisieren soll – Reichtum und Erfolg – auch wirklich zu haben.

Am Beispiel des Autos lässt sich überdies zeigen, was mit Statuswettbewerben passiert, wenn postmaterielle Orientierungen in Gesellschaften an Relevanz gewinnen. Das Auto verliert dadurch nicht grundsätzlich seine Funktion als Statussymbol, sie verschiebt sich nur. Wichtig ist nicht länger, überhaupt ein teures Auto zu haben – sondern welches. Das Auto muss jetzt den „jeweiligen Lebensstil einer Person“ (S. 168) ausdrücken. Erkennbar sein muss, dass sich die Wahl dieses speziellen Autos einem komplexen und langwierigen Auswahlprozess verdankt, in dem weit mehr noch als finanzielle Erwägungen – kann ich es mir leisten? – die „Vorlieben“ und „Geschmacksurteile[]“ (S. 167) der/des Käufers*in eine maßgebende Rolle gespielt haben.

Klasse und Biologie

Sauers Generalthese, dass dieser Lebensstil, oder, allgemein gesprochen, die „ästhetische Dimension“ (S. 72, Herv. i. O.) von Klassenhierarchien massiv an Bedeutung gewinnt und zur Reproduktion von Klassenhierarchien beiträgt, ist grundsätzlich nachvollziehbar und auch nicht wirklich neu, wie er selbst unter Rekurs auf Pierre Bourdieu und die Sozialtheorie von Thorstein Veblen bemerkt. Es leuchtet auch ein, dass Klassenverhältnisse, die auf dieser ästhetischen Dimension von Ungleichheit fußen, deutlich instabiler sind als solche, die in materiellen Ungleichheiten gründen.

Was dagegen überhaupt nicht einleuchtet, ist die Art und Weise, wie Sauer die Reproduktion dieser ästhetisierten Klassenhierarchien erläutert. Aus der Beobachtung, dass die „ästhetischen Präferenzen von Personen und Gruppen [...] einen entscheidenden Beitrag zur Reproduktion von Klassenhierarchien“ (S. 78) leisten, zieht er den Schluss, dass dies so sei, weil „unsere ästhetisch-kulturellen Gewohnheiten [...] uns zur zweiten Natur geworden“ (ebd., Herv. i. O.) sind.

Klassenhierarchien reproduzieren sich aber nicht nur, weil sie „uns zur zweiten Natur“ geworden sind – sie sind auch zur zweiten Natur geworden, weil sie sich beständig reproduzieren. Die vermeintliche Natürlichkeit von Klassenhierarchien erklärt nicht deren Reproduktion, sondern höchstens die Reibungslosigkeit, mit der sie vor sich geht. Das ist auch in Sauers Klassentheorie so. Wenn die Erklärung, warum es zur Reproduktion der Klassenhierarchien kommt, nicht darauf hinauslaufen soll, diese Klassenhierarchien zu naturalisieren, sie also für im Grunde unabänderlich zu erklären, dann muss die Erklärung zum mindesten zeigen, dass es sich bei der Reproduktion um einen gesteuerten, kontrollierten Prozess handeln könnte. Sauer macht das auch selbst, wenngleich nur nebenbei, deutlich, wenn er schreibt: „[D]ie Oberschicht weiß [...], dass Geschmack, Stil und Kultur die eigentliche Währung sozialer Eliten“ (73, Herv. M.E) sind. Dieses Wissen um die Bedeutung der ästhetischen Dimension von Klassenunterschieden erklärt erst, wieso sie sich beständig reproduzieren, wieso aus fluiden Statuswettbewerben hartnäckige und stabile Klassenhierarchien werden. Indem Sauer der Oberschicht dieses Wissen zuschreibt, erklärt er erst, wieso die Reproduktion von Klassenhierarchien „extrem hartnäckig“ (S. 214) ist: Sie ist der reale Machteffekt gerade dieses Wissens.

Das größte Versäumnis von Sauers Buch ist, dass es die Bedeutung dieses Wissens für die Reproduktion von Klassenhierarchien nicht systematisch herausarbeitet. Die Analyse ihrer Reproduktion führt ihn stattdessen ins Feld der Biologie. Dass die „Schichtenzugehörigkeit eine substanziell erbliche Komponente hat“, dass es eine „Erblichkeit von Klasse und Status“ (S. 214) gibt, zeigt, dass die Reproduktion von Klassenhierarchien auch eine biologische Komponente hat. Aber wen wundert das? Klassenverhältnisse, die auf dem Geschmack, den Vorlieben, den Gewohnheiten von Individuen basieren, die sich also anders gesagt in das Wollen, Fühlen, Begehren von Subjekten einschreiben, sind im Vollsinn des Wortes verkörpert, sodass ihre Reproduktion mit der biologischen Reproduktion dieser Körper verzahnt ist. Neben der kulturellen, sozialen und monetären gibt es also noch eine Kapitalform, die Michel Foucault schon vor über 40 Jahren als „pathologische[s] Kapital“ (Foucault 1983, S. 143) bezeichnet hat. Die Mechanismen der biologischen Reproduktion werden kapitalisiert, zu einer eigenständigen Kapitalform, weil und insofern es ein Wissen von ihnen gibt, das zugleich ihre strategische Kontrolle und Beeinflussung ermöglicht. Erst durch dieses Wissen werden „physische Marker wie Gesundheit, Jugend, Fruchtbarkeit und Fitness“ (S. 293) zu klassenrelevanten Merkmalen – sie sind es keinesfalls von Natur aus, wie Sauer das meint.

Man muss Sauers Buch daher vorwerfen, dass es nicht nach den Ursprüngen dieser Biologisierung fragt. Anstatt kritisch zu reflektieren, wie es kommt, dass sich so flüchtige und arbiträre Dinge wie Geschmack und Habitusformen mit einer Beständigkeit reproduzieren, die der von Naturgesetzen gleichkommt, zeigt er sich umstandslos bereit, die Isomorphie von sozialer und „natürlicher“ Ungleichheit zu akzeptieren, die doch erst das Ergebnis, nicht die Ursache von Klassenhierarchien sein kann.

Zusätzlich verwendete Literatur

Adler, Max (1914): Der soziologische Sinn der Lehre von Karl Marx.
Hirschfeld, Leipzig.

Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I.
Suhrkamp, Frankfurt/Main.

Hanno Sauer 2025:

Klasse. Die Entstehung von Oben und Unten.

Piper, München.

ISBN: 978-3-492-07141-3.

368 Seiten. 26,00 Euro.

Zitathinweis: Max Edmunds: Wettbewerb der Statussymbole. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/ARpsH>.

Kommunismus ohne Wachstum



Kohei Saito

Marx im Anthropozän

Ideen für die postkapitalistische Gesellschaft

Die Marx-Lektüre verabschiedet den Historischen Materialismus und findet in dessen Schriften dafür Ansätze eines Degrowth-Kommunismus.

Rezensiert von [Marlon Lieber](#)

Angesichts der eskalierenden Klimakrise überrascht es nicht, dass in den letzten Jahren ein ökologischer Marx diskutiert wird. Das ist jedoch keineswegs selbstverständlich. Schließlich galt der Marxismus lange Zeit als bestenfalls uninteressiert an ökologischen Fragen, wenn nicht gar als Beispiel eines „Prometheismus“, dem zufolge die Befreiung der Arbeiter*innenklasse nur durch eine konsequente Naturbeherrschung möglich sei – vorausgesetzt diese werde bewusst und vernünftig ausgeübt. Diese Deutung werde Marx jedoch nicht gerecht, argumentiert der japanische Marx-Forscher Kohei Saito.

Rot und Grün

Saito gilt als ausgewiesener Marx-Kenner und war an der Edition der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) beteiligt. In seinen Büchern versucht er, die Gräben zwischen „rot“ (Sozialismus) und „grün“ (Umweltbewegung) zu überwinden, wobei jedes Buch ein anderes Publikum adressiert. Sein erstes Buch „Natur gegen Kapital“ (2016) analysierte Marx' Auseinandersetzung mit ökologischen Denkern seiner Zeit. Das eher populärwissenschaftliche Buch

„Systemsturz“ (2023 in deutscher Übersetzung erschienen) verkaufte sich in Japan mehr als eine halbe Million mal. Das nun übersetzte „Marx im Anthropozän“ schwankt zwischen der wissenschaftlichen Strenge des Ersten und dem politischen Interventionsanspruch des Zweiten. Saitos Argumente für eine ökologische Lesart des Marx'schen Werks sind überzeugend. Doch der doppelte Anspruch führt mitunter dazu, dass Leser*innen in der Vielzahl der theoretischen Exkurse den roten Faden verlieren können.

Stoff und Form

Denn Saito nimmt sich viel vor. Nicht nur soll Marx' ökologische Kritik rekonstruiert werden – verbunden mit Exkursen zu Friedrich Engels oder Georg Lukács. Auch findet sich eine Auseinandersetzung mit theoretischen Ansätzen, die die begriffliche Unterscheidung von „Natur“ und „Gesellschaft“ verwerfen, und eine Kritik des gegenwärtigen „utopischen Sozialismus“, der auf Vollautomatisierung setzt. Schließlich wendet sich Saito Marx' letzten Lebensjahren zu und erkennt dort eine Abkehr vom Paradigma des historischen Materialismus sowie eine Vorwegnahme dessen, was Saito Degrowth-Kommunismus nennt.

Zunächst zeichnet Saito gekonnt die Marx'sche Theorie des gesellschaftlichen Stoffwechsels nach: Um ihr Leben zu reproduzieren, müssen die Menschen die Natur durch Arbeit umformen. Dieser transhistorisch notwendige stoffliche Prozess wird jedoch stets durch historisch spezifische soziale Formen vermittelt. Die „Organisation des gesellschaftlichen Stoffwechsels durch das Kapital“ mit seinem grenzenlosen Wachstumszwang sei jedoch nicht vereinbar mit den „materiellen Eigenschaften des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur“ (S. 51), was unweigerlich zu einem „Riss im Stoffwechsel“ (S. 54) führen müsse.

Wenn jedoch Autor*innen die begriffliche Trennung zwischen „Natur“ und „Gesellschaft“ verwerfen, da sie angeblich Ausdruck des „binären Denken[s] der Moderne“ sei (S. 189), verliere die Theorie vom Stoffwechselriss ihre Wirkung, so Saito: „Umweltprobleme entstehen gerade deshalb, weil die Naturgesetze objektiv und unabhängig von den gesellschaftlichen existieren“ (S. 221). Zwar kann es keine Gesellschaft ohne natürliche Grundlage geben, dennoch bleibt eine analytische Unterscheidung notwendig.

Im Feld des Ökosozialismus sind dies keine bahnbrechenden Erkenntnisse – ähnliche Argumente finden sich etwa bei John Bellamy Foster oder bei Andreas Malm. Saito trägt sie jedoch luzide vor. Ob es dafür allerdings zwingend eine ausufernde Diskussion von Lukács' Stoffwechseltheorie braucht ist fraglich. Die ausführlichen Diskussionen in den ersten beiden Teilen des Buchs führen nämlich dazu, dass die explizit politische Intervention, die Marx als Theoretiker des Degrowth-Kommunismus interpretiert, erst nach mehr als 300 Seiten beginnt.

„Ick bün all hier!“

Dort liegt Saitos eigentlicher Beitrag. In seinem ersten Buch hat er argumentiert, dass der späte Marx zum Ökosozialisten geworden sei. Nun geht Saito einen Schritt weiter: Ganz am Ende habe Marx auch mit dem „Produktivismus“ gebrochen, der die Entwicklung der Produktivkräfte zum Motor der Geschichte erklärt. Wenn den (stofflichen) Produktivkräften bereits die kapitalistische soziale Form eingeschrieben ist, stellt sich die Frage, ob sie überhaupt den Weg in Richtung einer emanzipierten Gesellschaft weisen können. Weil damit zugleich der Vorbildcharakter der westeuropäischen Kapitalismusedwicklung infrage gestellt wird, habe Marx zudem seinen Eurozentrismus überwunden. Daraus folgt Saitos durchaus kontroverse These, Marx habe am Ende seines Lebens den historischen Materialismus verworfen.

Stattdessen habe er durch das Studium nichtwestlicher, vorkapitalistischer Gemeinschaften den Weg zum Degrowth-Kommunismus gefunden. Saito sieht dies insbesondere in den Briefentwürfen an die russische Revolutionärin Vera Sassulitsch von 1881 bestätigt. Ein solcher Degrowth-Kommunismus würde: die Produktion an Gebrauchswerten statt Profiten ausrichten; eine Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichen; die weiterhin notwendige Arbeit so umgestalten, dass die Autonomie der Produzent*innen gestärkt wird; die Wirtschaft entschleunigen; und den Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit aufheben (S. 409–417). Wenn die durch die kapitalistische Eigentumsform hergestellte künstliche Knappheit abgeschafft werde, könne die kommunistische Gesellschaft stattdessen „genossenschaftlichen Reichtum“ im Überfluss genießen. Dieser basiere jedoch nicht auf unbegrenztem Wachstum, sondern drücke sich unter anderem in freier Zeit aus, die allumfassende und vielseitige menschliche Entwicklung möglich mache.

Darüber, wie die genossenschaftliche Produktion im Degrowth-Kommunismus konkret organisiert werden soll, sagt Saito allerdings wenig. Das ist schade, denn es wäre wichtig darüber nachzudenken, wie die Produktion und Verteilung von Arbeiten und Gütern in einer zukünftigen kommunistischen Gemeinschaft organisiert werden kann – insbesondere, wenn deren Umfang den der russischen Dorfgemeinde übersteigen soll, die Marx in den Sassulitsch-Briefentwürfen vor Augen hatte. Der Verweis darauf, dass fortan Gebrauchswerte produziert werden sollen, reicht dabei nicht aus, wie die in den letzten Jahren wieder verstärkt geführte Debatte über demokratische Wirtschaftsplanung zeigt.

Angesichts der sich verschärfenden Klimakrise klingen Saitos Vorschläge dennoch überzeugend, wenn es darum geht, nachhaltige Formen menschlichen Wohlergehens zu denken. Ob einige knappe Passagen aus – nie abgeschickten – Briefentwürfen tatsächlich ein solches Programm tragen, bleibt jedoch fraglich. Aber warum sollte das ein Problem sein? Mitunter scheint es, als fühle sich Saito verpflichtet nachzuweisen, dass Marx bereits die richtigen Antworten auf heutige Probleme vorweggenommen habe. Oder: Wie im Märchen vom Hasen und vom Igel findet sich dann immer ein Marx, der ruft: „Ick bün all hier!“ Ob Marx am Ende seines Lebens tatsächlich zum Degrowth-Kommunisten wurde oder nicht, ist wohl weniger entscheidend, als die Einsicht, dass seine Kritik der politischen Ökonomie erklärt, warum die Aufhebung des kapitalistischen Wachstumszwang heute zur Überlebensfrage geworden ist.

Kohei Saito 2025:

Marx im Anthropozän. Ideen für die postkapitalistische Gesellschaft. Übersetzt von: Thomas Atzert.

dtv, München.

ISBN: 978-3-423-35256-7.

560 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Marlon Lieber: Kommunismus ohne Wachstum. Erschienen in: .
URL: <https://kritisch-lesen.de/s/bykTQ>.

Worte der Stille



Yannic Han Biao Federer

Für immer seh ich dich wieder

Der schonungslose Essay über den Tod eines ungeborenen Kindes – und die Sprachlosigkeit danach – erzählt vom Versuch, Trauer sichtbar zu machen.

Rezensiert von [Yaro Allisat](#)

Das ungeborene Kind von Charlotte und Yannic ist ungefähr im sechsten Monat, als sich ein Hämatom zwischen Plazenta und Gebärmutterwand bildet. Die Plazenta löst sich und kann den Fötus nicht mehr versorgen. Das Kind stirbt in Charlottes Bauch. „Unser Sohn ist heute gestorben. Er heißt Gustav Tian Ming. Er ist wunderschön, war kerngesund, eine seltene Komplikation hat ihn uns genommen.“ (S. 25) Das sind die Worte, die mantraartig die ersten Seiten, für Yannic und Charlotte die ersten Wochen und Monate nach Gustavs Tod begleiten. Es ist Yannic Han Biao Federers eigene Erfahrung, die er in „Für immer sehe ich dich wieder“ aufschreibt, um Gustav Tian Ming ein Denkmal zu setzen.

Die Tage nach Gustavs Tod und dem Kaiserschnitt verbringen Yannic und Charlotte im Krankenhaus. Charlotte ist kaum in der Lage zu Essen oder zu Trinken. Jeden Tag wird Gustav zu ihnen gebracht. Nachts liegt Gustav nicht bei seinen Eltern, sondern in der Kühlkammer.

Tian Ming ist Chinesisch und steht für Morgenröte. Gemeinsam mit seinem Vater, seiner Tante und seiner Stiefmutter hatte Federer den Namen ausgesucht. Es wird zu einem Ritual: Jedes Mal, wenn die Sonne scheint, war

Gustav Tian Ming es, der sie geschickt hat. Seit seinem Tod scheint die Sonne sehr oft.

Federer ist nicht der erste, der autobiographisch von Tod und Verlust erzählt. Die Stille und Körperlosigkeit in Federers Essay erinnerte mich an Joan Didion. „Ich musste allein sein, damit er zurückkommen konnte. So begann mein Jahr magischen Denkens“ schreibt sie in „Das Jahr magischen Denkens“ nach dem Tod ihres Mannes John Dunne an einem Herzinfarkt und ihrer Tochter Quintana Roo Dunne Michael an einem septischen Schock. Ein Jahr lang bewegt sich Didion zwischen imaginärer Rettung der beiden und völliger Einsamkeit. Es ist ein Zustand, in dem sich Didions Körper aufzulösen scheint, Hunger oder Durst in den Hintergrund treten. Jeder Satz und jeder Umgang mit Erinnerung wird zu einem Symbol, einem streng zu folgendem Ritual, hinter dem alles andere an Bedeutung verliert.

Mit dem Schmerz weiterleben

„Ich habe Angst, irgendetwas zu vergessen“, schreibt Federer mit seinem toten Sohn im Arm, „irgendetwas Wichtiges, Entscheidendes, das nur sagbar ist, solange ich ihn vor mir sehe, das Näschen in die Schulter geschmiegt, aber später nicht mehr, an seinem Grab.“ (S. 53) Das zweite Ritual: Ihm alles erzählen.

Zum Glück haben sie noch kein Kinderzimmer eingerichtet und nur wenig Kindersachen gekauft, was würden sie sonst damit tun? Umziehen in eine neue Wohnung? Das erste, was auf Yannic und Charlotte wartet, sind hingegen Formulare und Jugendamtstermine. Nicht einmal bei einer Totgeburt hat man in Deutschland seine Ruhe. Unterdessen versucht Yannics Vater in Indonesien das Visum für Deutschland zu bekommen, um es noch rechtzeitig zur Beerdigung zu schaffen. Yannic arbeitet in den ersten Wochen nicht, Charlotte ist sowieso krankgeschrieben oder in Elternzeit, als nächstes werden sich Fragen stellen, die mit Krankenkasse und Elterngeldstelle zu klären sind. Das dritte Ritual: Hast du heute überhaupt schon etwas gegessen?

Was Federers Buch von Didions „Jahr magischen Denkens“ unterscheidet, ist die Rolle von Freund*innen und Familie. Das erste was Yannic tut, noch vor dem Kaiserschnitt, ist, der Familie Bescheid zu sagen. Das erste was danach

kommt: Es den Freund*innen sagen. Unser Sohn ist heute gestorben. Er heißt Gustav Tian Ming. Er ist wunderschön, war kerngesund.

Ein Plädoyer für das Nicht-Funktionieren

Wie in dem Film „Pieces of a Woman“, den Yannic und Charlotte sich gemeinsam im Kino ansehen, wird die Außenwelt zum Feind. Sie läuft gleichgültig weiter, als wäre nichts passiert und sie vereinzelt, versteht den Schmerz einfach nicht, den man erlebt, wenn das eigene Kind stirbt. Noch schlimmer sind die Fragen: Wo ist euer Kind? Und das Erklären danach.

Es ist aber kein One-Way: Immer wenn ein Autor über ein tabuisiertes Thema schreibt, öffnet er damit den Raum auch für andere Menschen, darüber zu sprechen. Es sind viele, die ihre Kinder verloren haben, und sie beginnen Yannic und Charlotte davon zu erzählen. Das Buch soll auch ein Plädoyer für das Nicht-Funktionieren sein, für die Sichtbarkeit von Trauer in der Öffentlichkeit – besonders als freischaffender Autor, der sein Geld mit Lesungen, Workshops, Hörspielen und Texten verdient:

„Und sollte es schiefgehen, sollte es wirklich total schiefgehen, weil ich plötzlich auf der Bühne weinen würde oder nicht mehr weiterwüsste, eine Pause bräuchte, dann wäre es eigentlich gar nicht schiefgegangen, sondern anders gut und sinnvoll, weil die Leute das sehen würden, weil die Leute sehen würden, dass es okay ist. Dass da keiner dran kaputtgeht, wenn man zeigt, wie es ist, dass wir Menschen sind, und Menschen sterben, und Menschen trauern, das verdrängen wir gerne“ (S. 94f.).

Diese Passage steht jedoch exemplarisch für Federers rein moralisierende Haltung und die unpolitische Herangehensweise an das Thema. Die Essayform hätte ihm klassischerweise Querbezüge auf andere Werke oder gesellschaftspolitische Bezüge ermöglicht, doch Federer hat sich wohl aktiv dagegen entschieden und bleibt rein bei seiner eigenen Geschichte. Er befindet sich in einer vergleichsweise privilegierten Situation. Man fragt sich: Wie sieht es im Inneren von Charlotte aus? Welche Schicksale erleben andere Menschen, die nicht einfach dem Verlag Bescheid sagen können, dass es gerade nicht geht, und Verständnis bekommen? Was ist mit prekär beschäftigten Müttern, die gekündigt werden, sollten sie so lange krank sein? Nicht die

(Un)Sichtbarkeit von Trauer ist ein Problem, sondern die Unersetzbarkeit von billiger, menschlicher Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozess. Das soll kein Appell dafür sein, dass entpolitisierte Bücher nicht geschrieben oder gelesen werden sollten, im Gegenteil. Wo wären wir als Gesellschaft, wenn die großen emotionalen Themen nicht zentrale Aufgabe von Literatur wären. Aber ein klassenbewusster Text ist dieses Buch nicht.

Trotzdem ist Federers Buch absolut lesenswert. Mit Worten die unaussprechliche Stille darzustellen ist eine schwierige Aufgabe, die dieser Text hervorragend meistert. Er lässt auch die ekelhaften und unschönen Situationen nicht aus. Allerdings sollte man das Buch nur lesen, wenn man so ein hartes Thema aushält.

Yannic Han Biao Federer 2025:
Für immer seh ich dich wieder.
Suhrkamp Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-518-47482-2.
184 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Yaro Allisat: Worte der Stille. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/cRNZw>.

Auf der Suche nach dem solidarischen Wir



Nicole Mayer-Ahuja

Klassengesellschaft akut

Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann

Die Analyse der heutigen Klassengesellschaft bietet Perspektiven auf aktuelle Arbeitsdiskurse und findet Potenzial für Solidarität.

Rezensiert von [Gustava Oxenius](#)

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit wirkt fort und bestimmt weiterhin zentrale Aspekte von Lebensrealitäten und Alltag. Vor diesem Hintergrund legt die Soziologin Nicole Mayer-Ahuja mit ihrem Buch „Klassengesellschaft akut: Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann“ einen wichtigen Grundlagentext vor, der nicht nur die vertikalen Ungleichheiten zwischen oben und unten analysiert, sondern auch die Spaltungslinien zwischen den Lohnabhängigen selbst.

Ausgehend vom klassischen Marxismus entfaltet Mayer-Ahuja zunächst den theoretischen Rahmen. Auch heute bestehe der zentrale Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit: Die arbeitende Klasse ist gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihre Miete zahlen und leben zu können. Für die Kapitaleseite stellt der Kauf der Arbeitskraft hingegen eine Investition dar: Den Profit, der durch die Arbeit erschaffen wird, streichen sie ein. Dass dies nicht nur alte Marx'sche Theorie ist, sondern sich in Unternehmensbilanzen nachrechnen lässt, weist Mayer-Ahuja nach: Insbesondere seit den 1980er Jahren stiegen die Gewinne der deutschen Unternehmen deutlich, während Löhne stagnieren oder sogar zurückgingen.

Auf betrieblicher Ebene analysiert Mayer-Ahuja unter anderem die Auswirkungen neuer Formen der Arbeitsorganisation auf Prozesse der Klassenformierung. In bestimmten Branchen setzen Unternehmen verstärkt auf indirekte Steuerungsmechanismen. Ein prominentes Beispiel hierfür ist die Einführung von Gruppenarbeit in der Automobilindustrie in den 1990er Jahren. Nach dem Vorbild der japanischen Automobilindustrie sollten Beschäftigte eigenständig Arbeitsabläufe organisieren und überwachen. Sie wurden dazu angehalten, den Produktionsprozess im Sinne einer „Lean Production“ (schlanken Produktion) kontinuierlich zu optimieren. Mayer-Ahuja zeigt, dass diese Reform widersprüchliche Effekte hatte: Einerseits stärkte die Anerkennung ihrer Expertise das Selbstbewusstsein der Beschäftigten und eröffnete neue Spielräume für kollektive Mobilisierung. Andererseits aber verschärfte sie die Konkurrenz zwischen Arbeiter*innen und erhöhte den Produktivitätsdruck.

„Die Arbeiterklasse“ – Kein Automatismus

92 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland sind abhängig beschäftigt. Den Zahlen nach sollte die Arbeiterklasse also große Chancen haben, ihre Interessen durchzusetzen. Doch statt sich über den Status der Arbeiter*in zu definieren, funktionieren dies meist über die Stellung *innerhalb* der Arbeiterklasse: So gebe es in einigen Branchen eine wachsende Spaltung zwischen einer *relativ* abgesicherten Stammebelegschaft und einer prekär beschäftigte Randbelegschaft. Solidarisierung zwischen diesen Gruppen sei insbesondere dann erschwert, wenn die Stammebelegschaft funktional durch die Randbelegschaft abgesichert werde – wenn also kommuniziert wird, dass der Stammebelegschaft eines Unternehmens nicht gekündigt wird, gerade weil es die Gruppe an Leiharbeiter*innen gibt, die man kurzerhand vor die Tür setzen kann.

Ein anderes Beispiel der eklatanten Entsolidarisierung zeigt sich, wenn das Arbeiter*innen-„Wir“ lediglich ein deutsches „Wir“ meint, während migrantische Arbeiter*innen abgewertet und ausgeschlossen sind. Einen traurigen Höhepunkt dieser „exklusiven Solidarisierung“ stellte die Niederschlagung des wilden Streiks türkischer Gastarbeiter*innen in den Ford-Werken in Köln im Jahr 1973 dar: Deutsche Arbeiter*innen verbündeten sich

damals mit der Werksleitung und gingen mit Gewalt gegen ihre migrantischen Kolleg*innen vor.

Ohnehin plädiert Mayer-Ahuja dafür, Klasse nicht als stabiles Konstrukt, sondern als dynamisches soziales Verhältnis zu begreifen. Das Arbeiter*innen-Dasein ist geprägt vom Zwang, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, von Ausbeutung und Fremdbestimmung. Wie sich der Arbeitsalltag und das eigene Empfinden darin genau ausgestaltet, variiert allerdings je nach Arbeitsprozessen, Strukturen in Betrieben oder den oben beschriebenen Organisationsformen von Arbeit. Die Wahrnehmung hängt auch davon ab, ob man sich im Aufstieg oder Abstieg befindet, es die Eltern noch schlechter oder schon einmal besser hatten als man selbst. Der Haushaltskontext spiele ebenfalls eine Rolle – denn eine prekär Beschäftigte Alleinerziehende hat ein anderes Leben als eine prekär Beschäftigte, die mit einem Gutverdiener verheiratet ist.

Ein solidarisches Wir?

Der Staat tut sein Bestes, um die Entsolidarisierung der Arbeiter*innen zu fördern: So könnte die Regularisierung von Leiharbeit im kleinen als Fortschritt gedeutet werden – tatsächlich aber zementiert sie die Unterschiede zwischen Stamm- und Randbelegschaft. Das neue ALG, das trotz langer Einzahlung nur ein Jahr an Auszahlungen mit anschließendem Sanktionierungssystem vorsieht, macht es Menschen schwer, neue Arbeit abzulehnen – selbst wenn Lohn und Arbeitsbedingungen unakzeptabel sind. Auch die staatliche Migrationspolitik trägt ihren Teil bei, indem sie Menschen in die Illegalität treibt, wo Arbeitsschutzrechte und Lohn nicht mehr eingeklagt werden können.

Wie also kann nun eine Arbeitspolitik gestaltet werden, die Solidarität zwischen Arbeiter*innen fördert, anstatt Spaltungen zu vertiefen? Gewerkschaften und Betriebsräten empfiehlt Mayer-Ahuja, verstärkt kollektive Standards in Bezug auf Arbeitszeit und Produktivität durchzusetzen, um den unterschiedlichen Lebenslagen der Lohnabhängigen besser Rechnung zu tragen. Während ein Teil der Beschäftigten aufgrund von Sorgearbeit in unfreiwilliger Teilzeit verbleibt, leistet ein anderer Teil selbst in Vollzeit umfangreiche, häufig unbezahlte Überstunden. Als Lösung schlägt sie das –

zwar nicht neue, oder revolutionäre –Modell einer „kurzen Vollzeit für alle“ vor. Aber immerhin würde dieses ein neues Normalarbeitsverhältnis mit einem Umfang von 25 bis 30 Wochenstunden etablieren. Vollzeitbeschäftigte könnten ihre Arbeitszeit reduzieren und mehr Verantwortung im Bereich der Reproduktionsarbeit übernehmen, während Teilzeitbeschäftigte ihre Stunden aufstocken und einen existenzsichernden Vollzeitlohn erzielen könnten.

Zugleich warnt Mayer-Ahuja davor, ein neues Klassenbewusstsein automatisch als progressiv zu interpretieren. Die Identität als Arbeiter*in könne ebenso von rechten Akteuren mobilisiert werden, um Ressentiments gegenüber marginalisierten Gruppen zu schüren. Das zeigen die Erfolge der AfD unter Arbeiter*innen. Um dem entgegenzuwirken, ist es entscheidend, an Erfahrungen von Selbstermächtigung im Arbeitsprozess anzuknüpfen und das stark internalisierte Arbeitsethos vieler Beschäftigter anzusprechen, deren Anspruch auf gute Arbeit gerade durch bestehende Arbeitsbedingungen unterlaufen wird.

Mayer-Ahujas Buch liefert einen sehr guten Überblick über Genese und Zustand der Arbeiterschaft in Deutschland. Insbesondere ihre Ausführungen zur heutigen Struktur von Arbeit sind instruktiv, wie etwa ihre Beschreibung zur Pflegearbeit wie am tayloristischen Fließband oder ihre Beschreibung der Arbeiter*innenstruktur bei BMW, die sich in 44 Prozent direkt Beschäftigte, 25 Prozent Subunternehmen, 17 Prozent Leiharbeit und 14 Prozent Leiharbeit bei fremden Werkvertragsfirmen aufteilt. Überraschend und nicht ganz nachvollziehbar ist ihre Fragestellung im Schlusskapitel, wie eine staatliche Politik aussehen müsste, die weniger spaltend als verbindend wirkt. Sich in dieser Frage auf den Staat verlassen zu wollen, scheint etwas verfehlt – zeigt Mayer-Ahujas Analyse doch gerade, dass es der Staat ist, der die Klassengegensätze und die Bedingungen für Entsolidarisierung innerhalb der Arbeiterklasse entscheidend vorantreibt. Überzeugender wäre hier ein ausschließlicher Fokus auf die Möglichkeiten der Kämpfe von Arbeiter*innen selber gewesen.

Nicole Mayer-Ahuja 2025:

Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann.

C.H. Beck.

ISBN: 978-3-406-83783-8.

279 Seiten. 26,00 Euro.

Zitathinweis: Gustava Oxenius: Auf der Suche nach dem solidarischen Wir.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/86bjM>.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2026 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.